

## **Unterrichtung**

durch die Präsidentin des Deutschen Bundestages

### **Bericht über die internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages**

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 bis 28. Februar 2025

#### Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1 Einleitung</b> .....	2
<b>2 Reisen der Präsidiumsmitglieder</b> .....	2
<b>3 Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche</b> .....	4
<b>4 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen</b> .....	18
<b>5 Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche</b> .....	24
<b>6 Einzeldienstreisen der Abgeordneten</b> .....	34
<b>7 Internationale Austauschprogramme</b> .....	39
<b>8 Grundlage der Berichtspflicht</b> .....	40
<b>9 Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen</b> .....	41
<b>10 Erläuterungen zur statistischen Übersicht der Auslandsdienstreisen</b> .....	41
<b>11 Statistische Übersicht</b> .....	43

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Version ersetzt.

## 1 Einleitung

Der Deutsche Bundestag ist in nahezu allen Politikbereichen auf enge internationale parlamentarische Zusammenarbeit ausgerichtet. Europäisierung und Globalisierung bilden den Hintergrund für die Pflege internationaler Kontakte, die für die Abgeordneten im Deutschen Bundestag einen wichtigen Teil ihrer Mandatsaufgaben darstellt. Gerade in Zeiten von Krisen und kriegerischen Konflikten ist eine enge internationale Kooperation unabdingbar auf der Suche nach Lösungen für die Herausforderungen. Sie betreffen Themen wie Energieversorgung, globale Wirtschaft und Finanzmärkte, Migration und Asyl, Folgen des Klimawandels, Sicherheit, Digitalisierung sowie Bekämpfung internationalen Terrors und grenzüberschreitender Kriminalität.

Die im Deutschen Bundestag zu treffenden Entscheidungen haben vielfach internationale Bezüge, für die fundierte Kenntnisse der Situation in ausländischen Staaten erforderlich sind. Gleiches gilt für die Entwicklung von Kooperationsformen, mit denen der Deutsche Bundestag den Aufbau demokratischer Strukturen insbesondere in Ländern fördert, die politische Umbrüche erlebt haben oder derzeit erleben.

Um dem gerecht zu werden, pflegen die Mitglieder des Deutschen Bundestages vielfältige und intensive Formen der politischen Zusammenarbeit mit anderen Staaten und internationalen Institutionen. Dies geschieht im Rahmen ihrer Zuständigkeitsbereiche als Mitglieder von Ausschüssen, Kommissionen und anderen Gremien des Deutschen Bundestages, als Vertreterinnen und Vertreter von Parlamentariergruppen, die in ihrer Arbeit ein besonderes Augenmerk auf bestimmte Staaten oder Regionen haben, oder als Delegierte in internationalen parlamentarischen Organisationen.

Denn die parlamentarische Arbeit der Abgeordneten findet nicht nur im Deutschen Bundestag statt, sondern ebenso in parlamentarischen Versammlungen und Gremien von internationalen und supranationalen Organisationen wie der Interparlamentarischen Union, der NATO, der OSZE, des Europarates und der Europäischen Union. Mit der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung gibt es seit 2019 zudem eine besondere Form der Zusammenarbeit zwischen der französischen Nationalversammlung, der Assemblée nationale, und dem Deutschen Bundestag.

## 2 Reisen der Präsidiumsmitglieder

Die Reisen des Präsidiums gingen im Berichtszeitraum weit überwiegend in Staaten der Europäischen Union und andere europäische Staaten. Weiterhin stand eine Vielzahl von Reisen im Zusammenhang mit dem 2022 begonnenen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt besuchte Ende September/Anfang Oktober 2023 Rumänien. Sie eröffnete die Aufführung des musikalischen Oratoriums der „Gurre-Lieder“ in der Europäischen Kulturhauptstadt Temeswar, informierte sich über die Bedeutung von Kirchenburgen für Siebenbürgen, kam mit der deutschen Minderheit in Hermannstadt zusammen und besuchte das Apuseni-Gebirge, um sich über die Bedeutung von Umweltschutz, nachhaltiger Entwicklung und ökologischem Tourismus für Rumänien zu informieren.

Im Oktober 2023 nahm Bundestagspräsidentin Bärbel Bas auf Einladung ihrer ukrainischen und kroatischen Amtskollegen zum zweiten Mal an der Parlamentarischen Konferenz zur Krim-Plattform in Zagreb teil – einem wichtigen Forum der Solidarität mit der angegriffenen Ukraine und zur internationalen sicherheitspolitischen Willensbildung.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt besuchte im Februar 2024 die Ukraine und die Republik Moldau. Thematische Schwerpunkte des Besuches aus Anlass des Jahrestages des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine waren der Wiederaufbau des Landes, die Bedeutung der ukrainischen Kultur, die Versorgung verwundeter ukrainischer Soldaten sowie die Situation der nach Russland entführten ukrainischen Kinder. Dazu besuchte sie die Hauptstadt Kyjiw, das Dorf Yahidne und die Stadt Odessa. Zum Abschluss der Reise informierte sie sich über die Sicherheitslage in der Republik Moldau und kam mit dem dortigen Parlamentspräsidenten Igor Grosu zusammen.

Auf Einladung der französischen Parlamentspräsidentin Yaël Braun-Pivet reiste die Bundestagspräsidentin Anfang März 2024 unmittelbar vor dem Internationalen Frauentag zu einem Gipfeltreffen von Parlamentspräsidentinnen aus der ganzen Welt nach Paris. Im Vordergrund der inhaltlichen Debatten standen die parlamentarische Diplomatie sowie die Stärkung der Rechte von Frauen und der Gleichberechtigung.

Auf Einladung ihres österreichischen Amtskollegen Wolfgang Sobotka reiste Bundestagspräsidentin Bas im Mai 2024 nach Wien und führte mit ihm, Bundesratspräsidentin Göll, Bundeskanzler Nehammer und anderen Repräsentanten Österreichs Gespräche zur Vertiefung der bilateralen parlamentarischen Zusammenarbeit. Ein Gedankenaustausch mit OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid rundete den Aufenthalt ab.

Die Bundestagspräsidentin reiste im Oktober 2024 auf Einladung ihrer lettischen Amtskollegin und ihres ukrainischen Amtskollegen nach Riga, um an der Dritten Parlamentarischen Konferenz zur Internationalen Krim-Plattform teilzunehmen.

### **Außereuropäische Reisen**

Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 war Jerusalem im November 2023 das Ziel eines Solidaritätsbesuches von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas. Beide wurden von Staatspräsident Herzog und von Knesset-Präsident Ohana empfangen. Mit den Angehörigen von Geiseln führten sie ein von Empathie geprägtes Gespräch. Gemeinsam mit Amir Ohana besichtigte Bärbel Bas den verwüsteten Kibbuz Kfar Azaa in der Nähe des Gaza-Streifens, wo mehr als einhundert Menschen ermordet oder verschleppt wurden. Dort erhielt sie von einem israelischen Offizier einen Trinkbecher vom Supernova-Festival in Erinnerung an die Opfer des dortigen Massakers der Hamas. Der Becher wird seit Februar 2024 in einer Gedenkstele in einer zentralen Liegenschaft des Deutschen Bundestages ausgestellt. Eigentlich ein bloßer Alltagsgegenstand, erinnert er dauerhaft daran, dass mehr als 360 Menschen allein auf dem Festivalgelände oder beim Fluchtversuch von den Terroristen umgebracht oder verschleppt wurden.

Im Juni 2024 reiste Vizepräsidentin Aydan Özoğuz nach Jordanien, um sich mit politischen Verantwortlichen über den fortdauernden Israel-Gaza-Krieg auszutauschen. Im Rahmen ihres Besuches traf sie zudem mit der Zivilgesellschaft zusammen und informierte sich über die humanitären Aufnahme- und Hilfsprogramme für geflüchtete Palästinenserinnen und Palästinenser vor Ort.

Im September 2024 reiste Vizepräsidentin Petra Pau nach Israel (Jerusalem und Tel Aviv) und in das Westjordanland (Ramallah) mit dem Ziel, sich ein Jahr nach dem Angriff der Hamas auf Israel und dem Beginn des Krieges in Gaza ein möglichst differenziertes Bild der aktuellen Lage zu verschaffen. Die Vizepräsidentin führte Gespräche mit Mitgliedern der Knesset, dem Präsidenten des Palästinensischen Nationalrats, Angehörigen von Opfern des Anschlags und Vertretern einer Vielzahl israelischer und palästinensischer Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen, Medienschaffenden und anderen Akteuren der bilateralen Zusammenarbeit.

Vizepräsidentin Petra Pau reiste im November 2024 in die Vereinigten Staaten von Amerika. Im Mittelpunkt ihrer Reise nach Washington D.C., New York und Chicago standen Gespräche mit Abgeordneten des U.S.-Repräsentantenhauses zur Fortführung des bilateralen Parlamentarischen Patenschaftsprogramms sowie Gespräche mit amerikanisch-jüdischen Organisationen und Institutionen der Erinnerungsarbeit.

### **Gedenken und Erinnerungskultur**

Wie bereits in den Vorjahren reiste Vizepräsidentin Pau im Mai 2024 nach Österreich, um an den Gedenkfeierlichkeiten zur Befreiung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen teilzunehmen. Zudem besuchte sie Wien und traf dort mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka zusammen.

Die Präsidentin des Deutschen Bundestages reiste Ende Juli/Anfang August 2024 nach Auschwitz in Polen. Im Gedenkstättenkomplex des einstigen Stammlagers und des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau gedachte sie mit einer Kranzniederlegung aller Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und informierte sich über das Martyrium der jüdischen, der polnischen und der Opfer der Sinti und Roma. Sie hielt am 2. August 2024 bei der internationalen Veranstaltung zum Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma die zentrale Gedenkrede. Außerdem besuchte sie die Internationale Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim/Auschwitz und führte dort ein Gespräch mit in der Gedächtnisarbeit engagierten Jugendlichen. In bleibender Erinnerung wird sie auch ihre Begegnung mit Holocaust-Überlebenden bewahren, die trotz ihres Schicksals und ihres hohen Alters die Kraft finden, sich im generationenübergreifenden Dialog zu engagieren.

Vizepräsidentin Petra Pau reiste im Januar 2025 nach Polen, um gemeinsam mit dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler, der Bundesratspräsidentin sowie weiteren Akteuren aus Zivilgesellschaft und Politik an der Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz teilzunehmen. Darüber hinaus besichtigte sie die KZ-Gedenkstätte Gross-Rosen und gedachte der Opfer mit einer Kranzniederlegung.

Sie tauschte sich zudem in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim mit den Teilnehmenden der Jugendbegegnung des Deutschen Bundestages aus.

### 3 Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche

Die Reisen sowie Gegenbesuche der Ausschüsse dienen vornehmlich dazu, Erfahrungen zu wichtigen und aktuellen politischen Themen auszutauschen und Erkenntnisse für die eigene Arbeit zu gewinnen. Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner sind insbesondere die korrespondierenden Ausschüsse und andere Mitglieder der ausländischen Parlamente, daneben Vertreterinnen und Vertreter der Regierungen, weitere Gruppen und Personen des öffentlichen Lebens sowie Angehörige von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbände.

In den folgenden Abschnitten werden nach den einzelnen Ausschüssen gegliedert deren Reisen und die Gegenbesuche ausländischer Parlamentarierdelegationen aufgeführt. Die internationalen Aktivitäten werden unter Bezugnahme auf die inhaltlichen Schwerpunkte des jeweiligen Gremiums dargestellt, wobei sie exemplarisch angeführt werden. Es handelt sich demnach nicht um die vollständige Auflistung aller Aktivitäten.

#### Auswärtiger Ausschuss

Im März 2024 tagten die Auswärtigen Ausschüsse der Assemblée nationale, des polnischen Sejms sowie des Deutschen Bundestages gemeinsam in Berlin. Ziel des Treffens war, über das Weimarer Dreieck gemeinsame Impulse in der Außen- und Europapolitik zu setzen. Im Zentrum der Konsultationen standen die Entwicklung der russischen Bedrohung und die Fortsetzung der Unterstützung für die Ukraine, Erwartungen und Ambitionen in Bezug auf den NATO-Gipfel in Washington im Juli 2024 sowie ein realistischer Prozess für die Erweiterung der Europäischen Union. Einigkeit bestand darin, dass der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und dessen Konsequenzen für die internationale Ordnung ein Weckruf für die Notwendigkeit der Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten sei. Gleichzeitig wurde die Bedeutung einer Beitrittsperspektive für die Westbalkanstaaten sowie für die Republik Moldau und Georgien in Zeiten zunehmender russischer Desinformationskampagnen hervorgehoben.

Eine Delegation des Unterausschusses „Vereinte Nationen, internationale Organisationen und zivile Krisenprävention“ des Auswärtigen Ausschusses reiste im Februar 2024 nach Äthiopien und Kenia. In Äthiopien wurde die Zeit unmittelbar vor dem jährlichen Gipfel der Afrikanischen Union in Addis Abeba genutzt, um im Rahmen der vorgeschalteten Außenministertreffen und Arbeitsgruppen Gespräche zu führen. Zusätzlich verschafften sich die Abgeordneten mit Gesprächen in Tigray einen Überblick über den Stand der Umsetzung des Friedensabkommens von Pretoria und über den deutschen Beitrag zum Wiederaufbau der Region. In Kenia informierte sich die Delegation über die multilaterale Dynamik am VN-Standort Nairobi und erhielt Einblicke in die Perspektive eines zentralen Partners der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in Afrika. Die VN-Vertreter unterstrichen die wachsende Bedeutung von Nairobi als einzigem VN-Hauptquartier in der südlichen Hemisphäre.

Das Interesse der Delegation des Unterausschusses „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ des Auswärtigen Ausschusses auf ihrer Reise im Februar 2024 nach Genf galt den Strukturen der multilateralen Rüstungskontrollarchitektur in Zeiten des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine, in dessen Folge die Sicherheits- und Verteidigungspolitik wieder in den Mittelpunkt des politischen und öffentlichen Interesses gerückt ist. Vor Ort nahmen die Abgeordneten an einer Sitzung der Genfer Abrüstungskonferenz teil und führten Gespräche mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern sowie Repräsentanten verschiedener Mitgliedstaaten bei der Abrüstungskonferenz. Der dabei zu verfolgende Versuch der russischen Delegation, eine Teilnahme von Beobachterstaaten an der Aussprache zu verhindern, war ein anschauliches Beispiel für die derzeit schwierigen Konsensfindungsprozesse in dem Gremium.

#### Ausschuss für Inneres und Heimat

Der inhaltliche Schwerpunkt einer Delegationsreise des Ausschusses im Februar 2024 nach Japan lag auf Fragen der Migration mit Fokus auf den Themen Fachkräfteeinwanderung, Einwanderungsgesellschaft und demographischer Wandel. Die Abgeordneten informierten sich darüber hinaus über Katastrophenschutz, Maßnahmen zur Cybersicherheit und den Umgang mit Desinformation in Japan.

Auf einer Reise in die schwedische Hauptstadt Stockholm im Juni 2024 tauschten sich Abgeordnete des Ausschusses mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener schwedischer Institutionen wie dem Ministerium für Zivilschutz, der Psychological Defence Agency, der Polizei und der Feuerwehr zu Fragen der Organisation des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie der Zivilverteidigung der Bevölkerung im Falle eines Angriffskrieges aus. Mehrere Delegationen ausländischer Parlamente und Regierungen, u. a. aus Litauen, Großbritannien, Republik Moldau und der Ukraine wurden im Berichtszeitraum vom Ausschuss für Inneres und Heimat empfangen, um sich zum Beispiel zu Fragen der inneren Sicherheit sowie der Migration auszutauschen und auf dieser Fachebene die bilateralen Beziehungen zu stärken.

### **Sportausschuss**

Im August 2024 reiste eine Delegation des Sportausschusses zu den Olympischen Spielen nach Paris. Im Mittelpunkt standen Gespräche mit Vertretern verschiedener internationaler Sport- und Weltsportverbände sowie mit Vertretern der französischen und der Welt-Anti-Doping-Agentur, der Deutschen Olympischen Akademie und ein Besuch des Französischen Hauses. Dabei ging es um die internationale Konkurrenzfähigkeit und um die perspektivische Situation des Spitzensports in Deutschland im Vergleich. Vor dem Hintergrund der fast zeitgleich erfolgten Absichtserklärung der Bundesregierung für eine Olympiabewerbung im Jahr 2040 konnten sich die Abgeordneten vor Ort informieren, was es bedeutet, eine solche Sportgroßveranstaltung in einer Stadt wie Paris zu organisieren. Die Delegation besuchte einige Wettkämpfe mit deutscher Beteiligung und führte Gespräche mit der Leitung des deutsch-französischen Jugendlagers sowie mit Athleten und Athletinnen der Sportfördergruppen von Bundeswehr und Bundespolizei.

Auch die folgenden Paralympischen Spiele in Paris waren Anlass für eine Delegationsreise des Ausschusses Ende August/Anfang September 2024 nach Paris. Im Vordergrund des Programms standen der Austausch mit französischen Akteuren der Sportpolitik sowie die Begleitung des Team D Paralympics. Mit dem für Sport zuständigen Ausschuss für Kultur und Bildung in der Assemblée nationale, beim französischen Behindertensportverband Fédération Française Handisport und im Gespräch mit dem Internationalen Paralympischen Komitee (IPC) informierte sich die Delegation – auch vor dem Hintergrund der Rolle Deutschlands als Gastgeber für internationale Sportgroßveranstaltungen – über die Herausforderungen der Organisation der Paralympics und über deren gesellschaftliche Auswirkungen. Die Delegation besuchte das Paralympische Dorf und die Ottobock-Werkstatt (ein Unternehmen für Medizintechnik, das Hilfsmittel des Bewegungsapparats herstellt). Die Eröffnungsfeier, Wettbewerbe mit Beteiligung deutscher Athletinnen und Athleten sowie Gespräche im Deutschen Haus ermöglichten zudem eine Vielzahl persönlicher Begegnungen mit Aktiven, Trainern, Betreuern und Sportfunktionären. Besuche des Deutschen Paralympischen Jugendlagers und der Redaktion der Paralympics-Zeitung rundeten das Programm der Reise ab.

### **Rechtsausschuss**

Eine Delegationsreise des Ausschusses nach Armenien, Georgien und Aserbaidschan Ende Februar/Anfang März 2024 fand zu einem entscheidenden Zeitpunkt für alle drei Länder des Südkaukasus statt, die sich in verschiedenen Phasen hin zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie befinden. Der inhaltliche Schwerpunkt der Reise lag folglich auf den Themenbereichen der demokratischen Transformation, der Rechtsstaatlichkeit, der Annäherung an die Europäische Union und der Achtung der Menschenrechte.

Der Besuch Armeniens stand ganz im Zeichen des jahrzehntelangen Konflikts Armeniens mit Aserbaidschan. Alle Gastgeber würdigten die wichtige Rolle, die Deutschland beim armenisch-aserbaidschanischen Friedensprozess spiele. Den Gesprächspartnern bis hinauf zu Premierminister Paschinjan war es ein deutliches Anliegen, die Hinwendung zur EU bei gleichzeitiger Abkehr von Russland als dynamisch und unumkehrbar darzustellen und hierfür Unterstützung einzufordern.

Beim Aufenthalt in Georgien ging es den Delegationsmitgliedern ebenfalls vor allem um die Themen demokratische Transformation, Rechtsstaatlichkeit, Rechtsangleichung an die EU und Achtung der Menschenrechte. Der den Abgeordneten von den offiziellen Gesprächspartnern vermittelte Eindruck war, dass Georgien in den vergangenen Jahren in allen Bereichen geeignete Reformen durchgeführt habe und die gesetzlichen Grundlagen gut seien. Laut der Kritik der georgischen Opposition und Zivilgesellschaft diene die Justiz „im Zweifel der Macht“ und mache es für Gruppen außerhalb der Regierungsmehrheit schwer, Recht zu bekommen. Gleichzeitig wurde seitens aller georgischen Gesprächspartner Offenheit für Dialog und Zusammenarbeit mit Deutschland bei weiteren Reformen und Verbesserungen betont.

Beim Abschluss der Reise in Aserbaidschan standen erneut der armenisch-aserbaidschanische Konflikt im Vordergrund, aber auch Fragen der Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sowie das konfliktreiche Verhältnis zwischen Aserbaidschan und dem Europarat. Die Abgeordneten des Rechtsausschusses brachten ihre Sorge über die Gesundheit des seit Sommer 2023 inhaftierten Wirtschaftsprofessors und Oppositionspolitikers Gubad Ibadoghlu sowie über den Konflikt wegen des Entzugs des Stimmrechts der aserbaidschanischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zum Ausdruck.

### Finanzausschuss

Mit jährlichen gemeinsamen Delegationsreisen des Finanzausschusses, des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie des Bundesrates zu den Jahresversammlungen von IWF und Weltbank nimmt der Deutsche Bundestag eine Verpflichtung aus Artikel 8 des Gesetzes zu dem Übereinkommen über den Internationalen Währungsfonds wahr. Danach unterrichtet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag und den Bundesrat über die Anwendung des IWF-Übereinkommens. Dies erfolgt seit vielen Jahren durch eine Delegationsreise zu den jährlich im Herbst stattfindenden Jahrestagungen von IWF und Weltbank. Im Oktober 2023 fand die Tagung vor dem Hintergrund des Terrorangriffs der Hamas auf Israel in Marraakesch statt; diskutiert wurden die Lage der Weltwirtschaft und etwaige Risiken für die Finanzstabilität. Zentral waren auch die Unterstützung für die Ukraine, die Reformen der multilateralen Entwicklungsbanken, insbesondere der Weltbank, und die Verschuldungssituation der Schwellen- und Entwicklungsländer. Wichtiger Gesprächsgegenstand war die jüngste Erweiterung der Aufgabenstellung der Weltbank um Nachhaltigkeitsthemen. Die gemeinsame Delegation der drei Ausschüsse konnte sich in diesem Zusammenhang ein Bild von den finanziellen Beiträgen der Bundesrepublik Deutschland machen und sich über die Initiativen der Bundesregierung zur Modernisierung der Institutionen informieren.

Schwerpunkt der Jahrestagung im Oktober 2024 in Washington D.C. war neben der anhaltenden Schuldenkrise die insgesamt schwache Wirtschaftsentwicklung weltweit. Zur Sprache kamen globale Risiken für die Weltwirtschaft, sowohl durch geopolitische Konflikte als auch durch handelsbeschränkende Maßnahmen. Anlässlich der Jahrestagung zogen Weltbank und IWF eine positive Zwischenbilanz des vor zwei Jahren angestoßenen Reformprozesses. Mit dem neuen Leitbild „A world free of poverty on a livable planet“ gingen nun Armutsbekämpfung und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen Hand in Hand. In Hintergrundgesprächen mit Repräsentanten der Bretton Woods Organisationen, Vertretern der Banken- und Finanzbranche, den in den USA vertretenen deutschen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen wurde die konstruktive Rolle der Bundesregierung bei Reform und Finanzierung der Institutionen herausgestellt, die dem Land in jüngster Zeit hohes Ansehen und Einfluss gebracht habe. Allerdings mache man sich Sorgen wegen der geplanten Kürzungen der finanziellen Beiträge Deutschlands. Ergänzende bilaterale Gespräche drehten sich um die wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten und die möglichen Folgen der Präsidentschaftswahlen am 5. November. Zu den Auswirkungen des Inflation Reduction Act (IRA) auf das Wachstum in den USA wurde vielfach betont, dass die Attraktivität des Standortes USA, die grundsätzliche Offenheit für neue Technologien und die schnelle Entscheidungspraxis der Behörden für die Wirtschaft bedeutsamer seien als Subventionen.

Im Mai 2024 traf eine Delegation des Ausschusses in Paris zu Erörterungen mit der stellvertretenden Vorsitzenden des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Assemblée nationale zusammen und knüpfte damit an zurückliegende Besuche des Finanzausschusses in der französischen Hauptstadt an. Außerdem führten die deutschen Abgeordneten ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Finanzausschusses des französischen Senats, um die Gespräche fortzusetzen, die bei dessen Besuch im April 2023 in Berlin begonnen wurden. Darüber hinaus traf die Delegation Vertreter der französischen Regierung aus den Bereichen der Steuer-, Finanzmarkt- und Zollpolitik sowie den Gouverneur der französischen Zentralbank. Die schwierige politische sowie fiskalische Situation Frankreichs und deren mögliche Auswirkungen auf die zukünftige Zusammenarbeit mit Deutschland in der EU wurde den Delegationsmitgliedern dabei eindringlich vor Augen geführt.

Mit einer Delegationsreise nach Singapur im September 2024 besuchte der Finanzausschuss einen der wichtigsten Finanzstandorte in Asien. Der Stadtstaat dient vielen Finanzdienstleistern als Ausgangspunkt für ihr Asiengeschäft und ist führender Finanzstandort für Start-Ups und FinTechs. Hintergrund für die hohe Innovationskraft des Finanzstandortes ist unter anderem, dass sich die Zentralbank MAS nicht nur als Aufsichtsbehörde versteht, sondern zugleich als Partner der Finanzwirtschaft. Man setzt sich gemeinsam mit der Industrie für den Standort Singapur ein und gibt den Unternehmen Freiräume zum Experimentieren. Im Rahmen der Finanzmarktaufsicht nutzt die MAS zudem innovative digitale Systeme für eine ressourcenschonende Aufsicht. Weiteres Thema der Gespräche war die wirtschaftliche Entwicklung des ASEAN-Raums im Vergleich zu Deutschland und der EU.

## Haushaltsausschuss

Der Haushaltsausschuss ist aufgrund seiner Zuständigkeiten für den Gesamtetat und für alle kostenwirksamen Einzelmaßnahmen in sämtlichen politischen Fachgebieten tätig, was sich auch in seinen internationalen Aktivitäten widerspiegelt.

Im März 2024 besuchten die Obleute im Haushaltsausschuss Brasília und Rio de Janeiro. Es ging neben der Festigung der bilateralen Beziehungen zu Brasilien vorrangig um finanz- und wirtschaftspolitische Fragestellungen sowie die brasilianische G-20-Präsidentschaft.

Im selben Zeitraum hielt sich eine Delegation des Rechnungsprüfungsausschusses in Italien auf. Im Mittelpunkt des Besuches stand der Austausch über Fragen der parlamentarischen Haushaltskontrolle sowie der Arbeit des italienischen Rechnungshofes Corte dei Conti. Weitere Interessenschwerpunkte bildeten der italienische Aufbau- und Resilienzplan sowie die Umsetzung des EU-Wiederaufbaufonds „NextGenerationEU“.

Die Berichterstatter für die Einzelpläne des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sowie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz reisten im April 2024 nach Kanada, um sich vor Ort in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft sowie Umwelt-, Klima- und Energiepolitik zu informieren.

Die fortwährende Begleitung europäischer Entscheidungsprozesse erfolgt im Haushaltsausschuss durch den Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union, der im Mai 2024 eine Delegationsreise nach Luxemburg unternahm.

Die Berichterstatter für den Einzelplan des Bundesverteidigungsministeriums und das Sondervermögen für die Bundeswehr reisten im Dezember 2024 nach Indien, um vor dem Hintergrund gestiegener globaler Sicherheits Herausforderungen mit Partnern im indopazifischen Raum über Kooperationen im Bereich der Verteidigungs- und Rüstungspolitik zu beraten.

## Wirtschaftsausschuss

Anlass und Gegenstand einer Delegationsreise des Wirtschaftsausschusses im März 2024 nach Uruguay und Argentinien waren die andauernden Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur – der Organisation des gemeinsamen Binnenmarktes der Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. In Gesprächen auf Ministerebene und mit Kolleginnen und Kollegen aus den jeweiligen Parlamenten wurde deutlich, dass beide besuchten Länder ein beachtliches Potenzial für wirtschaftliches Wachstum eint, insbesondere durch den Export von Energieprodukten und Rohstoffen für die Energiewende, aber auch in Bezug auf IT-Dienstleistungen.

Im September 2024 verschaffte sich eine Ausschussdelegation im Rahmen ihrer Reise nach Kroatien und Slowenien in Treffen mit hochrangigen politischen Entscheidungsträgern und wichtigen Akteuren aus der Wirtschaft beider Länder einen guten Überblick über die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen Kroatien und Slowenien als kleinere Mitgliedstaaten der Europäischen Union stehen. In den Gesprächen nahmen die starken wirtschaftlichen Verflechtungen mit Deutschland und der allseitige Wunsch nach einem Ausbau der Zusammenarbeit, etwa in den Bereichen Erneuerbare Energien sowie Kreislauf- und Abfallwirtschaft, besonderen Raum ein.

Darüber hinaus empfing der Wirtschaftsausschuss eine Vielzahl internationaler Gäste in Berlin. Mit einer Delegation des finnischen Wirtschaftsausschusses konnte an Gespräche der im Juni 2023 durchgeführten Delegationsreise nach Finnland (und Schweden) angeknüpft werden. Themen waren u. a. Strompreise und Batterierecycling. Mit der britischen Parlamentsdelegation zur Interparlamentarischen Union (IPU) tauschte sich der Ausschuss zu verschiedenen Wirtschaftsthemen aus. Gemeinsam mit dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union empfing der Wirtschaftsausschuss die EU-Generaldirektorin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, um u. a. über die Entwicklung des EU-Binnenmarktes und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, das Öffentliche Auftragswesen und die Umsetzung der EU-Gesetze zu kritischen Rohstoffen und zur Netto-Null-Industrie zu sprechen. Zu Fragen des Rohstoffabbaus und -exports aus Argentinien traf sich der Ausschuss mit einer hochrangigen argentinischen Delegation. Im Rahmen des Förderprogramms des Auswärtigen Amtes tauschten sich Mitglieder des Wirtschaftsausschusses mit ausländischen Diplomatinen und Diplomaten u. a. über Anti-Dumping-Zölle auf chinesische E-Autos und Wirtschaftssanktionen gegen Drittstaaten am Beispiel Russlands aus. Mitglieder des Wirtschaftsausschusses empfingen auch eine Delegation der Republik der Philippinen im

Rahmen des Gästeprogramms der Bundesrepublik Deutschland zum Thema „Innovation in Verwaltung und Wirtschaft“.

### **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft**

Eine Delegationsreise im Mai 2024 führte Mitglieder des Ausschusses nach Kanada. Vor Ort tauschten sich die Abgeordneten mit Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaftsverbänden sowie mit Regierungsmitgliedern auf Ebene des Bundes und der Provinzen vor allem zu den Themen nachhaltige Waldbewirtschaftung und die Lage der Milchviehhalter in Kanada aus. Zudem gab es ein Gespräch mit den Mitgliedern des Ausschusses für Landwirtschaft und Agrarlebensmittel im kanadischen House of Commons zu den Entwicklungschancen des deutsch-kanadischen Handels im Agrar- und Ernährungsbereich.

Im September 2024 reisten Mitglieder des Ausschusses nach Großbritannien. Schwerpunkt der Gespräche mit Landwirten, Vertreterinnen und Vertretern von Agrarverbänden sowie Repräsentanten der britischen Regierung war die Lage der Landwirtschaft nach dem Brexit, die Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Produkte auf den jeweiligen Märkten und Initiativen für gesunde Gemeinschaftsernährung in Großbritannien.

Vor dem Hintergrund des Deutsch-Ukrainischen Agrarpolitischen Dialogs empfing der Ausschuss im November 2023 eine Delegation ukrainischer Kommunalpolitikerinnen, die sich über die Annäherung der Ukraine an die EU im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik informierten. Im November 2024 berichtete der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses der Werchowna Rada der Ukraine bei seinem Besuch im Bundestag den Mitgliedern des Ausschusses zur aktuellen Lage der Landwirtschaft in der Ukraine. Mit Mitgliedern des Ausschusses für Angelegenheiten des ländlichen Raums des litauischen Seimas tauschte sich der Ausschuss im Januar 2024 über die Gemeinsame Agrarpolitik und die Lage des Milchsektors aus, während die Bauernproteste in Deutschland und den Niederlanden Thema eines Gesprächs mit Mitgliedern des Ausschusses für Landwirtschaft der niederländischen Tweede Kamer waren. Darüber hinaus empfing der Ausschuss die stellvertretende Generaldirektorin der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) im April 2024 sowie im Juli 2024 den stellvertretenden Generaldirektor der EU-Generaldirektion „Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“.

### **Ausschuss für Arbeit und Soziales**

Die Veränderungen der Arbeitswelt und die Fachkräftesicherung in Zeiten des demografischen Wandels bildeten die thematischen Schwerpunkte der Reisen des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Berichtszeitraum. Im Rahmen einer Delegationsreise im März 2024 nach Argentinien und Brasilien sprachen die Abgeordneten mit Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, aus Wirtschaft, Parlament und Regierung über die Transformation der Arbeitswelt.

In Finnland informierte sich eine Delegation im Mai 2024 über Fragen der Weiterbildung sowie der Erhaltung und Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft.

Die Gewinnung von Fachkräften, aber auch die Folgen des „Brain-Drain“ für die Herkunftsländer waren die Themenschwerpunkte einer Delegationsreise nach Nordmazedonien, Albanien und in den Kosovo im September 2024.

### **Verteidigungsausschuss**

In der zweiten Hälfte der 20. Wahlperiode standen für die Mitglieder des Verteidigungsausschusses Delegationsreisen in die Einsatzgebiete deutscher Soldatinnen und Soldaten im Ausland im Fokus.

Zunächst besuchten die Abgeordneten im Februar 2024 im Rahmen des KFOR-Einsatzmandates eingesetzte deutsche Soldatinnen und Soldaten im Kosovo. Im Juni 2024 folgten Besuche bei den deutschen Einsatzkontingenten der NATO-Missionen Air Policing Baltikum in Estland und Lettland sowie enhanced Forward Presence und enhanced Vigilance Activities in Litauen. In letzterem Land konnten zudem Gespräche mit den Angehörigen des Vorauskommandos der Brigade Litauen geführt werden.

Darüber hinaus empfing der Ausschuss zahlreiche internationale Parlaments-, Regierungs- und Militärdelegationen. Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine und der damit einhergehenden Bedrohungslage hat die internationale Zusammenarbeit, insbesondere auf europäischer Ebene, weiter an Bedeutung gewonnen. Die Kooperation mit den französischen Verteidigungsausschüssen der Assemblée nationale und des Senats konnte bei einem Besuch der französischen Partner im Januar 2024 in Berlin vertieft werden.

### **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Die internationalen Aktivitäten des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie der als Unterausschuss organisierten Kinderkommission waren im Berichtszeitraum thematisch sehr vielfältig.

So besuchte eine Ausschussdelegation im Februar 2024 die finnische Hauptstadt Helsinki, um sich über die Seniorenpolitik und die Bekämpfung der Einsamkeit in Finnland zu informieren.

Die Delegationsreise von Ausschussmitgliedern im April 2024 nach Österreich diente dem Ziel, sich über Maßnahmen im Bereich der Familienpolitik und über Möglichkeiten der Unterstützung von Angehörigen im Rahmen der Pflege auszutauschen.

Im September 2024 besuchte eine Delegation von fünf Abgeordneten Großbritanniens, um Gespräche zum Thema „Kinder- und Jugendhilfe“ zu führen.

Darüber hinaus empfingen der Ausschuss und die Kinderkommission zahlreiche ausländische Delegationen, die den Bundestag in Berlin besuchten. So traf sich der Ausschuss im Oktober 2023 mit einer Delegation aus Sambia zu einem Austausch über die Förderung der politischen Teilhabe von Frauen. Im November 2023 folgte ein Gespräch mit jungen Nachwuchskräften aus den wichtigsten politischen Parteien in Albanien über die Förderung politischer Nachwuchskräfte. Die Mitglieder der Kinderkommission führten im April 2024 ein Gespräch mit der Vorsitzenden des UN-Kinderrechteausschusses zur strukturellen Verankerung von Kinderrechten in Deutschland. Im Februar 2024 tauschte sich der Ausschuss mit der türkischen Kommission für Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern des türkischen Parlaments aus, im Mai 2024 empfing er Abgeordnete des britischen Unterhauses zu einem Austausch über Themen der Kinder- und Jugendhilfe. Im Mai 2024 nahm die Ausschussvorsitzende an einem Gespräch mit Abgeordneten des usbekischen Parlaments per Videokonferenz zum Thema „Geschlechtersensible Parlamente“ teil. Zweimal empfing der Ausschuss Delegationen aus der Republik Korea: Im September 2024 eine Delegation bestehend aus Abgeordneten der Democratic Party of Korea zum Thema „Fortbestand der Friedensstatue in Berlin“, im Dezember 2024 eine Delegation des Korea Women Parliament Network zu dem Themenkomplex „Förderung der Teilnahme von Frauen in der Politik, Erhöhung der Geburtenrate, Frauen- und Familienpolitik, unter anderem auch zu Maßnahmen gegen sexuelle Gewalt an Frauen“. Im Oktober 2024 nahm die Ausschussvorsitzende an einem internationalen Workshop des Lenkungsausschusses von INTER-PARES als Impulsegeberin teil. Das Thema war: „Die Bedeutung von kritischen Akteuren, um in den Parlamenten einen Wandel in Genderfragen voranzutreiben“. Ebenfalls im Oktober 2024 führte der Ausschuss ein Gespräch mit der UN-Sonderberichterstatterin zu Kinderhandel und Kinderprostitution. Im darauffolgenden Monat empfing der Ausschuss eine Delegation des nigerianischen Parlaments zum Thema „Stärkung weiblicher Parlamentsabgeordneter“ und eine Delegation des thailändischen Parlaments zu einem Austausch über Gesetzesvorhaben zur Förderung und zum Schutz der Rechte vulnerabler Gruppen, zu sozialen Fragen sowie zur Gleichstellungspolitik. Schließlich führte der Ausschuss im Dezember 2024 ein fachliches Gespräch mit einer Bibliotheksmitarbeiterin und Wissenschaftlerin im japanischen Parlament zum Thema „Bekämpfung der Kinderarmut/Kindergrundsicherung“.

### **Ausschuss für Gesundheit**

Die beiden Delegationsreisen des Ausschusses im Februar 2024 nach Österreich (Wien und Burgenland) sowie im Mai 2024 nach Spanien (Madrid) standen ganz im Zeichen der seinerzeit in Deutschland anstehenden Reformen im Krankenhaussektor, der Notfallversorgung, der Digitalisierung des Gesundheitswesens und der Pflege.

Im Burgenland besuchten die Ausschussmitglieder ein innovatives Pflegeprojekt, das die Notfallversorgung psychisch kranker Menschen sowie die österreichische Suizidpräventionsstrategie beleuchtete. Zudem wurde das ehrenamtliche Engagement der österreichischen Krebshilfe gewürdigt. Auch die Reduzierung des Fachkräftemangels in der Pflege war als zentrales Thema von großem Interesse für die Delegation, die in diesem Zusammenhang Gespräche mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern sowie wichtigen Akteurinnen und Akteuren im Gesundheitssektor führte.

Bei der Reise nach Madrid lag der Fokus ebenfalls auf der Organisation des Krankenhausbereichs, der Überwindung der Sektorengrenzen zwischen ambulanter und stationärer Gesundheitsversorgung sowie der Digitalisierung des Gesundheitssystems. Darüber hinaus wurden in den Gesprächsterminen der Delegation der spanische nationale Hitzeschutzplan, das Antrags- und Genehmigungsverfahren für klinische Medikamentenstudien sowie die Organisation der Organspende thematisiert.

Durch diese beiden Delegationsreisen wurde deutlich, dass der Austausch zwischen den Gesundheitssystemen neue Möglichkeiten eröffnet, voneinander zu lernen, Erfolgsrezepte zu identifizieren und Innovationen voranzutreiben, um die Gesundheitsversorgung für die Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich zu verbessern.

Die Delegationsreise des Unterausschusses Globale Gesundheit im Februar 2024 nach Südafrika und Ruanda hatte zum Ziel, sich vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der COVID-19-Pandemie sowie der Vorbereitung auf eine zukünftige Pandemie über den Aufbau von eigenständigen Forschungs- und Produktionskapazitäten für Arzneimittel, Impfstoffe und Gesundheitstechnologien sowie der für Transport und Verteilung notwendigen Logistik zu informieren. Beide Länder haben langjährige Erfahrungen in der Erforschung von Impfstoffen gegen HIV (Südafrika) und ambitionierte Programme für den Aufbau entsprechender Forschungs- und Produktionskapazitäten (Südafrika und Ruanda). Die Delegation konnte sich vor Ort zudem über Fragen der Gesundheitsversorgung sowie der Wasser- und Stromversorgung informieren. Es zeigte sich, dass die Bemühungen beider Länder zum Aufbau der Forschungs- und Produktionskapazitäten für Impfstoffe und Arzneimittel auf einem guten Weg und teilweise bereits weit fortgeschritten sind.

Auf Einladung des Ausschusses besuchte eine Delegation des Ausschusses für öffentliche Gesundheit, medizinische Versorgung und Krankenversicherung des ukrainischen Parlaments im November 2024 Berlin. Die Abgeordneten diskutierten in einer gemeinsamen Sitzung unter anderem über den Arzneimittelsektor und die Implementierung europäischen Rechts. Darüber hinaus fanden Gespräche der Gäste mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundesministeriums für Gesundheit, des Spitzenverbands Bund der Krankenkassen sowie des Gemeinsamen Bundesausschusses statt. Ein weiterer zentraler Programmpunkt war der Besuch von verwundeten ukrainischen Soldatinnen und Soldaten im Bundeswehrkrankenhaus Berlin.

### **Verkehrsausschuss**

Eine Delegation des Verkehrsausschusses informierte sich im Mai 2024 auf einer Reise nach Japan in Gesprächen und Besichtigungen unter anderem über die Dekarbonisierung des Automobilverkehrs, über Bau, Finanzierung und Unterhaltung von Verkehrsinfrastruktur, über das japanische Eisenbahnwesen sowie die im Bau befindliche Magnetschwebebahn Chūō-Shinkansen. Darüber hinaus ging es den Abgeordneten aus dem Ausschuss um Fragen der Schifffahrt sowie um lokale Mobilität und den ÖPNV in Japan.

Im Rahmen einer Delegationsreise nach Finnland und Estland im Oktober 2024 erhielt eine Delegation des Ausschusses Einblicke in die Entwicklungen in den Bereichen Mobilität und Transport. Zentrale Gesprächsthemen waren die Digitalisierung und der Klimaschutz im Verkehr, die Finanzierung und die Leistungsstandards im ÖPNV, der Ausbau der Verkehrswegeinfrastruktur, die Entwicklung der Hafenwirtschaft sowie die verkehrsspezifischen Herausforderungen, die sich aus der geopolitischen Situation der beiden Länder ergeben.

### **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

Eine Delegation des Ausschusses bereiste im Februar 2024 mit Namibia und Südafrika Länder, die stark von den Auswirkungen des Klimawandels wie Dürren und Überflutungen betroffen sind. Schwerpunktthemen der Reise waren für die Abgeordneten Themen wie die Wasser- und Ressourcennutzung, Biodiversität, Wildtierschutz sowie Mensch-Wildtier-Konflikte.

Eine weitere Delegationsreise führte im Oktober 2024 nach Italien. Sie diente der Informationsgewinnung über die dortigen Herausforderungen bei den Themen Klimaanpassung, Renaturierung, Hochwasserschutz und Wasserknappheit. Ein zusätzlicher Schwerpunkt lag auf dem Wolfsmanagement, einem immer wiederkehrenden Thema in der Arbeit des Umweltausschusses.

Darüber hinaus empfing der Ausschuss im Berichtszeitraum einige internationale Gäste in Berlin. Der Generaldirektor der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission stellte in einem Gespräch mit Ausschussmitgliedern die Arbeit der Forschungsstelle vor und ging dabei insbesondere auf nukleare Sicherheit und Sicherung/Euratom ein. Im Rahmen einer vom Goethe-Institut koordinierten Informationsreise kam es zu einem Austausch mit internationalen Experten zu den Themen Küsten- und Erosionsschutz, Walderneuerung und -umbau sowie Nationalparkmanagement. In einem weiteren Gespräch mit serbischen Experten informierte sich der Ausschuss über das geplante Lithium-Bergbauprojekt in Westserbien.

### **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe**

Der Ausschuss hat im Berichtszeitraum vier Delegationsreisen mit Bezug auf seine halbjährlichen Themenschwerpunkte durchgeführt. Anlässlich der Staatenanhörung Deutschlands im Rahmen des viel beachteten Universal Periodic Review (UPR) vor dem VN-Menschenrechtsrat führte die erste Reise im November 2023 nach Genf in die Schweiz. Neben dem Austausch mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der in Genf ansässigen internationalen menschenrechtlichen und humanitären Institutionen sowie verschiedenen Nichtregierungsorganisationen stand die Begleitung der Staatenanhörung Deutschlands vor dem VN-Menschenrechtsrat im Vordergrund.

Die nächste Delegationsreise führte im März 2024 nach Chişinău in Moldau und nach Odessa in der Ukraine. Sie fand im Schatten des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine statt, der zu diesem Zeitpunkt bereits über zwei Jahre währte und massive Auswirkungen auf die humanitäre Situation und Sicherheitslage in den beiden benachbarten Ländern und EU-Beitrittskandidaten hatte. Mit Blick auf das mehrfach verlängerte Getreideabkommen zwischen Russland und der Ukraine lag ein besonderer Fokus auf dem Schwerpunktthema des zweiten Halbjahres 2023 im Ausschuss: „Verschärfung der Nahrungsmittelunsicherheit und Wasserknappheit – Ursachen, Folgen und Lösungen“. Zugleich erfolgte die Reise zu dem Schwerpunktthema des ersten Halbjahres 2024: „Durchsetzung internationaler und europäischer Menschenrechtskonventionen anlässlich des 70. Jahrestages der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vor 75 Jahren“.

Im Kontext dieses Themenschwerpunktes reiste eine Delegation des Ausschusses im April 2024 nach Guatemala und Costa Rica. Dort stattete sie u. a. dem in San José ansässigen Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte einen Besuch ab. In ihren Gesprächen ging es um die Herausforderungen bei der praktischen Durchsetzung der Amerikanischen Menschenrechtskonvention im Zuge der politischen Entwicklungen in der Region.

Mit seiner Delegationsreise nach Äthiopien und in den Südsudan im Oktober 2024 schließlich stellte der Ausschuss die dortigen „vergessenen Krisen“ in den Vordergrund – das Schwerpunktthema des zweiten Halbjahres 2024. Ziel war es, das Bewusstsein für diese Krisen zu schärfen, internationale Unterstützung zu mobilisieren und potenzielle Lösungen zu erörtern, die den Menschen vor Ort nachhaltig helfen.

### **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

Internationale Kooperationen in Wissenschaft und Forschung, insbesondere die bilaterale Forschungszusammenarbeit, die Situation deutscher Wissenschaftler im Ausland sowie die berufliche Bildung waren die Schwerpunkte der Reisen des Ausschusses im Berichtszeitraum.

Nach weitgehender Aufhebung der pandemiebedingten Reiseeinschränkungen war es einer Delegation des Ausschusses möglich, die Übergabe des Vorsitzes des Europäischen Parlamentarischen Technikfolgenzusammenschlusses (EPTA) in Barcelona im Oktober 2023 mit zu moderieren. Diese inhaltlich von wissenschaftlichen Fragestellungen geprägte Konferenz hatte als Schwerpunkt die demokratischen, sozialen und rechtlichen Herausforderungen der Künstlichen Intelligenz, einem Thema, zu dem das vom Ausschuss geführte Büro für Technikfolgenabschätzung gemäß § 56a der Geschäftsordnung des Bundestages einen wesentlichen Beitrag leisten konnte.

Eine Delegationsreise im Mai 2024 nach Polen diente der Festigung der Bildungs- und Forschungsk Kooperation mit Polen und der Einschätzung der Situation in Polen nach dem Regierungswechsel. Die beginnende Entideologisierung des Wissenschaftsbereichs sowie die enge und fruchtbare Zusammenarbeit einzelner Wissenschaftler und der Wissenschaftsorganisation beider Länder waren die bestimmenden Themen der Reise, in deren Verlauf die Ausschussmitglieder insbesondere die Dioscuri-Zentren besuchten.

Einen ähnlichen Schwerpunkt hatte die Delegationsreise im Juli 2024 nach Japan, die im Rahmen des 50-jährigen Bestehens des Regierungsabkommens über die Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technologischem Gebiet stattfand. Neben dem Bereich der Wissenschaftszusammenarbeit und der nötigen Verbesserung des Studierendenaustauschs war die demographische Entwicklung Japans sowie die Bewältigung der Reaktorkatastrophe von Fukushima von großer Bedeutung. Insbesondere wurde mit Besuchen der Abgeordneten bei verschiedenen Einrichtungen eindrucksvoll die Problematik des japanischen Weges der Ersetzung des fehlenden Nachwuchses durch Technologie aufgezeigt.

Im August 2024 nahm eine Delegation des Ausschusses an der GAIN 24 (German Academic International Network) als Zusammenschluss der deutschen Forschenden in Nordamerika teil. Vor allem der Austausch mit den Spitzenforschungsinstitutionen der USA war Thema dieser Konferenz. Bei ihrem Aufenthalt in San Francisco hat

die Delegation in der Bay Area Gespräche insbesondere über die Fusionsforschung und die Entwicklung im Bereich der Künstlichen Intelligenz geführt.

Im Oktober 2024 reisten Abgeordnete aus dem Ausschuss nach Kanada als verlässlichen Wertepartner in Nordamerika, der anders als sein südlicher Nachbar die Annäherung an Europa sucht. Neben dem Austausch mit den Wissenschaftsinstitutionen und den zuständigen Gesprächspartnern aus Parlament und Regierung wurden mehrere Spitzenuniversitäten wie die UBC (University of British Columbia) in Vancouver besucht. Die Zusammenarbeit mit den deutschen Forschungsorganisationen war dabei ein thematischer Schwerpunkt. Zudem war ein besonderes Augenmerk der Reise gerichtet auf die gegenwärtig restriktive Visa-Politik für ausländische Studierende und die Integration einer großen Anzahl von Zuwandernden in das Bildungssystem.

### **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Der Themenschwerpunkt der Arbeit des Ausschusses war im Berichtszeitraum die Überprüfung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und deren Fortschritte beim Erreichen der siebzehn „Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen“ (Sustainable Development Goals, SDGs). So ging es bei einer Delegationsreise des Ausschusses im Februar 2024 nach Brasilien vor allem um Entwaldungsbekämpfung, Wiederaufforstung, Umweltregulierung (SDG 13) sowie die Förderung von Bioökonomie und entwaldungsfreie Lieferketten (SDG 8). Dies betrifft insbesondere das Amazonasgebiet, weshalb die Abgeordneten zuerst nach Manaus reisten, um sich vor Ort über entsprechende Projekte zu informieren. Beim Aufenthalt in der Hauptstadt Brasilia folgten Gespräche mit Abgeordneten des brasilianischen Nationalkongresses und Vertretungen der brasilianischen Regierung. Zum Abschluss der Reise wurde in Rio de Janeiro der Aspekt öffentliche Gesundheit, Pandemiebekämpfung und Impfen (SDG 3) thematisiert.

„Bezahlbare und saubere Energie“ (SDG 7) und „Hochwertige Bildung“ (SDG 4) waren Themenschwerpunkte einer Reise von Ausschussmitgliedern in die Mongolei im April 2024. Bei einem Besuch der Deutsch-Mongolischen Hochschule für Rohstoffe und Technologie (DMHT) konnte sich die Delegation davon überzeugen, dass diese Einrichtung einen wichtigen Beitrag zur Bereitstellung von hochqualifiziertem Personal für die Entwicklung der Rohstoffwirtschaft in der Mongolei leistet. Der stellvertretende Minister für Wirtschaft und Entwicklung informierte die Delegation darüber, dass man zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf grünen Strom umstellen wolle. Für diese Bekämpfung der Luftverschmutzung im Land sei eine strategische Partnerschaft zwischen seinem Land und Deutschland wichtig.

Im Rahmen einer Delegationsreise nach Ghana, Benin und Togo im Juli 2024 unterstrich der seinerzeitige ghanaische Präsident die Relevanz der SDGs; dazu habe sein Land einen nationalen Aktionsplan entwickelt, der sich auch im Haushalt niederschläge. Die deutschen Abgeordneten besuchten den Bekleidungshersteller „Do-The-Right-Thing (DTRT) Apparel“ und den Softwareentwickler „AmaliTech East Legon“, um sich über „Menschenwürdige Arbeit“ (SDG 8) zu informieren. Im Mai 2024 hatte eine Delegation weiblicher Abgeordneter aus Benin den Deutschen Bundestag besucht, weshalb die Delegation ihren Aufenthalt dort zu einem erneuten Austausch mit ihnen nutzte. In der Gemeinde Calavi besuchten die Abgeordneten die Klärschlamm-aufbereitungsanlage, durch die 300.000 Menschen entlastet werden könnten, und erhielten so einen Einblick in Maßnahmen zu „Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen“ (SDG 6). „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ (SDG 11) konnte die Delegation in Ouidah finden, wo sie sich über den Aufbau des nationalen Kommunalentwicklungsfonds informierte.

Im Oktober 2024 reiste eine Delegation des Ausschusses nach Mauretanien und in den Senegal. Im Zentrum des Reisetrips Mauretanien standen Projektbesuche der EZ zu Berufsausbildung (SDG 4), Gespräche zur Menschenrechtslage, insbesondere von Frauen (SDG 5), sowie der geplanten Herstellung von grünem Wasserstoff und grünem Stahl (SDG 7, 9). Zudem führten die Abgeordneten unter anderem Gespräche mit dem Präsidenten und mit Abgeordneten des mauretanischen Parlaments. In der Republik Senegal ging es um EZ-Projekte der dezentralen Gesundheitsversorgung (SDG 6) und der Unterstützung des Landes bei der Schaffung von Arbeitsplätzen für die vielen auf den Arbeitsmarkt drängenden jungen Menschen (SDG 4, 8). Ergänzt wurden die Projektbesichtigungen durch eine Reihe von Gesprächen mit politisch verantwortlichen Akteuren, dem Präsidenten des Rechnungshofs sowie Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft.

### Ausschuss für Tourismus

Eine eintägige Informationsreise im Dezember 2023 führte Mitglieder des Ausschusses nach Belgien, um in Brüssel mit Vertretern der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments vor allem Fragen zur kurz zuvor von der Kommission vorgelegten Novellierung der EU-Pauschalreiserrichtlinie zu erörtern. Deren Umsetzung stellt einen wichtigen Teil des deutschen Reiserechts (§§ 651a ff. BGB) dar; die europaweit umstrittene Novellierung war mehrfach Gegenstand von Anhörungen im Ausschuss und wird es auch in der 21. Wahlperiode bleiben.

Ziel der Delegationsreise des Ausschusses Ende Februar/Anfang März 2024 nach Schweden und Finnland war es, Informationen zur Konzipierung und Umsetzung einer nachhaltigen, umweltschonenden, behindertengerechten und digitalisierungsfreundlichen Tourismuspolitik zu gewinnen. Beide Länder werden in diesen Bereichen im internationalen Vergleich als vorbildlich angesehen. Die Delegation führte dazu jeweils Gespräche auf parlamentarischer und ministerieller Ebene sowie mit touristischen Einrichtungen. Dabei zeigte sich, dass die Tourismusbranche in beiden Ländern vielfach vor ähnlichen Herausforderungen wie in Deutschland steht (Stichworte sind Fachkräftemangel und Abbau bürokratischer Hindernisse wie der Hotelmeldeschein). Thematisiert wurden auch die Sicherheitslage im Ostseeraum nach dem NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens sowie die Auswirkungen des Ukrainekrieges auf den internationalen Flugverkehr, die zu einer Änderung der Flugrouten zwischen Europa und Asien geführt haben. Wegen der damit verbundenen Kostensteigerungen ist es zu einem veränderten Reiseverhalten auf den asiatischen Quellmärkten zulasten von europäischen (und speziell deutschen) Destinationen gekommen.

Themenschwerpunkte einer Delegationsreise des Ausschusses im Mai 2024 nach China (Peking und Shanghai) waren die Förderung des deutsch-chinesischen Tourismusverkehrs und die Digitalisierung des Reisemarktes. Um den wichtigen chinesischen Quellmarkt für den deutschen Incoming-Tourismus mindestens wieder auf das Vor-Pandemie-Niveau zu bringen, müssen u. a. die Flugfrequenzen zwischen Deutschland und China erweitert und die Visaerteilung für chinesische Deutschlandreisende beschleunigt werden. Das letztgenannte Thema war Gegenstand einer eingehenden Erörterung in der deutschen Botschaft in Peking und in nachfolgenden Ausschusssitzungen im Bundestag. Die chinesische Tourismusbranche ist – weltweit führend – geprägt von dem Einsatz innovativer Technologien einschließlich Künstlicher Intelligenz, insbesondere in den Bereichen Reisewerbung, Reisebuchung, Versorgung der Reisegäste mit aktuellen Informationen zur Reise, mobile Bezahlmethoden und selbstfahrende Verkehrsmittel. Die Delegation des Ausschusses konnte dazu an mehreren Workshops des zeitgleich stattfindenden Digitalkongresses der Deutschen Zentrale für Tourismus in Peking und Shanghai sowie der von der ITB Berlin in Verbindung mit dem Deutschen Reiseverband initiierten „ITB China Shanghai“ teilnehmen. Mit den genannten digitalen Schlüsseltechnologien für den Tourismus hat sich der Ausschuss für Tourismus in der 20. Wahlperiode mehrfach befasst und wird es auch in Zukunft tun.

### Ausschuss für Kultur und Medien

Die Freiheit von Kunst, Kultur und Presse gehört zu den zentralen Themen des Ausschusses – seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine speziell mit Blick auf junge Demokratien in Osteuropa sowie insbesondere auf Georgien. Mitglieder der Kulturausschüsse beider Parlamente tauschten sich daher im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung im November 2023 in Berlin über Kulturpolitik aus und sprachen über Möglichkeiten einer vertieften Zusammenarbeit.

Der für Ende April/Anfang Mai 2024 angesetzte Gegenbesuch in Georgien musste kurzfristig umgeplant werden. Wegen der Massenproteste gegen einen auch von der EU als antidemokratisch kritisierten Gesetzentwurf verzichtete die Delegation auf die Termine mit der Kulturministerin sowie mit Abgeordneten der Regierungspartei. Im Mittelpunkt standen nun Gespräche zur aktuellen politischen Situation Georgiens, zu den Protesten gegen das sogenannte „Transparenzgesetz“, zur europäischen Zukunft des Landes sowie zur Lage der Zivilgesellschaft und der Kulturschaffenden mit anderen Mitgliedern des Parlaments, Vertreterinnen und Vertretern der Kulturszene, der Zivilgesellschaft sowie der deutschen Organisationen vor Ort.

Einige Wochen zuvor, Ende Februar/Anfang März 2024, reisten sechs Mitglieder des Ausschusses nach Indien, um sich über die dortige Filmbranche, die Freiheit von Kunst und Kultur sowie die Unabhängigkeit der Medien zu informieren. Die Delegation erfuhr, unter welchen Rahmenbedingungen eine der größten Filmindustrien der Welt gedeiht, und sie traf Journalistinnen und Journalisten, die unter anderem über das Einhegen kritischer Medienstimmen berichteten. In zahlreichen Gesprächen, u. a. mit dem für auswärtige Kulturpolitik zuständigen Indian Council for Cultural Relations (ICCR), erfuhr die Delegation, dass Indien sehr an einer stärkeren Kooperation in den Bereichen Film, Kunst und Kultur interessiert ist.

Im Bundestag empfing der Ausschuss im Berichtszeitraum viele internationale Gäste. So sprachen einige Abgeordnete mit Journalisten, Historikerinnen, Gedenkstättenvertretern und Bildungsexpertinnen im Rahmen des Besuchsprogramms der Bundesrepublik Deutschland über die Erinnerungspolitik in Deutschland. Mitglieder des Ausschusses erörterten außerdem mit Mitgliedern der britischen Gruppe in der Interparlamentarischen Union die Themen Bekämpfung von Desinformation und Schutz der Urheberrechte. Weiterhin diskutierten Abgeordnete mit einer Delegation der Ständigen Kommission für Medien des Senats des Parlaments der Tschechischen Republik über die Struktur der deutschen Medienlandschaft sowie über die Stärkung der freien Berichterstattung.

### **Ausschuss für Digitales**

Im Juni 2024 reiste eine Delegation des Ausschusses nach Spanien und Portugal. Dort wurden Gespräche unter anderem mit Abgeordneten der nationalen Parlamente, Regierungsmitgliedern, Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Ebene, der Zivilgesellschaft sowie mit im Digitalmarkt agierenden Firmen und Innovationszentren geführt. Die Delegationsmitglieder konnten bei ihrer Reise wichtige Erkenntnisse zu einer Reihe von im Ausschuss für Digitales regelmäßig behandelten Themen gewinnen: Chancen und Risiken im Umgang mit Künstlicher Intelligenz, nationale Umsetzung von EU-Rechtsakten, Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, Förderung von Start-ups sowie digitale Innovationen im Bereich der Gesundheitsversorgung und bei der Entwicklung moderner Städte (Smart Cities).

### **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen**

Die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum, nachhaltiges, klimagerechtes Bauen, die Förderung von Smart Cities sowie der Schutz der Bevölkerung bei Wetterkatastrophen durch Digitalisierung und Baumaßnahmen sind zentrale Themen des Ausschusses, an denen er im Berichtszeitraum auch seine internationalen Aktivitäten ausgerichtet hat.

So besuchte eine Delegation Ende April/Anfang Mai 2024 die US-amerikanischen Städte New York, Washington D. C. und New Orleans. Die Abgeordneten informierten sich dort über Lösungsansätze zur Versorgung mit kostengünstigem Wohnraum für ärmere Bevölkerungsteile, insbesondere in den amerikanischen Ballungsräumen. Ferner standen Smart City-Konzepte und klimaangepasstes Bauen zum Schutz vor Hochwasserereignissen auf der Agenda, wie die Delegation dies in New Orleans als Ort einer zurückliegenden Hochwasserkatastrophe berücksichtigen konnte.

Ende Oktober 2024 reiste eine Delegation in die spanischen Städte Santander und Barcelona. Santander gilt als eine hinsichtlich der Digitalisierung fortgeschrittensten Städte Europas, eine sogenannte „Smart City“. Die Projektgrundlagen, die Vor- und Nachteile und verschiedene digitale Anwendungen wurden den Abgeordneten präsentiert. Barcelonas vorrangiges Ziel ist die Verbesserung der Wohn- und Luftqualität sowie die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Durch die Errichtung autofreier sogenannter „Superblocks“ (die Zusammenlegung von Wohnvierteln), die Ausweitung des ÖPNV sowie den Rückbau und die Begrünung von Straßen konnten bereits Erfolge erzielt werden. Zudem lernten die Ausschussmitglieder beachtliche Projekte des genossenschaftlichen Wohnungswesens kennen.

### **Ausschuss für Klimaschutz und Energie**

Für den Ausschuss standen die Sicherung der Energieversorgung sowie die Transformation hin zur Klimaneutralität im Vordergrund seiner Beratungen. Er suchte daher im Rahmen seiner internationalen Aktivitäten einen Austausch über Wege der Dekarbonisierung sowie über Potentiale für den Import insbesondere von grünem Wasserstoff. Mit einer Delegation beteiligte sich der Ausschuss an der UN-Klimakonferenz (COP 28) in Dubai im Dezember 2023. Die jährliche Klimakonferenz ist der zentrale Ort für den Austausch von Regierungen und Parlamentariern mit Wissenschaft, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen. Hier werden globale Vereinbarungen zum Schutz des Klimas getroffen. Wichtigste Aufgabe der COP 28 war die Bestandsaufnahme: Wo steht die Welt beim Klimaschutz? Für die Delegation relevant waren die Themenschwerpunkte gerechte Transition, Ausbau Erneuerbarer Energien, Dekarbonisierung, Potential von Wasserstoff und Energieeffizienz, CO<sub>2</sub>-neutrales Bauen, nachhaltige Kreislaufsysteme sowie klimaneutrale Mobilität. Die Delegationsmitglieder brachten über das Auswärtige Amt ihre Themen in die Verhandlungen ein.

Im Rahmen einer Delegationsreise nach Chile Ende Februar/Anfang März 2024 informierte sich der Ausschuss über die dortigen Potentiale für die Gewinnung von Wasserstoff auf Basis von Wind- und Sonnenenergie sowie den Abbau und die Weiterverarbeitung von Lithium für die Elektromobilität. Die Delegationsmitglieder konnten

sich ein Bild von einer Pilotanlage zur Herstellung von klimaneutralen E-Fuels machen und besuchten ein Thermosolkraftwerk. Bei der Besichtigung des Abbaus von Rohlithium und seiner Weiterverarbeitung ging es um ökologische Fragen und den Arbeitsschutz. In Gesprächen mit Abgeordneten und Regierungsvertretern sowie mit Unternehmen und deren Verbänden erkundigte sich die Delegation über Investitionsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen.

Im Zentrum einer Reise Ende Oktober/Anfang November 2024 nach Brasilien standen der Zustand des Amazonas, die Wechselwirkungen mit der Klimaveränderung sowie die Frage, wie die Bevölkerung beim Regenwaldschutz mitgenommen werden könne. Die Delegation verschaffte sich einen Eindruck von Waldprojekten auch jenseits des Amazonas sowie von den Anstrengungen Brasiliens bei dem Aufbau einer windenergiebasierten Wasserstoffproduktion in industriellem Ausmaß. Ein weiterer Programmpunkt war klimaneutrale Mobilität, insbesondere die Produktion und der Einsatz von batterieelektrisch betriebenen Omnibussen. Beide Reisen zeigten, dass Deutschland in Südamerika ein willkommener und geschätzter Partner ist. Die besuchten Länder betonten jedoch, dass sie sich nicht ausschließlich als Energielieferanten für Deutschland sehen, sondern an einer auf Augenhöhe und Gegenseitigkeit angelegten Zusammenarbeit bei der Transformation interessiert sind, die auch einen Aufbau der Wertschöpfung im eigenen Land einschließt.

Die Arbeit des Ausschusses im Bundestag stieß im Berichtszeitraum auf großes internationales Interesse. Die ehemalige chilenische Staatspräsidentin Bachelet kam in ihrer Funktion als Vorsitzende des nationalen Wasserstoffrates zu Besuch. Der Ausschuss empfing eine Delegation des Energie- und Umweltausschusses des norwegischen Storting. Der neue EU-Klimaschutzkommissar Hoekstra legte seine Pläne für eine europäische Klimapolitik vor. Der Ausschuss traf sich mit Abgeordneten aus verschiedenen U.S.-Bundesstaaten zu einem transatlantischen Austausch über Energiepolitik. Bei einem Treffen mit Abgeordneten und Regierungsvertretern aus Spanien und Portugal war die zentrale Frage, wie das Potential für Sonnen- und Wasserkraft der iberischen Halbinsel auch in Zentraleuropa genutzt und die europäische Energieinfrastruktur integriert werden könnte. Mit Vertretern des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China fand ein Austausch über die Konsequenzen der Wahlen in den USA für die internationale Klimapolitik statt und darüber, ob Deutschland auch nach der Bundestagswahl 2025 den eingeschlagenen Weg der Transformation fortsetzen werde.

### **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union**

Das europapolitische Geschehen war im Berichtszeitraum thematisch weiterhin vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und dessen vielfältigen Auswirkungen geprägt sowie von einer zunehmenden Dynamik im EU-Beitrittsprozess, die sich auch in den Empfehlungen der Europäischen Kommission vom November 2023 widerspiegelte. Diese Themen sowie allgemein sicherheitspolitisch relevante Politikfelder, die Außenbeziehungen der EU, handelspolitische Themen und die Beziehungen der EU zu unmittelbaren Nachbarn prägten zahlreiche Gespräche anlässlich von Delegationsreisen oder Besuchen von Vertretern der EU-Mitgliedstaaten, der Kandidatenstaaten oder assoziierter Staaten sowie europäischer Institutionen in Berlin. Der Ausschuss empfing Abgeordnete und Regierungsvertreter aus der Schweiz, reiste im September 2024 zu Gesprächen nach Oslo und Svalbard in Norwegen und beriet über die Beziehungen der EU mit dem Vereinigten Königreich.

Ein thematischer Schwerpunkt des Ausschusses war die Unterstützung der Ukraine. Im Juni 2024 veranstaltete der EU-Ausschuss gemeinsam mit der ukrainischen Werchowna Rada eine parlamentarische Konferenz, an der Vizeparlamentspräsident Oleksandr Korniyenko und zahlreiche Abgeordnete des ukrainischen Parlaments teilnahmen. Die Konferenz begleitete die von der Bundesregierung in Berlin organisierte Ukraine Recovery Conference (UCR), bei der auch Präsident Selenskyj im Bundestag eine Rede hielt.

Im Kontext der Beratungen über die Erweiterung der EU empfing der Ausschuss Regierungsvertreter, Abgeordnete und Vertreter der Zivilgesellschaften aus den Kandidatenstaaten zu Gesprächen in Berlin. Der Ausschuss begrüßte wiederholt Gäste aus der Republik Moldau, darunter Außenminister Mihai Popșoi im April 2024 und die Präsidentin Maia Sandu sowie Abgeordnete des moldauischen Parlamentes im Mai 2024. Im Juni 2024 reiste eine Delegation des Ausschusses nach Chișinău (Moldau), um sich vor Ort ein Bild vom Stand der Vorbereitungen zu machen und verband dies mit Gesprächen in Bukarest (Rumänien). Einen intensiven Austausch pflegte der Ausschuss auch mit Georgien. Nachdem eine Delegation im Mai 2023 in Tiflis war, kam es im Kontext der Wahlen in Georgien im Oktober 2024 zu zahlreichen Gesprächen mit Vertretern der georgischen Zivilgesellschaft und der Opposition in Berlin. Im Oktober 2024 besuchte der Ausschuss die Türkei und führte nach den Kommunalwahlen Gespräche über die unterschiedlichen Aspekte der Beziehungen der Türkei zur EU in Istanbul, Gaziantep und Ankara.

Erstmals im November 2023 und nachfolgend im Oktober 2024 war der EU-Ausschuss Gastgeber des neu etablierten Formates der parlamentarischen Begleitung des „Berlin Prozesses“. Bei den zweitägigen Treffen diskutierten Parlamentarier aus den sechs Staaten des westlichen Balkans und Vertreter der Zivilgesellschaften intensiv über Lösungsansätze für eine bessere Integration der Region in Vorbereitung auf den EU-Beitritt und tauschten gute Praktiken zu den einzelnen Reformprozessen aus. Zahlreiche bilaterale Gespräche führte der Ausschuss mit Gästen aus den Staaten des westlichen Balkans, darunter der montenegrinische Ministerpräsident, die Botschafter der Staaten, der stellvertretende albanische Parlamentspräsident, der kosovarische Parlamentspräsident oder kosovo-serbische Nichtregierungsorganisationen. Im November 2024 reiste eine Delegation des Ausschusses zu Gesprächen nach Belgrad (Serbien).

Neben spezifischen Reisevorhaben pflegte der Ausschuss regelmäßige Austauschformate wie die Konferenzen der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (COSAC), die von den Parlamenten der Ratsvorsitze ausgerichtet werden, und unternahm Delegationsreisen in die Hauptstädte der rotierenden Ratspräsidentschaft. Der Ausschuss entsandte Delegationen zu den COSAC-Konferenzen nach Madrid (Oktober 2023), Brüssel (März 2024) und Budapest (Oktober 2024). Im Januar 2025 lud die polnische Ratspräsidentschaft zur COSAC nach Warschau. Bei den Gesprächen in den Hauptstädten anlässlich der Ratspräsidentschaft standen die jeweiligen Schwerpunkte des Vorsitzes und aktuelle europapolitische Fragen im Mittelpunkt.

Im Fokus der Ausschussberatungen standen darüber hinaus die bi- und trilateralen Beziehungen mit Frankreich und Polen. Im März 2024 luden der polnische Senat und der Sejm die EU-Ausschüsse Frankreichs und Deutschlands im Format „Weimarer Dreieck“ nach Warschau ein, im November 2024 war der EU-Ausschuss des Bundestages Gastgeber dieses Formates. Das nächste trilaterale Treffen soll in Paris stattfinden. Mit dem EU-Ausschuss der Assemblée nationale gab es eine gemeinsame Beratung im Rahmen einer hybriden Ausschusssitzung im Juni 2024, nachdem der EU-Ausschuss im April in Berlin Mitglieder der Französisch-Deutschen Parlamentariergruppe empfangen hatte.

Im Dezember 2023 reisten Mitglieder des Ausschusses zu Gesprächen mit der EU-Kommission und im Europäischen Parlament nach Brüssel. Auch wenn zahlreiche Gespräche in Form von Videokonferenzen den zeitnahen Gedankenaustausch erleichtern, ersetzen sie persönliche Gespräche und Besuche vor Ort nicht. In Berlin tauschte sich der Ausschuss u. a. mit der Europäischen Generalstaatsanwältin Laura Codruța Kövesi aus sowie mit der für Kohäsion und Reformen zuständigen Kommissarin Elisa Ferreira (Juni 2024), mit EU-Direktoren, EU-Koordinatoren, Beauftragten sowie weiteren Vertreterinnen und Vertretern verschiedener EU-Institutionen. Eine Liste seiner Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner veröffentlicht der Ausschuss auf seiner Webseite.

### **Petitionsausschuss**

Der Deutsche Bundestag ist, vertreten durch den Petitionsausschuss, Mitglied im Internationalen Ombudsmann Institut (IOI), im Europäischen Ombudsmann-Institut (EOI) sowie im Europäischen Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten und Petitionsausschüsse (ENO). Im November 2023 nahm ein Mitglied des Petitionsausschusses stellvertretend für den Deutschen Bundestag in Brüssel an einer Konferenz des ENO teil. Es wurden unter anderem Fragen zu Migration und Grundrechten sowie Erkenntnisse aus dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz in öffentlichen Verwaltungen diskutiert. Ein Ausschussmitglied nahm im September 2024 in Vertretung für den Deutschen Bundestag an der Internationalen Ombudsmann Konferenz in Cassino und Montecassino (Italien) teil. Auf der Tagesordnung standen dort unter anderem die Frage nach der Sicherstellung von Menschenrechten in globalen Krisen sowie Freiheits- und Sicherheitsaspekte von digitaler Transformation.

Auf Einladung der südafrikanischen Ombudsfrau, Kholeka Gcaleka, tauschten sich im Februar 2024 einige Ausschussmitglieder per Videokonferenz mit der Ombudsfrau sowohl über Gemeinsamkeiten und Unterschiede als auch über spezielle Herausforderungen ihrer jeweiligen Aufgaben im Petitionsausschuss in Deutschland beziehungsweise im Ombudsmannwesen in Südafrika aus.

Ende Februar/Anfang März 2024 reiste eine Delegation des Ausschusses nach Thailand und Kambodscha. Durch Gespräche mit Regierungsvertretern, Abgeordneten, Ombudspersonen, Vertretern der Zivilgesellschaft sowie von Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen konnte die Delegation Einzelheiten zu Themen des Petitions- und Ombudsmannwesens dort in Erfahrung bringen. Weiterhin informierten sich die Abgeordneten ausführlich über die Einhaltung von Menschenrechten und Demokratiebewegungen in Thailand und Kambodscha aus erster Hand.

Mitglieder des Ausschusses empfingen anschließend im Mai 2024 Mitglieder des thailändischen Parlaments im Deutschen Bundestag, deren Teilnehmer sich über das Petitionswesen und die Arbeit des Ausschusses informierten.

### **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung**

Im Oktober 2023 besuchte eine Delegation des Mandats- und Immunitätsausschusses des Senats der Tschechischen Republik den Ausschuss. Dabei wurde der Umgang mit Interessenkonflikten und sogenannten Fake-News besprochen.

Im Mai 2024 reiste der Ausschuss nach Estland, um sich über die Digitalisierung der Parlamentsarbeit zu informieren.

Zuletzt besuchte eine Parlamentariergruppe aus der Republik Moldau im November 2024 den Deutschen Bundestag und tauschte sich mit Mitgliedern des Ausschusses zu Lobbyismus im Gesetzgebungsverfahren und ausländischer Einflussnahme aus.

### **Untersuchungsausschuss Afghanistan**

Im Oktober 2023 traf Petro Pavlychenko, Berater des Vorsitzenden der Werchowna Rada der Ukraine, den Vorsitzenden des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode aus Anlass eines einwöchigen Besuchs in Berlin zu einem Gespräch. Der ukrainische Berater nutzte das Gespräch, um für eine Unterstützung des ukrainischen EU-Beitrittsgesuchs zu werben.

Im darauffolgenden Jahr fand im März 2024 ein digitales Zusammentreffen des deutschen und des schwedischen Untersuchungsausschusses Afghanistan statt, an dem auch der Vorsitzende der Enquete-Kommission der 20. Wahlperiode „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“ teilnahm. Gegenstand des Gesprächs war der Austausch über die unterschiedliche Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse. Dabei wurde insbesondere deutlich, dass der schwedische – anders als der deutsche Untersuchungsausschuss – keine umfassende rechtliche Kompetenz zur Beweiserhebung besaß, sondern auf die freiwillige Zusammenarbeit mit Behörden, der afghanischen und schwedischen Zivilgesellschaft sowie internationalen Organisationen angewiesen war.

### **Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung**

Die internationalen Aktivitäten des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung standen im Berichtszeitraum im Zeichen der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeit in der Praxis und der Konzeption notwendiger Strategien hierfür, der Stärkung bestehender Nachhaltigkeitsinstitutionen in Deutschland und der internationalen Zusammenarbeit. Bei dem Besuch einer Delegation in Dänemark und Finnland im April 2024 beeindruckten langfristige Regierungsziele und bindende Abkommen zwischen den Parteien zur Ermöglichung grundlegender Problemlösungen über einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren. Zukunftsforschung und Kompetenzen des finnischen Zukunftsausschusses erachteten die Delegationsmitglieder als wegweisend für die Weiterentwicklung des Beirats. Eine Reihe von Unternehmensbesuchen verdeutlichte, dass es schon heute möglich ist, den ökologischen Fußabdruck von Nahrungsmitteln zu reduzieren und diese unter extremen Bedingungen in Wüsten, in der Arktis und im Weltraum zu produzieren. Bei diesem Verfahren wird CO<sub>2</sub> aus der Luft als Kohlenstoffquelle genutzt.

Erstmals nahm im Juli 2024 eine Delegation des Beirats am High-Level-Political Forum on Sustainable Development 2024 in New York teil und erweiterte die deutsche Delegation im wichtigsten internationalen Forum für das Follow-up und die Überprüfung der Fortschritte bei der SDG-Umsetzung. Hierdurch konnte der Beirat auch die Plattform für Erfahrungsaustausch und Peer Learning unter den UN-Mitgliedstaaten für seine Arbeit nutzen. Neben der zentralen Bedeutung globaler Partnerschaften und eines regelbasierten Multilateralismus standen Fragen der Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung und Reformen der internationalen Finanzarchitektur im Vordergrund. Existentielle Nachhaltigkeitsthemen, die die Delegation des Beirats im Rahmen eines Gesprächs mit der Exekutivdirektorin des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF), Catherine M. Russel, ansprachen, konnten in einer ordentlichen Sitzung des Beirats im Bundestag im Oktober 2024 mit der Sachverständigen Russel vertieft werden.

#### 4 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen

Der Deutsche Bundestag entsendet Abgeordnetendelegationen zu Sitzungen der Interparlamentarischen Union, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Parlamentarischen Versammlung der NATO, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Ostseeparlamentarierkonferenz, der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum, der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU sowie der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung. Die Bundestagspräsidentin vertritt den Deutschen Bundestag auf den verschiedenen Parlamentspräsidentenkonferenzen. Der Bundestag ist zudem seit Oktober 2024 Beobachter bei der Internationalen Parlamentarischen Versammlung der ASEAN-Staaten und hat Gaststatus bei der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation.

Mit Ausnahme der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die regelmäßig am Sitz der Versammlung in Straßburg tagt, finden die Sitzungen der übrigen internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen an unterschiedlichen Orten auf Einladung der jeweiligen Mitgliedsparlamente statt. Sitzungen dieser internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen beziehungsweise ihrer Gremien werden dementsprechend auch in Deutschland abgehalten.

Die Mitglieder der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates werden zu Beginn jeder Wahlperiode aufgrund des Gesetzes über die Wahl der deutschen Vertreter zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom Deutschen Bundestag gewählt. Die Mitglieder der deutschen Delegationen aller übrigen internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen werden von den Fraktionen nach dem Verhältnis ihrer Stärke benannt. In den internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen beziehungsweise deren Gremien haben Mitglieder des Deutschen Bundestages Funktionen übernommen, zum Beispiel als Präsidenten, Vizepräsidenten oder Schatzmeister einer Versammlung sowie als Ausschussvorsitzende, Berichterstatter oder Beauftragte. Die durch die Mitarbeit in den interparlamentarischen Gremien gewonnenen Informationen und Erfahrungen fließen in die parlamentarische Arbeit des Deutschen Bundestages ein. Gleichzeitig werden Parlamentarier anderer Länder mit den unterschiedlichen Meinungen vertraut gemacht, die in Deutschland zu politischen Fragestellungen vertreten werden.

Über die zentralen Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen werden amtliche Unterrichtungen erstellt und als Bundestagsdrucksachen verteilt. Diese werden in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages beraten, dort zur Kenntnis genommen beziehungsweise gegebenenfalls im Plenum erörtert.

##### Interparlamentarische Union (IPU)

1889 wurde die IPU gegründet. Seitdem verfolgt sie das Ziel, den Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen Parlamentariern aller Länder zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu fördern. Die IPU will darüber hinaus einen parlamentarischen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte und zum besseren Verständnis der Arbeitsweise repräsentativer Institutionen erbringen. Der IPU gehören 181 nationale Parlamente sowie 15 assoziierte Mitglieder an. Seit 2002 hat die IPU einen Beobachterstatus bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Der Deutsche Bundestag ist seit 1951 Mitglied der IPU. Die zu den Versammlungen der IPU entsandte deutsche Delegation besteht aus acht Abgeordneten, die sich in der 20. Wahlperiode im Verhältnis 3:2:1:1:1 auf die Fraktionen verteilen. Den Gruppen Bündnis Sahra Wagenknecht und Die Linke stehen demnach keine Delegationsplätze zu. Die IPU kommt grundsätzlich zweimal jährlich zu Versammlungen zusammen, entweder auf Einladung verschiedener Parlamente der Welt oder am Sitz des internationalen Sekretariats in Genf. Zu den zentralen Themen gehören die Förderung der Demokratie, die Hilfe beim Aufbau demokratischer Institutionen, die Terrorismusbekämpfung, die Herausforderungen des globalen Klimawandels, die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie junger Parlamentarier und die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen.

Im Berichtszeitraum hat die 147. Versammlung in Luanda, Angola, im Oktober 2023 stattgefunden, an der Abgeordnete des Deutschen Bundestages teilgenommen haben. In der Generaldebatte dieser Versammlung widmeten sich die Abgeordneten dem Thema „Parlamentarisches Handeln für Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen (SDG 16)“. Im März 2024 nahm eine Delegation des Deutschen Bundestages an der 148. Versammlung in Genf, Schweiz, teil. Hier diskutierten die Teilnehmenden in der Generaldebatte das Thema „Parlamentarische

Diplomatie: Brücken bauen für Frieden und Verständigung“. Abgeordnete des Bundestages haben auch an der 149. Versammlung im Oktober 2024 wiederum in Genf teilgenommen, die sich in der Generaldebatte dem Thema „Erschließung von Wissenschaft, Technologie und Innovation für eine friedlichere und nachhaltigere Zukunft“ widmete.

Neben den Versammlungen lädt die IPU regelmäßig zu weiteren parlamentarischen Treffen ein, beispielsweise am Rande von Regierungskonferenzen. Abgeordnete des Bundestages nahmen an den folgenden IPU-Veranstaltungen teil: Parlamentarische Anhörungen bei den Vereinten Nationen in New York, Konferenz junger Parlamentarier in Jerewan. Außerdem nahmen Abgeordnete an den Treffen der geopolitischen Gruppe der 12 Plus teil, der die deutsche Delegation innerhalb der IPU angehört.

Parallel zu den Versammlungen der IPU tagt die Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (Association of Secretaries General of Parliaments – ASGP), die das Ziel hat, den Austausch zwischen den Parlamentsverwaltungen zu stärken. Die ASGP tagte im Berichtszeitraum parallel zu allen IPU-Versammlungen. Der Deutsche Bundestag ist in der ASGP durch den Direktor beim Deutschen Bundestag vertreten.

### **Parlamentarische Versammlung des Europarates (PVER)**

Dem Europarat gehören 46 Mitgliedstaaten an, darunter alle Mitgliedsländer der EU. Die Russische Föderation wurde im März 2022 aufgrund des Aggressionskrieges gegen die Ukraine aus dem Europarat ausgeschlossen. Gleichzeitig wurden die Beziehungen mit der belarussischen Regierung im März 2022 suspendiert. Die Organe des Europarates sind das Ministerkomitee und die Parlamentarische Versammlung (PVER), die sich aus 306 ordentlichen und 306 stellvertretenden Abgeordneten der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten zusammensetzt und viermal jährlich im Plenum tagt. Neben den Sitzungswochen der PVER in Straßburg beraten sich die Delegierten in sechs Fachausschüssen und drei besonderen Ausschüssen, deren Mitglieder von den politischen Gruppen ernannt werden. Die Ausschusssitzungen finden sowohl während der Sitzungswochen als auch während des ganzen Jahres in Abständen von etwa sechs bis acht Wochen in einem der Mitgliedstaaten des Europarates statt.

Ziele des Europarates sind der Schutz und die Stärkung der pluralistischen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Dazu entwickelt er Normen und Standards und unterstützt die sie ratifizierenden Mitgliedstaaten bei deren Umsetzung. Für alle Mitgliedstaaten verpflichtend ist die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) urteilt bei Beschwerden über Verletzungen der Konvention, die von den Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedstaaten nach Abschluss des nationalen Rechtswegs geltend gemacht werden können. Die Richter am EGMR werden von der PVER gewählt.

Der Deutsche Bundestag wählt 18 ordentliche und 18 stellvertretende Mitglieder in die PVER.

Ein Schwerpunktthema während des Berichtszeitraums war der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Im Mittelpunkt der Arbeit des Europarates stand die Inbetriebnahme des im Mai 2023 eingerichteten Schadensregisters, das Kriegsschäden, -verluste und -verletzungen dokumentiert. Das Schadensregister gilt als erster Schritt zur Einrichtung eines internationalen Entschädigungsmechanismus. 43 Staaten und die EU sind Mitglieder des Schadensregisters. Die Versammlung verabschiedete in mehreren Sitzungswochen Empfehlungen und Entschließungen zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. So forderte die PVER unter anderem die Nutzung von bereits eingefrorenen russischen Vermögen zum Wiederaufbau der Ukraine und die Behandlung ukrainischer Kriegsgefangener nach internationalen Menschenrechtsstandards. Im Januar 2024 appellierte die Versammlung an die internationale Gemeinschaft, die ukrainischen Kinder, die gewaltsam nach Russland deportiert oder entführt wurden, zu unterstützen. In der PVER wurde ein parlamentarisches Netzwerk, das sich mit der Situation der Kinder in der Ukraine beschäftigt, eingerichtet. Zudem stärkte die Versammlung ihre Beziehungen mit der russischen und belarussischen Opposition und debattierte über den Tod von Alexei Nawalny sowie die Lage von Kriegsgegnern in Russland.

Große Aufmerksamkeit lag im Berichtszeitraum außerdem auf der Lage der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Aserbaidschan. Im Januar 2024 wurden die Beglaubigungsschreiben der aserbaidshani-schen Delegation aufgrund von Verstößen gegen zentrale Verpflichtungen als Mitgliedstaat des Europarates von der Versammlung nicht akkreditiert. Neben einer zunehmenden Zahl der politischen Gefangenen und einer sich verschlechternden Lage der Zivilgesellschaft verweigerte Aserbaidschan die Zusammenarbeit mit der PVER. So wurde der Europarat trotz Verpflichtung nicht zur Beobachtung der Präsidentschaftswahlen im Februar 2024 eingeladen und Berichterstattem bei Länderbesuchen der Zutritt verwehrt. Obgleich Aserbaidschan seit Januar 2024 nicht mehr der PVER angehört, ist es weiterhin Mitglied im Ministerkomitee und anderen Gremien des Europarates. Die Versammlung diskutierte seit dem Ausschluss mehrfach über die Lage in Aserbaidschan, insbesondere

über die sich verschlechternde Lage der Menschenrechte und die verhängten Einreiseverbote für PVER-Delegierte im Vorfeld der UN-Klimakonferenz COP29 in Baku im November 2024.

Im Januar 2025 ist die georgische Delegation aus der PVER ausgetreten. In Folge der zunehmenden demokratischen Rückschritte und der Polizeigewalt gegen Demonstrierende nach den umstrittenen Parlamentswahlen im Oktober 2024 beschloss die Versammlung im Januar 2025, die georgische Delegation mit eingeschränkten Rechten und nur unter Bedingungen bis zur kommenden April-Sitzungswoche zu akkreditieren. Die PVER forderte u. a. die Freilassung aller politischen Gefangenen, ein Ende der Gewalt sowie einen Dialog zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien. Die georgische Delegation, für die im Januar 2025 nur Vertreter der Regierungsparteien benannt waren, kündigte aus Protest gegen die Entscheidung jedoch ihren Rückzug aus der Versammlung an.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf dem Beitrittsgesuch des Kosovo, der im Mai 2022 die Vollmitgliedschaft im Europarat beantragt hatte. Im April 2024 empfahl die PVER dem Ministerkomitee, Kosovo aufzunehmen. Die Stellungnahme der Versammlung ist für das Ministerkomitee rechtlich nicht bindend, seine Entscheidung steht noch aus.

Weitere thematische Schwerpunkte im Berichtszeitraum waren die Nicht-Umsetzung der EGMR-Urteile durch die Türkei, der Konflikt im Nahen Osten nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, die Entwicklung der Demokratie in Georgien, das Recht auf eine saubere und sichere Umwelt als Menschenrecht sowie das Rahmenabkommen des Europarates über die Künstliche Intelligenz.

Mehrere deutsche Delegationsmitglieder hatten Berichterstermandate über vielfältige Themen des Europarates inne, etwa über die Situation der Menschenrechte im Iran und iranischer Menschenrechtsaktivisten in den Mitgliedstaaten des Europarates. Auf der Grundlage eines Berichts aus der deutschen Delegation stufte die Versammlung den Holodomor in der Ukraine als Genozid ein und warnte vor einer erneuten „genozidalen Bedrohung“ der Ukraine durch den russischen Aggressionskrieg. In einem weiteren Bericht wurde zur Klärung des Schicksals von vermissten Migranten, Flüchtlingen und Asylbewerbern aufgerufen. Darüber hinaus nahmen Mitglieder der deutschen Delegation an Wahlbeobachtungsmissionen in Polen, Nordmazedonien, Georgien und Moldau teil.

### **Parlamentarische Versammlung der NATO (NATO PV)**

Die 1955 gegründete Nordatlantikversammlung (NAV), später in Parlamentarische Versammlung der NATO umbenannt, ist ein Diskussionsforum, in dem insgesamt 281 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den 32 NATO-Mitgliedsländern über sicherheits- und verteidigungspolitische Themen beraten.

Delegierte aus zehn assoziierten Staaten sowie eine zehnköpfige Delegation des Europäischen Parlaments können an den Tagungen teilnehmen. Weitere acht Länder entsenden parlamentarische Beobachterdelegationen. Die Versammlung versteht sich als Bindeglied zwischen dem Nordatlantikrat und den Mitgliedsparlamenten. Durch ihre Aussprachen fördert sie die Entwicklung eines transatlantischen Solidaritätsgefühls und trägt zur Verwirklichung der Ziele und Werte des Atlantischen Bündnisses bei.

Die deutsche Delegation in der NATO PV setzt sich aus zwölf ordentlichen Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie sechs Mitgliedern des Bundesrates zusammen. Deutsche Abgeordnete üben in verschiedenen Gremien herausgehobene Funktionen aus und sind Mitglieder in den fünf Ausschüssen für Politik, Verteidigung, Demokratie und Sicherheit, Wirtschaft sowie Wissenschaft und Technologie.

Auf Einladung eines Parlaments eines Mitglieds- oder assoziierten Staates tritt die Versammlung jährlich zweimal – im Frühjahr und im Herbst – zu einer Plenartagung zusammen. Die fünf Fachausschüsse der Versammlung tagen drei- bis viermal jährlich. Die Ausschüsse erarbeiten auf der Grundlage eines durch die Versammlung festgelegten Arbeitsprogramms Berichte und Entschlüsse zu bündnispolitischen Themen, die in der Jahrestagung im Herbst verabschiedet werden. Die Entschlüsse richten sich an die Regierungen und Parlamente der NATO-Mitgliedstaaten sowie an den Nordatlantikrat. Der NATO-Generalsekretär erstattet der Versammlung regelmäßig Bericht und tauscht sich mit den Versammlungsmitgliedern während der Jahrestagung aus. Im Berichtszeitraum fand im Oktober 2023 die Jahrestagung in Kopenhagen statt mit den Schwerpunkten des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, die Anpassung der NATO nach dem NATO-Gipfel in Vilnius sowie des Terrorangriffs auf Israel, der in allen Ausschüssen thematisiert wurde und dessen Opfern in einer Schweigeminute in der Plenarsitzung gedacht wurde. Im Mai 2024 trat die Versammlung zur Frühjahrestagung in Sofia zusammen. Schwerpunkte der nachfolgenden Jahrestagung im November 2024 in Montréal waren der russische Angriffskrieg

gegen die Ukraine, die Unterstützung der Ukraine in ihrem Verteidigungskampf und auf ihrem Weg in das Bündnis. Ferner ging es um die Transformation der NATO angesichts autoritärer Bedrohungen, technische Innovationen, die sicherheitspolitische Bedeutung der Arktis und die Gefahren der Desinformation. An diesen Tagungen haben Abgeordnete des Deutschen Bundestages teilgenommen.

Seit 2000 bietet das „Parlamentarische Transatlantische Forum“ den Mitgliedern Gelegenheit, sich mit Repräsentanten des US-Kongresses, Expertinnen und Experten aus Denkfabriken und Regierungsvertretern über aktuelle sicherheitspolitische und das transatlantische Verhältnis betreffende Fragen auszutauschen. Das jährliche Forum findet in Washington D.C. statt und wird in Zusammenarbeit mit dem Atlantikrat der Vereinigten Staaten und der National Defense University organisiert. Thematische Schwerpunkte im Berichtszeitraum waren der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, dessen Auswirkungen auf die euro-atlantische Sicherheit, die Stärkung der NATO-Ostflanke, die Anpassung der NATO an die neue Bedrohungslage, hybride Bedrohungen sowie das Verhältnis zu China.

### **Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE PV)**

Unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges beschlossen die Staats- und Regierungschefs mit der Charta von Paris (1990), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine parlamentarische Versammlung hinzuzufügen. In der Erklärung von Madrid (1991) wurden die Grundzüge der Geschäftsordnung, die Arbeitsmethoden, die Größe (zurzeit 323 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 57 OSZE-Teilnehmerstaaten), das Mandat und die Stimmenverteilung festgelegt. Die OSZE PV hat sich zur Aufgabe gemacht, den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE-Teilnehmerstaaten zu unterstützen, an der Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE mitzuwirken und Mechanismen zur Konfliktverhütung und -bewältigung zu entwickeln. Der Deutsche Bundestag ist von Beginn an Mitglied und entsendet 13 Abgeordnete.

Die Jahrestagungen der OSZE PV finden abwechselnd auf Einladung des gastgebenden Parlaments in einem Teilnehmerstaat statt. Im Berichtszeitraum wurde die Jahrestagung im Jahr 2024 im rumänischen Bukarest durchgeführt. Seit 2001 hält die Versammlung eine jährliche Wintertagung im Februar in Wien ab, die insbesondere dem Gedankenaustausch mit den Vertretern der Regierungen bei der OSZE dient. Zum zweiten Jahrestag des Kriegsbegins in der Ukraine stand diese Tagung 2024 ganz im Zeichen der Solidarität mit der Ukraine. Eine weitere Tagung findet jährlich im Herbst statt. Im Berichtszeitraum fanden die Tagungen im Jahr 2023 in Eriwan (Armenien) und im Jahr 2024 in Irlands Hauptstadt Dublin statt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der OSZE PV ist die Wahlbeobachtung. Sie gehört zu den Kerninstrumenten der Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Wahlbeobachtungsmissionen leisten einen wichtigen Beitrag, um das öffentliche Vertrauen in den Wahlprozess zu stärken und etwaige Unregelmäßigkeiten offenzulegen. Regelmäßig nehmen Abgeordnete des Deutschen Bundestages an den Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE PV teil. Im Berichtszeitraum nahmen Abgeordnete im Jahr 2023 an der Beobachtung der Wahlen in Polen und Serbien und im Jahr 2024 an der Beobachtung der Wahlen in Aserbaidschan, Georgien, Moldau, Nordmazedonien, den USA und Usbekistan teil.

### **Ostseeparlamentarierkonferenz**

Die Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) ist das parlamentarische Forum der Ostseeregion. Sie verfolgt das Ziel, die gemeinsame Identität des Ostseeraums durch eine enge Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Parlamenten zu stärken. Die BSPC soll politische Aktivitäten in der Region initiieren und leiten, die demokratischen Institutionen in den Teilnehmerstaaten unterstützen und stärken sowie den Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und Zivilgesellschaften verbessern. Sie vereinigt Abgeordnete aus 17 nationalen und regionalen Parlamenten des gesamten Ostseeraums, was dezentrale und direkte Beteiligung sowie eine unmittelbare Entscheidungsfindung innerhalb der Versammlung ermöglicht und bewirkt, dass politische Aktivitäten besser an lokale Gegebenheiten und Bedürfnisse angepasst werden. Bis Februar 2022 waren auch fünf russische Delegationen Mitglied in der BSPC. Diese wurden unmittelbar nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ausgeschlossen.

Der Deutsche Bundestag ist mit fünf Delegierten vertreten, der Maximalzahl für jedes Mitgliedsparlament. Die jährliche Plenarversammlung findet seit 1991 abwechselnd auf Einladung eines der Mitgliedsparlamente statt, zu denen auch die Bundesländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen gehören. Zudem tritt drei- bis viermal im Jahr das Lenkungsorgan der Konferenz, der Ständige Ausschuss, zusammen.

Seit 2005 richtet die Konferenz Arbeitsgruppen ein, die die Funktion von Ausschüssen wahrnehmen, sich mit speziellen Fragen beschäftigen und die in der Regel für zwei Jahre eingesetzt werden. Mit den entsprechenden Abschlussberichten und den darin enthaltenen Empfehlungen beschäftigen sich die Abgeordneten auf ihren Jahrestagungen. Seit 2023 befasst sich eine Arbeitsgruppe mit dem Thema Energieversorgung, -sicherheit und -resilienz im Ostseeraum. Diese wird ihren Abschlussbericht auf der Jahrestagung 2025 vorlegen.

Im Berichtszeitraum fand im August 2024 die 33. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz in Helsingør, Dänemark, statt. Das Generalthema der Konferenz lautete „Sicherheit in der Ostsee – Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Energieversorgung, Verteidigungszusammenarbeit und gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels“. Der Fokus lag auf der engen Kooperation und auf gemeinsamen Projekten mit allen demokratischen Ostseeanrainern.

### **Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM)**

Die 2004 gegründete Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (EM PV), seit 2010 Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM), hat das Ziel, die zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Mittelmeerraum auf parlamentarischer Ebene zu begleiten. Diese wurde mit der Barcelona-Erklärung von 1995 initiiert und wird seit 2008 mit der Gründung der Union für den Mittelmeerraum, die den sogenannten Barcelona-Prozess fortführt, vertieft. Die Versammlung setzt sich für ein verbessertes Verständnis und eine engere Zusammenarbeit im Mittelmeerraum ein. In den fünf Ausschüssen wird die Arbeit inhaltlich vorbereitet.

Der Versammlung gehören 280 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, dem Europäischen Parlament, vier nördlichen Mittelmeeranrainern, die nicht Mitglied der EU sind, elf südlichen Mittelmeeranrainern, darunter Türkei, Ägypten, Tunesien, Algerien, Marokko, Jordanien, Israel und den Palästinensischen Gebieten sowie aus Mauretanien und Libyen an.

Der Deutsche Bundestag ist mit einer dreiköpfigen Delegation vertreten. Einmal jährlich findet eine Plenartagung in dem Land statt, das die Präsidentschaft der Versammlung innehat. Die Delegierten erarbeiten Berichte zu aktuellen Themen und verabschieden Empfehlungen, die sich an die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten der Union für den Mittelmeerraum richten. Die Jahrestagung fand im Februar 2024 in Rabbat, Marokko, statt. Thematischer Schwerpunkt war die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern in den Bereichen Umwelt, Bildung, Wirtschaft, Frieden und Stabilität, wozu fünf Entschlüsse angenommen wurden.

### **Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP)**

Die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments „im Geiste der neuen parlamentarischen Dimension des Vertrags von Lissabon“ eingesetzt. Diese sieht vor, dass die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament gemeinsam über die Politikfelder beraten, die in der Europäischen Union zur intergouvernementalen Zusammenarbeit und nicht zu den vergemeinschafteten Politikbereichen gehören. Die IPC GASP/GSVP hat dementsprechend keine eigenen Entscheidungskompetenzen in der Außen-, Sicherheits- oder Verteidigungspolitik, sondern bietet ein Forum für den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen nationalen und europäischen Abgeordneten sowie den EU-Institutionen.

Die Konferenz tagt zweimal jährlich in dem Mitgliedstaat der EU, der aktuell die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Während der Konferenzen tauschen sich die Abgeordneten mit der EU-Ratspräsidentschaft, dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertretern der EU-Exekutive aus. Während der letzten Tagungen in Madrid (Spanien, September 2023), Brügge (Belgien, März 2024) und Budapest (Ungarn, September 2024) stand besonders die Unterstützung der Ukraine anlässlich des russischen Angriffskriegs auf der Tagesordnung. Des Weiteren wurde über den Ausbau der europäischen Verteidigungsfähigkeiten sowie über den europäischen Erweiterungsprozess, den Strategischen Kompass sowie die Stärkung der Resilienz und der Fähigkeiten zur Cyberabwehr debattiert. Ferner diskutierten die Abgeordneten über die Partnerschaft der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarländern, über den Schutz der Außengrenzen der EU sowie über Migration.

Für den Deutschen Bundestag können bis zu sechs Abgeordnete an der Konferenz teilnehmen.

### **Interparlamentarische Versammlung der ASEAN-Staaten**

Der Deutsche Bundestag hat seit 2024 erstmals einen Beobachterstatus in der Interparlamentarischen Versammlung der ASEAN-Staaten (AIPA) inne. Die AIPA dient als zentrale Kommunikations- und Austauschplattform für die Parlamente der zehn ASEAN-Mitgliedstaaten (Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam). Diese kommen einmal jährlich zu einer Generalversammlung in einem der Mitgliedstaaten zusammen, um Resolutionen zu verabschieden und sich auszutauschen. Der Beobachterstatus umfasst nicht nur die Möglichkeit, zu Anfang der Generalversammlung ein fünfminütiges Statement abzugeben, sondern auch in bilateralen Treffen am Rande der Konferenz die Beziehungen zu den ASEAN-Mitgliedstaaten auszubauen. Auf der AIPA-Generalversammlung im Oktober 2024 in Vientiane, Laos, wurde unter Beteiligung einer Bundestagsabgeordneten dem Deutschen Bundestag offiziell der Beobachterstatus verliehen.

### **Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (SWKS-Konferenz)**

Die Konferenz gründet auf Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag), der eine interparlamentarische Konferenz der Vertreter der zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments (EP) und der nationalen Parlamente vorsieht. Gemäß ihrer Geschäftsordnung von November 2015 dient die zweimal jährlich tagende Konferenz dem Austausch von Informationen und bietet die Gelegenheit, die Umsetzung der Bestimmungen des Fiskalvertrags zu diskutieren. Darüber hinaus soll sie die demokratische Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der EU und insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) – unter Berücksichtigung der sozialen Dimension – gewährleisten.

Im Frühjahr jeden Jahres findet die Konferenz im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche des EP, in Zusammenarbeit mit dem Land, das im ersten Halbjahr den EU-Ratsvorsitz innehat, in Brüssel statt. Die zweite Konferenz wird in der Regel im Herbst im EU-Ratsvorsitzland des zweiten Halbjahres durchgeführt. Regelmäßige Themen der SWKS-Konferenz waren die Reform der europäischen Fiskalregeln, die Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und strategischer Autonomie sowie Lehren aus NextGenerationEU für den kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen der EU.

Die Konferenz im Oktober 2023 fand in Madrid statt und befasste sich mit den Verhandlungen über eine Reform der europäischen Fiskalregeln sowie der Stärkung der strategischen Autonomie der EU. Der inhaltliche Schwerpunkt der Konferenz im Februar 2024 in Brüssel lag in den interparlamentarischen Ausschusssitzungen auf dem 25-jährigen Bestehen des Euros und der Weiterentwicklung der Währungsunion sowie den Lehren aus NextGenerationEU für kommende EU-Haushalte. In den Plenarsitzungen stand die Stärkung des Wachstumspotentials und der Wettbewerbsfähigkeit der EU im Fokus. Die Konferenz im Oktober 2024 in Budapest behandelte die neuen Anforderungen nach der abgeschlossenen Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie die Rolle der europäischen Kohäsionspolitik.

Die Delegation des Deutschen Bundestages umfasst in der 20. Wahlperiode elf Abgeordnete, darunter angesichts der Querschnittsaufgabe der Konferenz Mitglieder des Haushaltsausschusses, des Finanzausschusses, des Wirtschaftsausschusses und des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Der Bundesrat begleitet die Konferenzen als Teil der deutschen Delegation.

### **Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (DFPV)**

Die 2019 gegründete Versammlung setzt sich aus 100 Mitgliedern zusammen, darunter 50 Abgeordnete des Deutschen Bundestages und 50 Abgeordnete der Assemblée nationale. Sie soll mindestens zweimal im Jahr abwechselnd in Deutschland und Frankreich tagen. Die Sitzungen der Versammlung finden unter der Leitung der Präsidentinnen des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale statt. Die Gremien der DFPV sind die Plenarversammlung, der Vorstand sowie die von der Versammlung eingesetzten Arbeitsgruppen.

Die zehnte Sitzung der DFPV fand am 4. Dezember 2023 in Bonn statt. Thematischer Schwerpunkt der Sitzung war die Anhörung der Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für die deutsch-französischen Bildungs- und Kulturbeziehungen, Anke Rehlinger, und des französischen Ministers für Bildung und Jugend, Gabriel Attal. Zudem fand eine allgemeine Aussprache zum Thema „Die europäische Diplomatie im Nahostkonflikt: Welche Rolle spielen Deutschland und Frankreich?“ statt. Ferner legte die Arbeitsgruppe „Kohärente Umsetzung von Richtlinien der EU in das nationale Recht Deutschlands und Frankreichs“ ihre Schlussfolgerungen vor.

Im Jahr 2024 konnten aufgrund der vorgezogenen Parlamentswahlen in Frankreich sowie des vorzeitigen Endes der Wahlperiode und Neuwahl des Deutschen Bundestages im Februar 2025 die für Juni und Dezember geplanten Sitzungen der Versammlung nicht stattfinden.

Dennoch tagte der Vorstand der DFPV im Berichtszeitraum in insgesamt fünf Sitzungen. Die Arbeitsgruppen „Kohärente Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Union in das nationale Recht Deutschlands und Frankreichs“, „Energiesouveränität“, „Die Zukunft Europas“ und „Außen- und Sicherheitspolitik“ tagten im Berichtszeitraum in insgesamt 14 Sitzungen im Videoformat.

### **Konferenzen der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten**

Auf Ebene der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten haben sich vier institutionalisierte Konferenzen etabliert: Jährlich treffen sich die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der EU-Mitgliedstaaten (EU-PPK) und die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der G7-Staaten (G7-PPK). Die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der 46 Mitgliedstaaten des Europarates (ER-PPK) kommen in der Regel alle zwei Jahre zum Meinungs- und Informationsaustausch zusammen. An den genannten Konferenzen nimmt auch die Präsidentin/der Präsident des Europäischen Parlaments teil. Seit dem Jahr 2000 finden zudem alle fünf Jahre Weltparlamentspräsidentenkonferenzen statt.

Auf der EU-PPK 2024 in Palma/Spanien im April diskutierten die Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten die Themen „Die strategische Autonomie der Europäischen Union angesichts der neuen außen- und verteidigungspolitischen Herausforderungen für liberale Demokratien in Zeiten von sozialen Medien und künstlicher Intelligenz: die völkerrechtswidrige Invasion Russlands in die Ukraine und der Konflikt im Nahen Osten“ und „Stärkung der Europäischen Union in ökonomischer Hinsicht: die neuen fiskalpolitischen Vorschriften der Europäischen Union und die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion vor dem Hintergrund der bevorstehenden Erweiterung, den sozialen Rechten, den ökologischen Herausforderungen und dem Klimawandel“. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas betonte in ihrem Redebeitrag zum ersten Thema, dass alle europäischen Staaten einen entschlossenen Beitrag zur Unterstützung der Ukraine und eine langfristige Perspektive bieten müssten. Am Vorabend der Konferenz fand das zweite Mal ein Treffen der Parlamentspräsidentinnen statt, die das Thema „Frauen in Führungspositionen“ diskutierten.

Das neue geopolitische Gleichgewicht und der Zugang zu strategischen Ressourcen, gemeinsame Herausforderungen der G 7 im Hinblick auf Stabilität und Wachstum in Afrika und im Mittelmeerraum sowie die Rolle der Parlamente bei der Digitalisierung waren Themen auf der G7-PPK 2024, die auf Einladung des italienischen Parlamentspräsidenten im September in Verona/Italien stattfand. Erneut war der ukrainische Parlamentspräsident Stefantschuk als Gast eingeladen, um seine Amtskolleginnen und -kollegen über die Situation in der Ukraine persönlich zu informieren und mit ihnen wichtige Fragen zur derzeitigen Situation und zur Zukunft seines Landes zu besprechen. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas hob in ihrer Rede zu KI und Digitalisierung der Parlamente die großen Chancen der KI für die Kommunikation und Partizipation zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik sowie der Verwaltung hervor.

### **5 Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche**

Der Deutsche Bundestag unterhält internationale Beziehungen auch durch seine aus Abgeordneten bestehenden Parlamentariergruppen, die in Verbindung mit einem oder mehreren Staaten stehen. In der 20. Wahlperiode sind 49 Parlamentariergruppen eingesetzt worden, 27 bilaterale und 22 multilaterale. Allerdings wurde wegen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowohl die Konstituierung einer Deutsch-Russischen Parlamentariergruppe als auch die einer Deutsch-Belarussischen Parlamentariergruppe ausgesetzt. Im März 2023 stellte der Bundestag die Arbeit der Deutsch-Iranischen Parlamentariergruppe wegen der aktuellen Situation in dem Land ruhend.

Die Reisen und Besuche im Rahmen der Parlamentariergruppen dienen dem kontinuierlichen Kontakt zu Abgeordneten der Partnerstaaten und dem fortlaufenden Dialog über die für sie wichtigen und politisch aktuellen Themen. Daneben treffen sich die Abgeordneten der Parlamentariergruppen mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, der Zivilgesellschaft, politischen Stiftungen, Mittler- und Nichtregierungsorganisationen, Kultur und Medien, um über die politische und gesellschaftliche Lage in den Partnerstaaten informiert zu sein. Durch ihre besondere Sachkenntnis über den Partnerstaat beziehungsweise die Partnerregion sind die Parlamentariergruppen Ansprechpartner für ausländische Besuchsdelegationen mit unterschiedlichsten Interessen und Zielsetzungen.

Im Folgenden wird eine Übersicht über die Reisen und Gegenbesuche der Parlamentariergruppen im Berichtszeitraum in alphabetischer Reihenfolge gegeben. Trotz vielfältiger anderweitiger Aktivitäten sind etliche Parlamentariergruppen nicht genannt, da deren Reisen oder Gegenbesuche von ausländischen Delegationen bereits in der ersten Hälfte der Legislaturperiode stattfanden.

### **Deutsch-Ägyptische Parlamentariergruppe**

Eine Delegation der Parlamentariergruppe besuchte im Februar 2024 Kairo und Assuan. Im Rahmen dieser Reise führten die Abgeordneten politische Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem Parlament, der Regierung, der Wirtschaft sowie der Zivilgesellschaft. Ebenso besuchte die Delegation eine Mädchenschule in Kairo, informierte sich über deutsch-ägyptische Ausgrabungsarbeiten bei den Pyramiden sowie auf der Insel Elephantine und tauschte sich mit Projektleitern am Staudamm in Assuan über Hochwasserschutz und die Wasserversorgung der Landwirtschaft aus. In ihren Gesprächsterminen konnten die Delegationsmitglieder eine große Bandbreite an Themen erörtern. So ging es um die wirtschaftliche Zusammenarbeit von Ägypten und Deutschland, um die Lage der Menschenrechte, um Fragen des Tourismus, die Situation von Bildung und Forschung sowie nicht zuletzt um den aktuellen Gaza-Krieg. Den Delegationsmitgliedern wurde in einer Reihe der Gespräche die zentrale Rolle deutlich, die Ägypten in Nahost einnimmt. Sie konnten auf der Reise neue wichtige Kontakte für die Vertiefung der bilateralen Beziehungen knüpfen.

### **Parlamentariergruppe Anden-Staaten**

*(Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru, Venezuela)*

Regelmäßig trifft die Parlamentariergruppe im Rahmen ihrer Arbeit in Berlin mit Nichtregierungsorganisationen zusammen, die sich für die Rechte der – zumeist indigenen – Bevölkerung einsetzen. Diese sind häufig durch illegalen Goldbergbau gefährdet, eine Problematik, die fast die gesamte Amazonasregion betrifft. Der illegale Goldbergbau hat eine Reihe von äußerst negativen Folgen wie die damit einhergehende unkontrollierte Entwaldung, die Belastung der Böden und Flüsse durch Quecksilbereinsatz, aber auch andere illegale Aktivitäten wie Drogen-, Waffen- und Menschenhandel. Die Themen illegaler Goldbergbau, organisierte Kriminalität und die deutlich verschlechterte Sicherheitslage standen daher im Zentrum einer Delegationsreise der Parlamentariergruppe nach Peru und Ecuador im Juli 2024. Bei ihren Gesprächen trat sehr deutlich zutage, dass sich die Länder der Region bei diesen Problemen einem übermächtigen Feind gegenübersehen. Es ging daher wiederholt um den Aufruf zu einer geteilten Verantwortung: Länder wie Deutschland sollten – etwa durch eine verbesserte Nachverfolgung – Sorge tragen, keine Produkte illegalen Goldbergbaus einzuführen. Europa ist zudem die Hauptabnahmeregion für Kokain, das zumeist in Peru oder Kolumbien hergestellt und über ecuadorianische Häfen verschifft wird. Auch in Bezug auf die Bekämpfung von Geldwäsche sind die Länder Südamerikas auf internationale Zusammenarbeit angewiesen.

### **Parlamentariergruppe Arabischsprachige Staaten des Nahen und Mittleren Ostens**

*(Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Saudi-Arabien, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate, Arbeitsgruppe Palästina)*

Auf Einladung der Parlamentariergruppe besuchte Ende Januar/Anfang Februar 2024 eine Delegation aus dem Königreich Saudi-Arabien den Deutschen Bundestag. Der Besuch diente primär dem bilateralen Austausch mit den Mitgliedern der Parlamentariergruppe. Darüber hinaus führte die Delegation unter anderem auch Gespräche mit dem Bundestagspräsidium, Mitgliedern des Sportausschusses sowie weiteren Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Im Vordergrund der Gespräche standen Menschenrechtsfragen, wirtschaftspolitische Themen sowie Sicherheit und Verteidigung. Ein Besuch beim Landtag Brandenburgs in Potsdam bot Einblicke in das föderale System der Bundesrepublik Deutschland. Die Delegation unterstrich die Bedeutung der deutsch-saudischen Zusammenarbeit und äußerte den Wunsch nach deren Ausbau.

Eine Delegation der Parlamentariergruppe reiste im März 2024 in das Sultanat Oman und in die Vereinigten Arabischen Emirate, um auf parlamentarischer Ebene den bilateralen Austausch zu pflegen. Die Abgeordneten tauschten sich mit den Gesprächspartnern, zu denen neben Parlamentariern auch Regierungsmitglieder sowie Vertreter der Zivilgesellschaft gehörten, insbesondere auch zu Fragen der Einhaltung der Menschenrechte, zu Maßnahmen zur Förderung von Demokratie sowie zum Klimaschutz aus. Die wirtschaftlichen Beziehungen und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Deutschland, insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien, waren ebenfalls von großem Interesse. Weiterhin wurde die Rolle der Vereinigten Arabischen Emirate als

Gastgeber der 28. UN-Klimakonferenz (COP28 Dubai) Ende des Jahres 2023 erörtert. In beiden Partnerländern spielte im Rahmen des Meinungsaustauschs zudem der Krieg in Nahost eine bedeutende Rolle.

### **Parlamentariergruppe ASEAN**

*(Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam)*

Anfang März 2024 besuchten Mitglieder der Parlamentariergruppe das Sultanat Brunei, die Republik Singapur und Malaysia. In Brunei war es der erste Besuch der Parlamentariergruppe seit 2007. In Brunei legten die Delegationsmitglieder in ihren Gesprächen den Schwerpunkt auf die Bereiche Gesundheit sowie Bildung und Wissenschaft. Sie besuchten staatliche und private Gesundheitseinrichtungen, um sich ein Bild von der kostenlosen Gesundheitsversorgung des kleinen Landes zu machen, das durch hohe Einnahmen aus dem Energiesektor als Wohlfahrtsstaat gilt. Durch Gespräche mit dem Präsidenten und mit Mitgliedern des Legislative Council, dem „Gesetzgebenden Rat“ des Sultans, erhielten die Abgeordneten zudem einen Eindruck vom politischen System des Landes, das faktisch eine absolute Monarchie ist. Volksvertreter werden vom Sultan ernannt, ohne dass diese selbst den konkreten Grund dafür erfahren. Kritische Nachfragen der Delegation betrafen vor allem die Benachteiligung der Gasterbeiter und ihrer Familien bei der Gesundheitsversorgung.

Im Stadtstaat Singapur kam die Delegation mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Gesprächsthemen waren insbesondere Singapurs herausragende Stellung für den Welthandel sowie die Herausforderungen eines vollkommen von Importen abhängigen Ministaats. Die Gesprächspartner aus dem Bereich der Wissenschaft betonten, dass insbesondere diese Abhängigkeit Singapurs Treiber für Innovation und Technologie seien. Zum Abschluss nahm die Delegation an einer Versammlung der Auslandschamkammer teil, in der sich die Abgeordneten in einer Podiumsdiskussion den Fragen der deutschen Wirtschaftsvertreter stellten.

In Malaysia traf sich die Delegation mit Abgeordneten und Regierungsvertretern, um über die guten bilateralen Beziehungen sowie die Leistungen Malaysias als Vorbild in der Region in seiner Entwicklung zu einer stabilen Demokratie zu sprechen. Bei Gesprächen mit Nichtregierungs- und Menschenrechtsorganisationen ging es um die Situation der Flüchtlinge im Land, die zum überwiegenden Teil aus Myanmar kommen. Diese dürfen keiner legalen Arbeit nachkommen, das Gesundheitswesen nicht nutzen und ihre Kinder nicht in öffentliche Schulen schicken. Nichtregierungsorganisationen versuchen, die Zustände mit Bildungsangeboten und kostenlosem Zugang zu ärztlicher Versorgung abzumildern, doch der Bedarf übersteigt bei weitem das Angebot. Bei der Weiterreise der Delegation in den Bundesstaat Pahang spielten dann die Themen Naturschutz, Umwelt und Nachhaltigkeit eine wesentliche Rolle. Dort besuchte die Delegation ein Projekt der GIZ, das ein riesiges Torfmoorgebiet zu erhalten versucht. Besonderen Eindruck hinterließen staatlich geförderte Projekte, bei denen mittellosen Farmern Parzellen zugewiesen wurden, um Palmöl nachhaltig abzubauen. Hier wurden in den vergangenen Jahren Dörfer gegründet, in denen man durch den Bau von Häusern, Schulen, Krankenstationen und Moscheen Tausenden von Familien aus der Armut half und nachhaltige Anbauweisen vermittelte. Neben der Armutsbekämpfung ist das Ziel dieser Projekte, eine nachhaltigere Palmölmwirtschaft zu etablieren, um den globalen Klimawandel einzudämmen und gleichzeitig das überaus schlechte Ansehen der Palmölmwirtschaft zu verbessern.

### **Deutsch-Baltische Parlamentariergruppe**

*(Estland, Lettland, Litauen)*

Im November 2023 besuchte eine Delegation der Lettisch-Deutschen Parlamentariergruppe den Deutschen Bundestag, um vor allem den bilateralen parlamentarischen Austausch mit den Mitgliedern der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe zu pflegen. Die Gäste führten im Bundestag zudem Gespräche mit dem Präsidium sowie mit den Vorsitzenden verschiedener Ausschüsse. Den inhaltlichen Fokus legten beide Seiten auf Fragen zur wirtschaftlichen Lage sowie zum Thema Sicherheit, das insbesondere für Lettland seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bedeutsam ist. Die Delegation vertiefte dies bei Gesprächen im Auswärtigen Amt und im Bundesministerium der Verteidigung, in denen es um die sicherheitspolitische Lage in Europa insgesamt, Unterstützung der Ukraine und die Rolle der NATO ging. Die sehr guten deutsch-baltischen Beziehungen zeigten sich auch bei dem Besuch eines Berliner Unternehmens.

Für Abgeordnete der Litauisch-Deutschen Parlamentariergruppe, die im Januar 2024 nach Berlin kamen, lag der thematische Schwerpunkt des Besuchs aufgrund des fortwährenden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine ebenfalls auf Sicherheit und Verteidigung. Darüber hinaus besuchte die Delegation aber auch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, um sich über die Transformation des ehemaligen Flughafens Berlin Tegel zu informieren.

Auf einer Reise der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe nach Litauen und Lettland im Mai 2024 trafen die Delegationsmitglieder Abgeordnete aus den beiden vorangegangenen Besuchen in Berlin wieder und konnten so ihre bilateralen Beziehungen vertiefen. Neben Gesprächen mit der Parlamentspräsidentin bzw. dem Parlamentspräsidenten und Mitgliedern verschiedener Ausschüsse der Parlamente in den beiden baltischen Hauptstädten besuchte die Delegation in Vilnius das Goethe-Institut sowie ein Progymnasium, in Riga den Luftwaffenstützpunkt, das dortige NATO-Zentrum und die Technische Universität. Die Rolle Deutschlands bei der Unterstützung der Ukraine anlässlich des russischen Angriffskrieges wurde von allen Gesprächspartnerinnen und -partnern positiv bewertet, allerdings an manchen Stellen verbunden mit dem Wunsch nach schnelleren Entscheidungen. In beiden Ländern wurde die Delegation hochrangig empfangen, was als Ausdruck der hervorragenden Beziehungen Deutschlands zu den baltischen Staaten verstanden wurde.

### **Deutsch-Britische Parlamentariergruppe**

Die Reise einer Delegation der Deutsch-Britischen Parlamentariergruppe führte im Januar 2024 nach London, Manchester, Liverpool und Edinburgh. Aufgrund der verschiedenen gewählten Stationen konnten die Abgeordneten auch unterschiedliche Themen und Aspekte mit ihren vorwiegend hochrangigen Gesprächspartnerinnen und -partnern erörtern. Der Austritt Großbritanniens aus der EU zog sich zwar wie ein roter Faden durch die Gespräche, wurde aber einvernehmlich als abgeschlossener Prozess betrachtet. Wiederkehrende und lebhaft diskutierte Themen waren der Austausch zwischen Großbritannien und Deutschland in den Bereichen Jugendaustausch und Energieversorgung. Die Erwartungshaltung der deutschen Delegation zielte einhellig auf ein niedrigschwelliges und kostengünstiges Antragsverfahren für Deutsche, die in Großbritannien studieren oder arbeiten möchten. Beim Austausch über erneuerbare Energien wie zum Beispiel Wasserstoff hatten einige der Gesprächspartnerinnen und -partner bereits enge Kontakte nach Deutschland geknüpft, die sie mit weiteren Reisen hierher intensivieren wollten. Die Besuche außerhalb Londons eröffneten den Delegationsmitgliedern Einblicke in die britische Regionalpolitik, die im Spannungsfeld zwischen Zusammenarbeit mit der britischen Regierung und regionaler Unabhängigkeit steht.

### **Parlamentariergruppe Bulgarien-Moldau-Rumänien**

Im Mai 2024 war eine vierköpfige Abgeordnetendelegation aus der Republik Moldau zu Gast in Berlin. Die Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages hat sich in ihrer Arbeit auch in diesem Berichtszeitraum besonders auf Moldau als kleinstes der osteuropäischen Länder konzentriert. Dieses hatte sie mit einer Delegationsreise in ihr Partnerland bereits im Juni 2023 deutlich gemacht und die Moldauer zum Gegenbesuch eingeladen. Man war sich in der Parlamentariergruppe darüber einig, dass das Land ein Signal der Unterstützung brauche sowie eine klare EU-Perspektive mit einer konkreten Wegbeschreibung in die EU aus Brüssel. Seit Sommer 2022 hat Moldau einen EU-Kandidatenstatus, Ende 2023 hat der EU-Rat beschlossen, Beitrittsverhandlungen mit Moldau zu eröffnen. Mit dem Besuch der Mitglieder der Freundschaftsgruppe aus dem Parlament von Moldau im Bundestag konnten die parlamentarischen Kontakte zu dem Land ausgebaut und das demokratische Selbstbewusstsein der Abgeordneten gefestigt werden. Im Mittelpunkt der Gespräche mit den Gästen standen außen- und sicherheitspolitische Themen, zudem gab es einen intensiven Austausch mit verschiedenen Bundestagsausschüssen zu wirtschafts- und entwicklungspolitischen Fragen.

### **Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe**

Der Besuch der Parlamentariergruppe in der Volksrepublik China im Juli 2024 war der erste seit 2016, da in der 19. Legislaturperiode aufgrund der COVID-19-Pandemie keine Delegationsreise dorthin möglich war. Neben der Hauptstadt Peking besuchte die Delegation die südchinesische Metropole Shenzhen in der Provinz Guangdong und die angrenzende Sonderverwaltungszone Hongkong. Im Mittelpunkt des Programms in Peking standen Treffen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden und Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses, dem Vizeminister des Außenministeriums und Vertretern der Internationalen Abteilung der Kommunistischen Partei Chinas. Themen waren die Gestaltung der bilateralen Beziehungen, Handelsfragen und der russische Angriffskrieg gegen

die Ukraine. Neben den politischen Terminen standen in Peking auch der Besuch des Goethe-Instituts und eines Projektes des Deutschen Archäologischen Instituts in der Verbotenen Stadt auf dem Programm. Die Delegation traf sich darüber hinaus mit Korrespondenten aus Deutschland, die die schwierige Lage für Journalisten im Land beleuchteten. Auch in Shenzhen gab es mit dem Ständigen Ausschuss des Städtischen Volkskongresses politische Gespräche. Im Mittelpunkt standen jedoch Besuche von Unternehmen, die den Abgeordneten Shenzhens Rolle als eines der führenden Technologiezentren Chinas vor Augen führten. So besuchte die Delegation den nach Absatz inzwischen weltgrößten Hersteller für Elektrofahrzeuge BYD sowie die Flugtaxidemonstrationsstation des Unternehmens EHang und ein deutsches mittelständisches Unternehmen für Touchscreens. Ein Gespräch mit den Leitungen der deutschen Außenhandelskammer sowie deutscher Unternehmen thematisierte die Situation der deutschen Wirtschaft in Südchina. Dabei wurden Tempo und Ambitionen der Hightech-Entwicklung in der Innovationsmetropole Shenzhen, aber auch die Folgen von Chinas schwächelnder Ökonomie erörtert. In Hongkong traf die Delegation den Vorsitzenden des Legislativrats und weitere Mitglieder des Parlaments. Ein Gespräch mit internationalen Journalisten im „Foreign Correspondents Club“ verdeutlichte den Delegationsmitgliedern, dass es in Hongkong noch immer mehr Freiheit für die Presse als auf dem Festland gibt. Mit Vertretern der deutschen Wirtschaft und einem Direktor des Beratungsgremiums für Finanzdienstleistungen wurde die Zukunft Hongkongs als Finanz- und Wirtschaftsstandort erörtert. In allen Gesprächen wurde dargelegt, wie verschieden Hongkong und Festland-China nach wie vor seien. Dies zeige sich vor allem darin, dass es in Hongkong mittlerweile keine kritische Zivilgesellschaft mehr gebe.

### **Parlamentariergruppe Cono Sur-Staaten**

*(Argentinien, Chile, Paraguay, Uruguay)*

Wie die meisten Länder Südamerikas werden auch die Cono Sur-Staaten von einem präsidentialen Regierungssystem geprägt. Sie unterscheiden sich dennoch sehr stark hinsichtlich der gesellschaftlichen Stimmung und der Art der politischen Diskussion, wie eine Delegation dieser Parlamentariergruppe bei einer Reise nach Chile und Uruguay im August 2024 feststellen konnte. So beschäftigt die politischen Akteure in Chile seit vielen Jahren die Diskussion über eine Verfassungsreform, weshalb sich auch die Mitglieder der Parlamentariergruppe wiederholt mit diesem Thema befasst haben. Nach zwei gescheiterten Entwürfen scheinen die politischen Herangehensweisen so unversöhnlich, dass alle Gesprächspartner vor Ort einen weiteren Versuch ausschlossen. In Uruguay herrschte dagegen kurz vor den dortigen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen eine äußerst gelassene Stimmung, da sich die großen politischen Blöcke in vielen Politikbereichen weitgehend einig sind. In beiden Ländern interessierten sich die Delegationsmitglieder darüber hinaus für das auch aus deutscher Sicht wichtige Thema der zukünftigen Energieversorgung. Sie informierten sich daher in Chile über die dortige Lithiumstrategie und in Uruguay über das Potential, das man in der Herstellung von grünem Wasserstoff sieht. In dem Land ist die Stromversorgung bereits zu nahezu 100 Prozent durch erneuerbare Energien abgedeckt.

### **Deutsch-Französische Parlamentariergruppe**

Neben der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung widmet sich auch die Deutsch-Französische Parlamentariergruppe der Pflege der bilateralen Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Assemblée nationale. Für den Besuch einer Delegation französischer Abgeordneter im April 2024 in Deutschland hatten sich die Mitglieder beider Freundschaftsgruppen bei den Feierlichkeiten zum 60sten Jahrestag des Élysée-Vertrages sowie in virtuell abgehaltenen Arbeitssitzungen auf eine Reihe von Themen verständigt, die beide Länder und beide Parlamente beschäftigen. Dazu gehören die Europa- sowie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ebenso wie konkrete Fragen des Wasser- und Abwassermanagements sowie der Entsorgungs- und Kreislaufwirtschaft. Letztgenannte Themen stellen viele Kommunen vor eine Herausforderung und bieten gleichzeitig Chancen für Unternehmen. Der Geschichte der deutsch-französischen Aussöhnung widmete sich der Besuch des Bonner Hauses der Geschichte sowie des Wohnhauses des früheren Bundeskanzlers Konrad Adenauer. Der für April 2025 verabredete Gegenbesuch in Frankreich musste aufgrund der vorgezogenen Neuwahl des Deutschen Bundestages entfallen.

### **Deutsch-Griechische Parlamentariergruppe**

Eine Delegation der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe reiste im Juni 2024 in ihr Partnerland, um die parlamentarischen Beziehungen zu intensivieren, nachdem die letzte Delegationsreise der Parlamentariergruppe bereits vor zwei Wahlperioden im Mai 2016 und ein Gegenbesuch aus Athen im April 2017 stattgefunden hatten.

Inhaltlich ging es bei der Delegationsreise um Themen aus den Bereichen Klima-, Energie- und Gleichstellungspolitik, Förderung des Jugendaustausches sowie um die nachbarschaftlichen Beziehungen im Mittelmeerraum. Zudem führten die Abgeordneten Gespräche zur aktuellen politischen Lage in Griechenland, Deutschland und Europa. Aber auch die Themen Sicherheit sowie wirtschaftliche Konsequenzen aus dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und den weitreichenden Sanktionen gegenüber Russland beschäftigten die Delegationsmitglieder in ihren Gesprächen im griechischen Parlament, insbesondere mit der Parlamentarischen Freundschaftsgruppe, dem Parlamentspräsidenten und Mitgliedern verschiedener Ausschüsse.

### **Deutsch-Irische Parlamentariergruppe**

Im Rahmen einer Delegationsreise nach Irland im Juni 2024 besuchten Mitglieder der Parlamentariergruppe die Städte Dublin, das an der Grenze zu Nordirland liegende Dundalk, Belfast sowie Galway an der Westküste. Das Besuchsprogramm setzte sich aus verschiedenen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aspekten zusammen. So führte die Delegation in Dublin Gespräche mit irischen Abgeordneten, Repräsentanten der Deutsch-Irischen Handelskammer, dem Goethe-Institut sowie mit dem Unternehmen Google. Ein thematischer Schwerpunkt der Reise war die Beziehung zwischen Irland und Nordirland, insbesondere seit dem Austritt Großbritanniens aus der EU. So ging es während des Besuchs in Dundalk im Gespräch mit dem lokalen Bürgermeister vor allem um die Beziehungen mit dem Nachbarn Nordirland seit dem Austritt aus der EU. In Belfast erhielt die Delegation vertiefte Einblicke in das seit Generationen schwierige Verhältnis von Katholiken und Protestanten. In Galway besuchte sie einen für die Energieversorgung der Region wichtigen Windpark und die dortige Universität. Insgesamt präsentierte sich Irland als modernes Land mit einer gut ausgebildeten Bevölkerung und als attraktiver Wirtschaftsstandort. Die Delegationsmitglieder und ihre verschiedenen Gesprächspartner waren sich einig, dass die gut funktionierenden deutsch-irischen Beziehungen keine Selbstverständlichkeit sind und daher stetige Aufmerksamkeit verdienen.

### **Deutsch-Kanadische Parlamentariergruppe**

Im Mai 2024 reiste eine Delegation dieser Parlamentariergruppe in Kanadas Hauptstadt Ottawa, in die Provinz Nova Scotia sowie nach Neufundland und Labrador. In Ottawa sowie in den Provinzhauptstädten Halifax und St. Johns führten die Abgeordneten Gespräche mit Vertretern der dortigen Parlamente sowie der Bundes- und Provinzregierungen, in denen es vor allem um die hervorragenden deutsch-kanadischen Beziehungen sowie die Themen Sicherheit und Energie ging. In Ottawa war die Delegation zudem an den Erfahrungen Kanadas mit der Legalisierung von Cannabis sowie am Stand der Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz und Digitalisierung in Kanada interessiert.

Ein zentraler Aspekt der Reise war zudem das große kanadische Potential zum Ausbau der Windenergie sowie die Exportmöglichkeiten von grünem Wasserstoff, von denen auch Deutschland profitieren würde. Die Delegation besuchte daher auf Neufundland entsprechende Projekte und konnte sich vor Ort vom Fortschritt des Baus riesiger Offshore-Anlagen ein Bild machen. Neufundland soll durch den massiven Ausbau der Produktion von grünem Wasserstoff zu einem Drehkreuz für grüne Energie in Nordamerika werden. Bei einem Besuch der Universität in St. Johns erörterten die Bundestagsabgeordneten mit Studierenden und Lehrkräften die Frage, wie Deutschland die Anstrengungen beteiligter Bildungseinrichtungen und Projektentwickler unterstützen kann, um den zukünftigen Bedarf an Fachkräften zu decken.

In Nova Scotias Hauptstadt Halifax befindet sich der größte Marinestützpunkt der Royal Canadian Navy. Bei einem Besuch der dortigen Marinebasis sowie der Fregatte „Charlottetown“ ging es für die Delegation um die aktuellen Herausforderungen der Verteidigungspolitik nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine sowie um Kanadas große Sorgen vor russischen Aktionen in der Arktis, die für Kanada von zentraler Bedeutung und nationalem Interesse ist.

### **Deutsch-Koreanische Parlamentariergruppe**

*(Demokratische Volksrepublik Korea, Republik Korea)*

Eine Delegation der Parlamentariergruppe reiste Ende Oktober/Anfang November 2023 in die Republik Korea (Südkorea). Der Zeitpunkt dieser Reise war aus zwei Gründen gewählt: Zum einen wurde das 140-jährige Jubiläum der deutsch-koreanischen diplomatischen Beziehungen gefeiert; zum anderen fand in Südkorea im November das 21. Deutsch-Koreanische Forum in der Hafenstadt Busan im Süden des Landes statt, an dem die Delegation teilnahm. Dabei handelt es sich um eine Konferenz, die jährlich abwechselnd in Deutschland und

Südkorea stattfindet. Deutsche und koreanische Teilnehmende aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft erarbeiten dort für ihre Regierungen Handlungsempfehlungen, die die enge Partnerschaft und Wertegemeinschaft beider Länder unterstützen und vertiefen sollen.

Die Delegation hielt sich zunächst in Seoul auf, wo politische Gespräche in der Nationalversammlung und im Vereinigungsministerium auf dem Programm standen. Die koreanische Seite betonte, dass Deutschland mit seiner erfolgreichen Wiedervereinigung ein Vorbild für Korea sei, dessen Spaltung in einen nördlichen und südlichen Teil nicht nur weiter andauere, sondern kontinuierlich zementiert werde. Ein zentrales Thema in allen Gesprächen der Abgeordneten war die Sicherheitslage in Europa und in Ostasien. Einig war man sich vor allem in dem Punkt, dass Wertepartner insbesondere in schwierigen Zeiten zusammenhalten müssten, um für die gemeinsamen Werte eines rechtsstaatlichen und demokratischen Systems einzustehen. Die Einschätzung der Lage im benachbarten Nordkorea wurde bei Gesprächen der Delegation mit Nichtregierungsorganisationen erörtert, die sich auf das Thema Menschenrechte im streng isolierten Land spezialisiert haben und ein sehr düsteres Bild von der Situation vor Ort zeichnen.

### **Parlamentariergruppe Maghreb-Staaten**

*(Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien, Tunesien)*

Im November 2023 besuchte eine Delegation der Parlamentariergruppe das Königreich Marokko sowie die Republik Tunesien. Die Reise diente vorrangig der Vertiefung der bilateralen parlamentarischen Beziehungen. Hierfür trafen sich die Bundestagsabgeordneten mit Mitgliedern verschiedener Fachausschüsse in den jeweiligen Parlamenten. Wesentliche Gesprächsthemen waren neben der innenpolitischen Lage in den beiden Ländern vor allem der Krieg in Nahost sowie Fragen der Migration und der Menschenrechte. Die Delegation hatte darüber hinaus Gelegenheit, sich in den beiden Partnerländern mit Regierungsvertretern sowie mit Vertretern verschiedener Menschenrechtsorganisationen und anderer Nichtregierungsorganisationen über aktuelle politische Vorhaben auszutauschen. In Marokko besuchte die Delegation das Forschungsinstitut IRESEN (Institut de Recherche en Energie Solaire et Energies Nouvelles) und informierte sich über Themen wie Solarressourcen, Elektromobilität und grünen Wasserstoff. In beiden Ländern wurde der Delegation starkes Interesse daran vermittelt, die Beziehungen zu Deutschland auszubauen und das Potenzial einer verstärkten Kooperation zum beiderseitigen Nutzen zu fördern.

### **Parlamentariergruppe Malta-Zypern**

Im Oktober 2024 reiste eine Delegation der Parlamentariergruppe nach Malta. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Pflege und Intensivierung der deutsch-maltesischen Beziehungen. Die Abgeordneten erörterten zudem Fragen zu den Politikfeldern Wirtschaft, Klima, Umwelt und Energie, Migration, Rechtsstaatlichkeit sowie Arbeitnehmerinnen- und Frauenrechte. Im Wirtschaftsministerium informierte sich die Delegation über die Bemühungen, Malta bis 2025 zu einem nachhaltigeren Land mit verbesserter Lebensqualität zu transformieren, was jedoch auch ausländische Direktinvestitionen erforderlich mache. Da Malta zwei Drittel seines Trinkwassers aus entsalztem Meerwasser gewinnt, besuchte die Delegation zudem in Begleitung der maltesischen Energie- und Umweltministerin eine Meerwasserentsalzungsanlage, um sich über die technischen Prozesse zu informieren. Weiterhin standen Besuche eines deutsch-maltesischen Unternehmens, das im Bereich Erneuerbare Energien/E-Mobilität/Batterietechnologie tätig ist, sowie der Mittelmeerdiplomatenakademie MEDAC auf dem Programm.

### **Deutsch-Mexikanische Parlamentariergruppe**

Eine Delegationsreise der Parlamentariergruppe in ihr Partnerland im Februar 2024 führte sowohl in die Hauptstadt Mexiko-Stadt als auch in den südlichsten Bundesstaat des Landes, Chiapas an der Grenze zu Guatemala. Mexiko ist durch seine geographische Lage als Korridor zwischen Südamerika und Nordamerika ein Nadelöhr für Auswanderer und Flüchtlinge aller südamerikanischen Länder auf ihrem Weg in die USA. In Mexiko-Stadt führte die Delegation Gespräche mit Parlamentariern des Abgeordnetenhauses und mit hochrangigen Vertretern des Außenministeriums, in denen es vor allem um die von beiden Seiten geschätzten deutsch-mexikanischen Beziehungen, Migration und Umweltschutz ging. Zudem nutzten die Abgeordneten die Gelegenheit, mit der Wahlbehörde INE über die anstehende Präsidentschaftswahl 2024 zu sprechen. Mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft und der Leiterin der Nationalen Suchkommission erörterte die Delegation zudem die besorgniserregende Menschenrechtslage im Land. Hier ging es insbesondere um die Gefährdung von Journalisten und die verschwundenen Menschen. An der Grenze zu Guatemala konnte sich die Delegation ein Bild von der Situation

der zahllosen Flüchtenden machen, die aus ganz Südamerika den Weg nach Mexiko antreten, um in erster Linie die Vereinigten Staaten von Amerika zu erreichen. In der Region um die kleine Grenzstadt Hidalgo wurde deutlich, vor welche Herausforderungen mexikanische Behörden in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie der UN gestellt sind. Die Institutionen sind zudem damit befasst, Menschen zu registrieren und ihnen eine sichere vorübergehende Unterkunft zuzuweisen. Als neue Entwicklung in der Migrationsproblematik berichteten die Behörden davon, dass immer mehr Menschen Mexiko als Fluchtziel anstreben und dort bleiben wollen.

#### **Deutsch-Mittelamerikanische Parlamentariergruppe**

*(Belize, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Guyana, Haiti, Honduras, Jamaika, Kuba, Nicaragua, Panama, Suriname, Trinidad und Tobago)*

Im Februar 2024 besuchte eine Delegation dieser Parlamentariergruppe Guatemala, Belize und Jamaika. Guatemala, das größte Land Mittelamerikas, war zuletzt 2015 besucht worden. Die dortige politische Entwicklung, insbesondere die Lage der Menschenrechte, beschäftigt die Parlamentariergruppe regelmäßig. Die Auflösung einer von den Vereinten Nationen eingesetzten Kommission zur Bekämpfung von Korruption und Straflosigkeit im Jahr 2019 hatte international Besorgnis ausgelöst. Die Parlamentariergruppe war hierzu fortlaufend im Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, aber auch der guatemaltekischen Politik. Nach dem Amtsantritt von Präsident Bernardo Arévalo im Januar 2024, der ein Aufbrechen der korrupten Strukturen im Land angekündigt hatte, verschaffte sich die Delegation ein Bild von der Situation vor Ort.

Belize, das noch nie von Mitgliedern der Parlamentariergruppe besucht wurde, engagierte sich für eine nachhaltige Umweltpolitik und den Schutz natürlicher Ressourcen. Die Delegation erkundete, in welchem Umfang das Land bereits von den Folgen des Klimawandels betroffen ist. In Jamaika, Sitz der Internationalen Meeresbodenbehörde, thematisierten die Abgeordneten neben der Frage des auch im Bundestag beratenen Hochseebergbaus und seiner Regulierung vor allem die Lage auf Haiti und die Problematik der von dort geflüchteten Menschen.

#### **Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe**

Eine fünfköpfige Delegation der Parlamentariergruppe reiste Ende Oktober 2024 nach Island und Grönland. In Island trafen sich die Abgeordneten mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern, mit dem Parlamentspräsidenten, der Ombudsfrau für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, mit der Polizeipräsidentin, mit Kommunalverantwortlichen und Mitgliedern der deutschen Community zu einem intensiven Austausch. Das Partnerland agiert in vielen wirtschafts-, energie-, umwelt-, gleichstellungs- und gesellschaftspolitischen Fragen beispielgebend und zukunftsorientiert. Zudem führten die Abgeordneten anlässlich des in Reykjavik parallel tagenden 76. Nordischen Rates intensive Gespräche mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern anderer nordischer Länder.

Der Besuch Grönlands war ein Novum in der Arbeit der Parlamentariergruppe. Erstmals nahm die Parlamentariergruppe Kontakt zu den Abgeordneten des Inatsisartuts, des grönländischen Parlamentes, auf. Beide Seiten diskutierten vertrauensvoll und offen Möglichkeiten einer künftigen bilateralen Zusammenarbeit, Fragen des Ausbaus Erneuerbarer Energien und der grünen Transformation der arktischen Insel. Erörtert wurde zudem die Förderung von Rohstoffen, vor allem Seltener Erden. Darüber hinaus informierten sich die Abgeordneten an der Universität Nuuk über die gravierenden Folgen des Klimawandels und dessen Auswirkungen auf die traditionellen Lebensweisen der Grönländerinnen und Grönländer, über die Chancen eines Referendums zur Selbstverwaltung und die künftige außen- sowie sicherheitspolitische Strategie Grönlands.

#### **Parlamentariergruppe Östliches Afrika**

*(Äthiopien, Burundi, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Ruanda, Seychellen, Somalia, Sudan, Südsudan, Tansania, Uganda)*

Im Mai 2024 besuchte eine Delegation der Parlamentariergruppe Östliches Afrika die Partnerländer Uganda und Tansania. Eine Reise nach Uganda war bereits zwei Jahre zuvor geplant, dann aber durch einen Ebola-Ausbruch kurzfristig verhindert worden. Neben den Kernfragen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit wurden auch schwierige Themen wie die prekäre Menschenrechtssituation der LGBTIQ+ Community in Uganda besprochen. Zudem befasste sich die Parlamentariergruppe mit dem Schicksal hunderter vertriebener Menschen, deren Dörfer der Kaffeeplantage einer deutschen Unternehmensgruppe weichen mussten. Im Distrikt Mubende führten die Abgeordneten weiterführende Gespräche zu diesem Themenkomplex.

Die staatlich forcierten Vertreibungen der Massai in Tansania bildeten in der 20. Wahlperiode einen weiteren Arbeitsschwerpunkt der Parlamentariergruppe. So durchzog das Thema dann auch viele der Gespräche, die die Abgeordneten in der Nationalversammlung in Dodoma, mit der tansanischen Zivilgesellschaft, lokalen Behörden, mit Vertreterinnen und Vertretern der Nationalparkverwaltung TANAPA und Interessenverbänden der Massai führten.

Dabei bekräftigten die Delegationsmitglieder die Bedeutung einer wahlperiodenunabhängigen internationalen Zusammenarbeit zwischen demokratisch gewählten Abgeordneten insbesondere in politisch herausfordernden Zeiten.

### **Deutsch-Pazifische Parlamentariergruppe**

*(Australien, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Timor-Leste)*

Um die bilateralen Beziehungen zu den Inseln des Pazifiks sowie die Wertepartnerschaften mit Ländern dieser Region zu vertiefen, reiste eine Delegation der Parlamentariergruppe im Februar 2024 nach Neuseeland.

Neben einer Reihe von Gesprächen im Parlament, insbesondere mit dem Parlamentspräsidenten, verschiedenen Ausschüssen und der Neuseeländisch-Europäischen Freundschaftsgruppe, traf die deutsche Delegation ihre neuseeländischen Kolleginnen und Kollegen auch in deren Wahlkreisen, was den Abgeordneten einen vergleichenden Blick auf die Herausforderungen der Wahlkreisarbeit der neuseeländischen Parlamentarier ermöglichte. Im Zentrum des Austausches standen dabei aktuelle Fragen der Wirtschafts-, Energie-, Umwelt- und Klimaschutzpolitik, des Tiefseebergbaus, der Flüchtlingspolitik, der Fachkräfteeinwanderung und Integration, der Gendergerechtigkeit, der Forschungszusammenarbeit, der Digitalisierung sowie der geopolitischen und Cybersicherheit. Begegnungen mit Vertreterinnen und Vertretern der indigenen Bevölkerungsgruppen erhielten im Rahmen der Reise einen besonderen Raum. Die Delegation informierte sich über die Situation und Rechte der Indigenen, über Maßnahmen zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit und widmete sich mit großer Sensibilität den Fragen der Rückführung menschlicher Überreste aus deutschen Museen an Angehörige der Māori.

### **Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe**

Eine Delegation der Polnisch-Deutschen Parlamentariergruppe besuchte im Juli 2024 Berlin. In intensiven und engagierten Gesprächen ging es schwerpunktmäßig um die Erinnerungskultur in Deutschland und die Unterstützung Deutschlands für die Ukraine. Die Gäste aus Polen trafen neben Mitgliedern der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe u. a. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kompetenz- und Koordinationszentrums Polnisch, die Leiterin des Polonia-Büros im Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie Vertreterinnen und Vertreter verschiedener politischer Stiftungen. Um sich über Struktur und Funktion des deutschen Föderalismus zu informieren, führte die Delegation auch Gespräche im Bundesrat. Ein Zusammentreffen mit dem Bundespräsidenten im Bundespräsidialamt unterstrich die Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen und wurde von den Gästen besonders wertgeschätzt.

### **Deutsch-Schweizerische Parlamentariergruppe**

Während eines Besuchs der schweizerischen Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag im November 2023 standen insbesondere verkehrspolitische Themen im Kontext der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie das institutionelle Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz im Mittelpunkt des Austauschs. Die Gäste führten in diesem Zusammenhang Gespräche mit den Vorsitzenden des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union und dem Auswärtigen Ausschuss. Des Weiteren informierte sich die Delegation über den Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland und speziell in Berlin. Sie sprach dazu mit einer Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern und für Heimat und konnte sich zudem im Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten ein konkretes Bild machen.

### **Deutsch-Südasiatische Parlamentariergruppe**

*(Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Pakistan, Sri Lanka)*

Die Deutsch-Südasiatische Parlamentariergruppe befasst sich regelmäßig insbesondere mit der Versorgungslage der Menschen in Sri Lanka nach dem dortigen Staatsbankrott sowie die menschenrechtliche Situation von Minderheiten. Eine Delegationsreise nach Sri Lanka und Bhutan im Februar 2024 diente daher dem Ziel, sich ein Bild

von der Situation der Menschen vor Ort zu machen. Die Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft nahmen in beiden Ländern einen zentralen Raum ein. In Sri Lanka ging es dabei vor allem um politische Partizipation und Aufarbeitung des internen bewaffneten Konflikts. In Bhutan wurde insbesondere der „Brain Drain“ angesprochen, die Abwanderung gut ausgebildeter Fachkräfte, aus der im medizinischen Bereich eine spürbare Unterversorgung der eigenen Bevölkerung resultiert. Diese Problematik betrifft andere Länder der Region ebenfalls, so auch Sri Lanka. Weitere Gesprächsthemen betrafen die Themen nachhaltige Entwicklung und ökologisch verantwortlicher Tourismus. Beide Länder bekräftigten ihr Interesse an einer vertieften Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene.

### **Deutsch-Südosteuropäische Parlamentariergruppe**

*(Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien)*

Eine Delegation der Deutsch-Südosteuropäischen Parlamentariergruppe reiste im Februar 2024 in die Republiken von Albanien, Nordmazedonien sowie des Kosovo, um die Kontakte mit den Partnerländern weiter zu vertiefen. Sowohl in Albanien als auch in Nordmazedonien und im Kosovo führten sie daher Gespräche mit Abgeordneten aus Regierung und Opposition. Darüber hinaus tauschte sich die Delegation mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, politischen Stiftungen und mit Nichtregierungsorganisationen aus.

Gesprächsthemen waren neben den bilateralen Beziehungen zu den drei Ländern des westlichen Balkans hauptsächlich der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Von Interesse waren zudem die aktuelle innenpolitische Lage in den Ländern, regionale Kooperationen sowie die Fortschritte im Beitrittsprozess zur EU. In der Republik Kosovo standen zudem die ethnischen Spannungen sowie der Einsatz der NATO-Sicherheitsstruppe Kosovo Force (KFOR) im Mittelpunkt der Gespräche.

### **Parlamentariergruppe Westafrika**

*(Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, Tschad)*

Im September 2024 reiste eine Delegation der Parlamentariergruppe nach Benin. Neben intensiven Begegnungen mit Abgeordneten der beninischen Nationalversammlung sowie regionaler und kommunaler Parlamente ist die Delegation auch mit verschiedenen nichtstaatlichen Organisationen, politischen Stiftungen und Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft des westafrikanischen Landes zusammengetroffen. Der Schwerpunkt der Gespräche lag auf gesundheits-, bildungs-, sozial-, sicherheits- und umweltpolitischen Fragen. Hier zeigt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit – trotz der Instabilität der Sahel-Region – inzwischen deutliche Erfolge. Davon konnten sich die Bundestagsabgeordneten überzeugen, als sie eine UNICEF-Impfkampagne begleiteten, ein SOS-Kinderdorf in Abomey-Calavi, ein von der Charité Universitätsmedizin Berlin unterstütztes Referenzlabor zur Bekämpfung tropischer Infektionskrankheiten sowie die Sonderwirtschaftszone Glo-Djigbe besuchten. Die Parlamentariergruppe signalisierte mit ihrem thematisch breit angelegten Besuch, den vielen Gesprächen und Begegnungen ihr Interesse an einer verstärkten bilateralen Zusammenarbeit mit Benin, dessen positive Entwicklung zu einem Stabilitätsfaktor für Westafrika werden kann.

Eine Delegation von Abgeordneten aus der Nationalversammlung des Senegal besuchte Anfang Juni 2024 den Deutschen Bundestag. Das Besuchsprogramm reichte von einem Austausch mit einem Mitglied des Präsidiums über Begegnungen mit Abgeordneten verschiedener parlamentarischer Ausschüsse sowie Mitgliedern der Parlamentariergruppe bis hin zu Gesprächsterminen im Auswärtigen Amt und im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Hierbei ging es vor allem um Kernthemen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit wie berufliche Bildung, gute Regierungsführung, Gesundheit/One Health, Erneuerbare Energien und nachhaltige Stadtentwicklung. Zudem hatten die Gäste die Möglichkeit, sich intensiv mit Vertreterinnen und Vertretern der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, des Bundespresseamtes und der Nichtregierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ auszutauschen, die ein Regionalbüro in Dakar unterhält. Die Delegation besuchte darüber hinaus ein städtisches Unternehmen der Abfallwirtschaft und führte eine interessierte Diskussion mit Organisatorinnen des Internationalen Parlamentsstipendiums des Deutschen Bundestages, in dessen Sonderprogramm „Afrikanische Staaten“ der Senegal seit Kurzem aufgenommen ist.

**Parlamentariergruppe Zentralafrika**

(Äquatorialguinea, Demokratische Republik Kongo, Gabun, Kamerun, Republik Kongo, Sao Tome und Principe, Zentralafrikanische Republik)

Anfang März 2024 besuchte eine Delegation der Parlamentariergruppe eine Woche lang die Republik Kamerun. In der vergangenen Wahlperiode hatte sich in der kamerunischen Nationalversammlung eine parlamentarische Freundschaftsgruppe gebildet, die sogleich Kontakt zu ihrem deutschen Gegenüber aufnahm. Der Besuch der deutschen Delegation in Douala und Yaoundé schuf nun die Möglichkeit eines persönlichen Kennenlernens.

Die bilateralen Gespräche thematisierten vor allem die politische, (zivil-)gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Kameruns, die unter den Bedingungen des fortdauernden Konflikts im anglophonen Teil des Landes stattfindet. Der Besuch vermittelte der Delegation ein umfassendes Bild davon, mit welcher großen Herausforderungen Kamerun sich konfrontiert sieht. Diese reichen von fehlenden Zukunftsperspektiven für die junge Generation des Landes über die schwierige Situation der politischen Opposition bis hin zum wachsenden Einfluss terroristischer Gruppierungen aus Nigeria und dem Tschad im Norden Kameruns.

**Deutsch-Zentralasiatische Parlamentariergruppe**

(Kasachstan, Kirgistan, Mongolei, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan)

Eine Delegation der Parlamentariergruppe besuchte Ende April/Anfang Mai 2024 die Partnerländer Usbekistan und Tadschikistan. Dabei standen intensive politische Gespräche zur langjährigen bilateralen Zusammenarbeit sowohl in Taschkent als auch in Duschanbe im Mittelpunkt der Delegationsreise. Die Wiederaufnahme der persönlichen Begegnungen nach der Zeit der COVID-19-Pandemie wurde in den Partnerländern sehr begrüßt. In beiden Ländern traf die Delegation neben den politischen Terminen mit Abgeordneten und Repräsentanten der Regierungen auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft, von Entwicklungs- und Nichtregierungsorganisationen sowie vor Ort tätigen politischen Stiftungen zusammen. In Usbekistan wurde in vielen Gesprächen das anstehende Fachkräftemigrationsabkommen zwischen Deutschland und Usbekistan thematisiert. In Tadschikistan führte die Delegation einen regen Meinungsaustausch mit Experten im Außen-, Wirtschafts- und Wasserministerium. Dabei ging es thematisch im Vorfeld der UN-Wasserkonferenz im Juni 2024 in Duschanbe auch um die Kooperation mit Deutschland in Fragen des Umweltschutzes.

**6 Einzeldienstreisen der Abgeordneten**

Wie die Delegationsreisen sind auch die Einzeldienstreisen der Abgeordneten als Mitglieder ihrer jeweiligen Ausschüsse vorrangig auf die Informationsgewinnung sowie den Erfahrungs- und Meinungsaustausch gerichtet. Diese Reisen dienen außerdem der Stärkung der Wahrnehmung der Kontrollfunktion gegenüber der Regierung durch die Abgeordneten. Eine unmittelbare und möglichst wenig gefilterte Informationsgewinnung zur politischen, wirtschaftlichen, sozialen und weiteren Lage in den jeweiligen Staaten und Regionen ist häufig nur auf diese Weise erreichbar.

Die im Berichtszeitraum von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages unternommenen Einzeldienstreisen sind wie die Themen, mit denen sich die Abgeordneten im Rahmen ihrer Mandatsausübung befassen, vielfältig und umfassen das gesamte fachliche Spektrum der Ausschussarbeit. Weiterhin bilden Einladungen zu Kolloquien und Konferenzen zu einer Vielzahl von Themen häufig den Anlass für Einzeldienstreisen von Abgeordneten. Zudem haben Abgeordnete auch Gelegenheit, Reisen des Bundespräsidenten sowie des Bundeskanzlers und anderer Mitglieder der Regierung zu begleiten.

Im Folgenden werden die Einzeldienstreisen der zweiten Hälfte der 20. Wahlperiode exemplarisch und nach regionalen Aspekten grob gegliedert dargestellt.

**Europa**

Wie in den vorangegangenen Berichtszeiträumen war Belgien, insbesondere wegen der dort ansässigen Institutionen der Europäischen Union, eines der Hauptziele der Reisen von Abgeordneten. In zahlreichen Gesprächsrunden erörterten sie mit Vertretern des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission sowohl europapolitische als auch globale Themen. Im Vordergrund standen hierbei die Schwerpunkte Finanzen, Wirtschaft, Sicherheit, Klima, Bildung und Soziales. Darüber hinaus nahmen Abgeordnete verschiedener Ausschüsse an internationalen Konferenzen teil. So besuchte unter anderem der Vorsitzende des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union die ständige Konferenz der Europaausschüsse aller nationalen Parlamente

(COSAC), eine Abgeordnete nahm an einer Konferenz des Europäischen Netzwerks der Ombudsstellen und Petitionsausschüsse teil, ein Mitglied des Europaausschusses informierte sich in Brüssel bei einer interparlamentarischen Konferenz über das Thema Stadtpolitik und ein Abgeordneter des Ausschusses für Digitales nahm an einem politischen Treffen zur Thematik Künstliche Intelligenz teil.

In Frankreich führte eine Abgeordnete des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union mit Regierungs- und Parlamentsvertretern, dem deutschen Botschafter sowie Vertretern der Medien und der Außenhandelskammer Gespräche zur aktuellen politischen Lage, zur Europawahl und zum Freihandel. Ein Mitglied des Verteidigungsausschusses nahm in Paris an einer sicherheits- und verteidigungspolitischen Konferenz teil. Zu einem globalen parlamentarischen Netzwerktreffen reiste ein Abgeordneter des Wirtschaftsausschusses, um sich über die Bewältigung aktueller politischer Herausforderungen auszutauschen und die internationale Zusammenarbeit zu fördern. Der Vorsitzende des EU-Ausschusses führte Gespräche zu den Themen deutsch-französische Zusammenarbeit, europäische Sicherheit, gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie europäische Souveränität und Unabhängigkeit. Ein sportpolitischer Abgeordneter nahm auf Einladung an einem Workshop zum Themenkomplex Menschenrechte und Sport im Kontext von Olympia und anderen internationalen Sportgroßveranstaltungen mit deutschen und französischen Nachwuchssportlern und ehrenamtlich Engagierten teil.

Auf Einladung des Finanzministers begleitete ihn ein Bundestagsabgeordneter in das Vereinigte Königreich, um mit britischen Amtskollegen über gemeinsame wirtschaftliche Herausforderungen, die Unterstützung der Ukraine sowie die Vertiefung der Kapitalmarktunion zu sprechen. An einem gesellschaftspolitischen Austausch des Club of Three, einer „Franco-German-British leadership initiative“, nahm ein Abgeordneter des Auswärtigen Ausschusses teil. Ein Mitglied des EU-Ausschusses sprach mit britischen Parlamentariern über den zu dieser Zeit noch inhaftierten WikiLeaks-Gründer Julian Assange und besuchte die öffentliche Anhörung des High Court of Justice.

Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses führte in Italien Gespräche mit Regierungs- und Parlamentsvertretern über die außen-, sicherheits- und migrationspolitische Zusammenarbeit. Der Vorsitzende des Sportausschusses besuchte auf Einladung die 12. World Transplant Winter Games in Bormio. Abgeordnete des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union nahmen in Cadenabbia am Deutsch-Britischen Dialog teil, führten in Mailand politische Gespräche zur Finanzwirtschaft, besuchten den NATO-Militärstützpunkt in Neapel und informierten sich in Messina über das Projekt einer geplanten Hängebrücke nach Sizilien zum Ausbau des Transeuropäischen Verkehrsnetzes.

In Österreich führte ein Mitglied des Ausschusses für Inneres und Heimat politische Gespräche über die Themen Resilienz und Schutz demokratischer Institutionen vor rechtsextremer Infiltration und Manipulation sowie zur europäischen Migrationspolitik. Eine Abgeordnete des Bildungsausschusses nahm in Wien am „Mutmacherinnen-Programm“ teil, bei dem junge Frauen ermutigt werden, einen Werdegang in der Politik einzuschlagen. Zu einer parlamentarischen Konferenz zum Thema Antisemitismus reiste ein Mitglied des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Wegen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine reisten Abgeordnete verschiedener Ausschüsse für außen- und sicherheitspolitische Gespräche nach Polen. Ein Mitglied des Ausschusses für Inneres und Heimat besuchte das Frontex Situation Centre und führte Gespräche mit verschiedenen Ansprechpartnern der Leitungsebene. Eine Abgeordnete nahm am Gedenkprogramm zum Jahrestag der Ermordung der Sinti und Roma teil und besuchte eine Konferenz über die Anerkennung, das Gedenken und die Bewusstseinsbildung über den Holocaust. Der Vorsitzende des EU-Ausschusses nahm in Warschau an der COSAC-Vorsitzendenkonferenz teil.

Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses reisten in die Ukraine, um sich vor Ort einen ungefilterten Eindruck von der Lage seit Beginn des russischen Angriffskrieges zu verschaffen. Sie führten Gespräche mit Regierungs- und Parlamentsvertretern sowie der Zivilgesellschaft zu den Themen hybride Kriegsführung, militärischer Bedarf der ukrainischen Streitkräfte, Cybersicherheit, russische Desinformation, Korruptionsbekämpfung und Digitalisierung von Verwaltung und Streitkräften. Eine Abgeordnete des Gesundheitsausschusses besuchte Krankenhäuser, informierte sich über psychiatrische Hilfsangebote und tauschte sich mit den Kollegen des ukrainischen Gesundheitsausschusses aus. Ein Mitglied des Haushaltsausschusses informierte sich über die militärische Situation sowie den Einsatz und die Effektivität deutscher Unterstützungsleistungen.

Nach Russland fanden im Berichtszeitraum keine Reisen statt.

In Estland führte ein Mitglied des Ausschusses für Digitales politische Gespräche zum Thema E-Health, um die digitale Weiterentwicklung Deutschlands im Bereich der Gesundheitsversorgung und -vorsorge zu fördern. Ein Abgeordneter des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union nahm an einer Podiumsdiskussion zum Thema Europawahlen teil. Europas Kulturhauptstadt Tartu besuchte ein Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien, um Gespräche mit Vertretern aus den Bereichen Politik, Kultur und Zivilgesellschaft zu führen.

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses nahm in Litauen an einer Ostseeanrainerkonferenz zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Lage angesichts des russischen Angriffskrieges und zum Schutz der NATO-Ostflanke teil. Auf Einladung des Verteidigungsministers begleiteten zwei Abgeordnete ihn auf seiner Reise in das baltische Land, um Gespräche über einen Einsatz der Bundeswehr zu führen. Zwei Mitglieder des Verteidigungsausschusses nahmen auf Einladung des Generalinspektors der Bundeswehr in Vilnius an der Übung „Grand Quadriga 2024“ teil.

Um an der Veranstaltung „Ungarn und Deutschland. Strategischer Dialog“ teilzunehmen, reiste ein Abgeordneter des EU-Ausschusses nach Budapest. Ein Mitglied des Bundestages konnte den Bundespräsidenten auf seiner Reise in die Stadt Sopron begleiten, um an den Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag des Paneuropäischen Picknicks zur Würdigung der Rolle Ungarns beim Fall der Berliner Mauer teilzunehmen. Zur Vorsitzendenkonferenz der COSAC in Budapest reiste der Vorsitzende des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses reiste in die Republik Moldau, um Gespräche mit Parlaments- und Regierungsvertretern sowie der Zivilgesellschaft über Moldaus Weg zu Rechtsstaatlichkeit und in Richtung Mitgliedschaft in der EU zu führen. Ein Mitglied des Wirtschaftsausschusses nahm in Chişinău als Redner am Aviation-Event 2024 teil. Gespräche zu den Themen Außen- und Sicherheitspolitik, bilaterale Beziehungen sowie Frauenpolitik führte eine Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses.

Auf Einladung des Außenministeriums begleiteten zwei Abgeordnete die Bundesministerin nach Bosnien und Herzegowina, um politische Gespräche zur EU-Erweiterung zu führen. Ein Mitglied des Ausschusses für Inneres und Heimat sprach mit Vertretern von Behörden, Nichtregierungsorganisationen sowie der Wissenschaft über das Thema Waffenbeschaffung und Waffenwege von extremen Rechten und Dschihadisten nach Deutschland. Zwei europapolitische Abgeordnete führten Gespräche mit Regierungs- und Parlamentsvertretern über notwendige Reformen hinsichtlich des Annäherungsprozesses des Landes an die Europäische Union. Die Gedenkstätte für die Opfer des Völkermords von 1995 in Srebrenica besuchte ein Mitglied des Menschenrechtsausschusses.

Ein Abgeordneter begleitete den Bundesverteidigungsminister nach Serbien, um sich mit Blick auf die Spannungen zwischen den Westbalkanstaaten mit Regierungs- und Parlamentsvertretern zu den Themen EU-Beitritt, Stabilität und Wohlstand auszutauschen. Ein Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union informierte sich über die regionale Sicherheitslage und deren Einfluss auf die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Gespräche zu den Schwerpunkten EU-Beitrittsprozess, politische Lage sowie regionale Kooperationen führten zwei Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses.

In Griechenland führte ein Mitglied des EU-Ausschusses Gespräche mit Regierungs- und Parlamentsvertretern über die sicherheitspolitischen Herausforderungen sowie die geopolitische Dynamik hinsichtlich der EU-Außengrenze und tauschte sich an der Grenze mit Frontex, der Bundespolizei sowie verschiedenen Entscheidungsträgern aus. Zwei Abgeordnete begleiteten den Bundespräsidenten auf seiner Reise nach Athen, Thessaloniki und Kreta, um sich politischen Herausforderungen zur Thematik Migration, Nachhaltigkeit, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zu widmen.

Zur Würdigung der deutsch-türkischen Beziehungen begleiteten zwei Bundestagsabgeordnete den Bundespräsidenten auf seiner Reise in die Türkei. Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses führte nach den Kommunalwahlen politische Gespräche mit den neu- und wiedergewählten Amtsträgern sowie mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zu den Themen Menschenrechte und Außenpolitik.

## **Afrika**

Auch in der zweiten Hälfte der 20. Wahlperiode informierten sich Abgeordnete auf ihren Dienstreisen über die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent.

Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses reiste nach Ägypten, um sich über die Sicherheitslage der Region zu informieren und politische Gespräche über Kooperationen mit Deutschland und der EU in den Bereichen Energie, Wirtschaft, Bildung und Forschung zu führen. Zwei Abgeordnete verschafften sich nach der Präsidentschaftswahl

einen Eindruck von der innenpolitischen und menschenrechtlichen Lage und sprachen mit Parlaments- und Regierungsvertretern sowie Repräsentanten internationaler Organisationen über die Versorgungslage der Bevölkerung und die Situation von geflüchteten Palästinensern.

In Marokko nahmen zwei Abgeordnete an einer Reise der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung teil, die den Schwerpunkt „Migration“ hatte. Mit marokkanischen Gesprächspartnern wurden insbesondere die Themen Fachkräftemigration sowie weitere Kooperationsmöglichkeiten erörtert und welchen Beitrag die Entwicklungspolitik leisten kann.

Nach Kenia begleiteten drei Bundestagsabgeordnete den Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz auf seiner Reise zur Teilnahme am Deutsch-Afrikanischen Wirtschaftsgipfel. Zentrale Themen der Gespräche mit hochrangigen Regierungsvertretern waren der Ausbau Erneuerbarer Energien, Fachkräfteausbildung, Start-ups und Digitalwirtschaft.

In Namibia führte ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses bilaterale Gespräche zur Finanzlage der dortigen Goethe-Institute, Deutschen Auslandsschulen und weiteren Kulturmittlern sowie über den aktuellen Stand der Wasserstoffpartnerschaft zwischen Deutschland und Namibia.

Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses sowie des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe reisten zu verschiedenen Themenschwerpunkten nach Südafrika. Sie führten Gespräche über die Lage nach den Parlamentswahlen, die Beziehungen zu den Nachbarländern, die Außen- und Sicherheitspolitik, die Menschenrechtslage und Religionsfreiheit sowie über die Versöhnung und Aufarbeitung der Zeit des südafrikanischen Apartheid-Regimes. In Johannesburg hielt eine Bundestagsabgeordnete auf Einladung des Holocaust & Genocide Center einen Impulsvortrag zum Umgang Deutschlands mit seiner Geschichte.

## **Nordamerika**

Abgeordnete aller im Bundestag vertretenen Fraktionen reisten in der zweiten Hälfte der 20. Wahlperiode aus verschiedensten Anlässen in die Vereinigten Staaten von Amerika.

Mitglieder des Ausschusses für Digitales begleiteten den Bundesminister für Digitales auf seiner Reise nach Las Vegas, um an der Elektronikmesse CES 2024 zum Schwerpunktthema Künstliche Intelligenz teilzunehmen und den deutschen Pavillon mit Ausstellern aus Deutschland zu eröffnen. Ein Abgeordneter des Haushaltsausschusses führte politische Gespräche mit Regierungs- und Parlamentsvertretern über die amerikanische Finanz- und Wirtschaftspolitik generell sowie zur finanziellen Unterstützung der Ukraine und Israel.

Gespräche über eine aktive Industrie- und Investitionspolitik zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand führte ein Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales. Zwei Abgeordnete mit frauenpolitischer Schwerpunktsetzung nahmen in New York an der 68. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen teil. Die Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sprach mit Regierungs- und Parlamentsvertretern, Hilfsorganisationen und Stiftungen über die globale Wahrung von Menschenrechten sowie über strukturelle Schwierigkeiten bei humanitären Katastrophen.

Die Themenbereiche Weltraum, Cyberverteidigung, Künstliche Intelligenz und Digitalisierung führte zu einer Reise eines Mitglieds des Verteidigungsausschusses. Ein Abgeordneter des Wirtschaftsausschusses nahm in Colorado Springs an der Raumfahrtmesse „39th Space Symposium“ teil. Zur Deutsch-Amerikanischen Konferenz in Washington D.C. reiste ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses. Ein Bundestagsabgeordneter führte Gespräche über die Beziehungen der USA zu Lateinamerika, zur Migration sowie zur Lage an der inneramerikanischen Grenze.

Außen- und sicherheitspolitische Gespräche sowie der Besuch des strategischen Hauptquartiers der NATO in Norfolk waren Anlass einer Reise eines Mitglieds des Auswärtigen Ausschusses. Ein Abgeordneter des Verkehrsausschusses informierte sich über Innovationen, den Einsatz Künstlicher Intelligenz sowie Sicherheitsaspekte im Verkehrssektor. Zur Teilnahme am Nachhaltigkeitsforum der Vereinten Nationen reiste ein Abgeordneter des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Ein Mitglied des Bundestages tauschte sich mit Parteivertretern der Demokraten und Republikanern über die Außenbeziehungen des Landes sowie die Lastenverteilung in der NATO und die Unterstützung der Ukraine aus. Zwei Abgeordnete begleiteten den Verteidigungsminister auf seiner Reise nach Hawaii, um der weltweit größten multinationalen maritimen Militärübung beizuwohnen, bei der sich auch die deutsche Marine und Luftwaffe beteiligten. Des Weiteren wurde

das Pearl Harbor Nationaldenkmal besucht. Gespräche zu den Themen Resilienz des Rechtsstaats, Beschleunigung von Asylverfahren, Einwanderung und Flüchtlingspolitik führte ein Mitglied des Rechtsausschusses.

### **Mittel- und Südamerika**

In Mexiko tauschte sich ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses mit Regierungs- und Parlamentsvertretern, Handelspartnern und Mitarbeitern deutscher Unternehmen über die Themen der Innen- und Wirtschaftspolitik sowie der Außenbeziehungen des Landes aus. Die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses führte dort Gespräche zur allgemeinen Menschenrechtslage, insbesondere der Rechte von Frauen, Kindern und LGBTIQ, sowie zur Presse- und Medienfreiheit.

Ein Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe nahm an der Amtsübernahme des gewählten Präsidenten Guatemalas teil und sprach mit politischen Akteuren über den demokratischen Wandel im Land.

Die Klimapolitik Kolumbiens, der Steinkohleabbau im Norden des Landes sowie der Aufbau von klimapolitischen Netzwerken waren Gegenstand der Gespräche, die eine Abgeordnete des Ausschusses für Klimaschutz und Energie in Kolumbien führte. Ein Bundestagsabgeordneter begleitete die Umweltministerin auf ihrer Reise nach Cali, um an der UN-Biodiversitätskonferenz teilzunehmen.

Zur Pflege der bilateralen Beziehungen tauschte sich ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses in Brasilien mit Außenpolitikern, Senatoren sowie Vertretern der Sicherheits- und Tourismusbehörde aus. Zwei Abgeordnete des Bundestages nahmen am P20-Parlamentarierinnen-Gipfel teil, um Fragen der Beteiligung und Stärkung von Frauen in der internationalen Politik zu diskutieren.

### **Asien und Naher Osten**

Die aktuellen Entwicklungen, die sicherheitspolitische Lage sowie die Auswirkungen des Bürgerkriegs in Syrien führten auch in der zweiten Hälfte der 20. Wahlperiode zu Einzeldienstreisen von Abgeordneten nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete. Eine Abgeordnete des Familienausschusses führte mit Abgeordneten der Knesset, Hilfsorganisationen sowie der Zivilgesellschaft Gespräche über die systematische Anwendung sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen durch die Hamas. Einen politischen Austausch mit der israelischen Regierung und hochrangigen Militärangehörigen zur Sicherheitslage, der humanitären Situation in Gaza und zu den Herausforderungen an der Grenze zum Libanon führte ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses. Der Menschenrechtsausschuss verschaffte sich durch die Reise eines Mitglieds einen Eindruck von der humanitären Versorgung im Gazastreifen. Es wurden Gespräche mit Menschenrechtsorganisationen, Regierungs- und Parlamentsvertretern sowie Angehörigen von Geiseln der Hamas geführt. Die Spannungen mit der Hisbollah und dem Iran waren Themenschwerpunkte einer weiteren Reise einer Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses.

Im Irak informierte sich ein Bundestagsabgeordneter durch Gespräche mit Vertretern aus Politik, Zivilgesellschaft und Religion über die menschenrechts- und sicherheitspolitische Lage von Jesiden, Christen sowie weiteren religiösen Gruppen. Zwei Mitglieder des Bundestages begleiteten den Verteidigungsminister auf seiner Reise, um die deutschen Einsatzkräfte zu besuchen und politische Gespräche zum Gaza-Krieg und dem gewaltsamen Sturz des Assad-Regimes in Syrien zu führen.

Abgeordnete des Bundestages begleiteten die Bundesaußenministerin auf ihrer Reise nach Aserbaidschan. Sie nahmen in Baku an der 29. Weltklimakonferenz teil, bei der unter anderem Klimafinanzierungsziele vereinbart wurden, um die Vorgaben des Pariser Klimaschutzabkommens zu erfüllen.

In Pakistan thematisierte eine Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses mit Parlaments- und Regierungsvertretern, Think-Tanks sowie politischen Stiftungen die demokratische und nachhaltige Entwicklung nach den letzten Wahlen sowie die Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit. Ein Mitglied des Ausschusses für Inneres und Heimat sowie ein Abgeordneter des Verteidigungsausschusses informierten sich vor Ort über die Situation afghanischer Flüchtlinge und sprachen mit pakistanischen Abgeordneten und Regierungsvertretern.

Zu einem politischen Austausch bezüglich eines Freihandelsabkommens zwischen Indien und der Europäischen Union reiste ein Mitglied des Europaausschusses. Ein Abgeordneter des Menschenrechtsausschusses nahm an den Festlichkeiten zum 65. Jahrestag des Volksaufstandes der Tibeter gegen die chinesische Besatzung teil und sprach mit Regierungs- und Parlamentsvertretern sowie Repräsentanten verschiedener Religionsgemeinschaften. Für Gespräche zur indopazifischen und europäischen Sicherheitslandschaft, zur Terrorismusbekämpfung und Cybersicherheit sowie zum Klimawandel reiste ein Bundestagsabgeordneter des Auswärtigen Ausschusses.

Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen mit der Mongolei begleiteten drei Abgeordnete den Verkehrsminister auf seiner Reise nach Ulaanbaatar, um den Austausch im Verkehrsbereich zu vertiefen. Wirtschaftspolitische Gespräche führte ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses in der Hauptstadt der Mongolei.

In China nahm ein Abgeordneter des EU-Ausschusses am politischen Programm „Das Dreieck USA, Europa und China in der internationalen Politik“ teil. Abgeordnete mit wirtschaftspolitischer Schwerpunktsetzung begleiteten auf Einladung den Wirtschaftsminister nach Ostasien, um Fragen zu den bilateralen Beziehungen sowie zur Wirtschafts-, Energie- und Klimapolitik zu erörtern. Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses informierte sich über die globale Finanzpolitik, die Sicherheitsarchitektur im Land sowie über Kooperationen mit Deutschland und der EU in den Bereichen Energie, Wirtschaft, Bildung und Forschung.

Ein Abgeordneter des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung reiste nach Südkorea, um sich über Wissenschafts- und Forschungsk Kooperationen in den Bereichen Quantentechnologie, Klimaforschung und Biotechnologien zu informieren. Gespräche mit Vertretern aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zur innen- und digitalpolitischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Lage führte ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses reiste nach Japan, um sich mit Vertretern der Politik und des Militärs über die aktuelle Sicherheitslage auszutauschen. Eine Bundestagsabgeordnete thematisierte auf ihrer Reise Menschenrechtsfragen, insbesondere der Rechte Älterer und Menschen mit Behinderungen sowie die Existenz und Vollstreckung der Todesstrafe in Japan.

## 7 Internationale Austauschprogramme

Als Beitrag zur Demokratieförderung bietet der Deutsche Bundestag inzwischen drei Stipendienprogramme zur Vermittlung der parlamentarischen Demokratie Deutschlands an. Das *Internationale Parlaments-Stipendium (IPS)* besteht seit 1986 und richtet sich an bis zu 120 junge Akademikerinnen und Akademiker aus inzwischen 50 Ländern. Es erfolgt in Kooperation mit den drei Berliner Hochschulen und den politischen Stiftungen. Während des fünfmonatigen Aufenthaltes in Berlin beim Deutschen Bundestag werden die parlamentarische Demokratie in Deutschland, das deutsche Modell einer pluralen Gesellschaft sowie der Stellenwert von Erinnerungskultur durch Seminare und Workshops dargestellt. Kernelement des Aufenthaltes ist ein dreimonatiges Praktikum in einem Büro eines Mitglieds des Deutschen Bundestages, das die parlamentarischen Arbeitsprozesse und die vielschichtigen Aufgaben des einzelnen Abgeordneten vermittelt. Seminare und Vorlesungen der drei Berliner Hochschulen ergänzen das Angebot akademisch.

Seit 2012 wird zusätzlich ein kompakt gestaltetes vierwöchiges *IPS-Sonderprogramm für die arabischen Staaten* mit jährlich bis zu 24 Stipendien angeboten. Das Stipendium richtet sich an junge, politisch interessierte Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus dem arabischen Raum, die sich in ihren Heimatländern aktiv für demokratische Grundwerte und eine lebendige Zivilgesellschaft engagieren wollen. Durch ein einwöchiges Praktikum bei einer oder einem Abgeordneten haben sie die Möglichkeit, die Mandatstätigkeit der Abgeordneten kennenzulernen. Im Rahmen des Bewerbungsverfahrens erfolgt die Auswahl nach einem Auswahlgespräch unter Beteiligung einer oder eines Abgeordneten des Deutschen Bundestages. 2023 wurde 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Praktikum in Berlin angeboten. Nach dem Ende der Pandemie stabilisierten sich die Bewerberzahlen. So konnten im Jahr 2024 insgesamt 19 Stipendien vergeben werden.

Das im Jahr 2021 erstmals angebotene vierwöchige *IPS-Sonderprogramm für die afrikanischen Staaten südlich der Sahara* wurde analog zum Sonderprogramm für die arabischen Staaten als Kompaktprogramm mit einem einwöchigen Praktikum in einem Abgeordnetenbüro konzipiert. Seit Januar 2023 wird das Programm in Präsenz umgesetzt. Im April 2023 fand zudem ein Alumni-Treffen mit sieben Stipendiatinnen und Stipendiaten der digital umgesetzten Programmjahre 2021 und 2022 in Berlin statt. Im Programmjahr 2024 wurde das Programm auch für junge Menschen aus Ostafrika geöffnet (Kenia, Tansania und Uganda). Somit stieg die Anzahl der verfügbaren Stipendienplätze auf 16 an (8 pro Region). Seit dem Programmjahr 2025 nimmt auch die Region Westafrika mit Ghana, Nigeria und Senegal teil. Insgesamt stehen nun jährlich bis zu 24 Stipendien (8 Stipendien pro Region) zur Verfügung.

Mit dem transatlantischen *Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP)* ermöglicht der Deutsche Bundestag gemeinsam mit dem US-Kongress seit 1983 jedes Jahr je 350 Schülerinnen, Schülern und jungen Berufstätigen pro Seite einen einjährigen Gastaufenthalt im jeweils anderen Land. Für die Programmjahre 2025/2026 bis

2027/2028 wird die Zahl der Teilnehmenden im PPP vorübergehend auf 300 pro Seite reduziert. Die Abgeordneten übernehmen eine Patenschaft für eine Stipendiatin oder einen Stipendiaten und unterstützen diese in ihrer Funktion als sogenannte „Junior-Botschafter/-in“ ihres Landes. Spezielle bildungspolitische Seminare, Besuche der beiden Parlamente und persönliche Begegnungen mit den Patenabgeordneten vertiefen während des Austauschjahres das politische Verständnis und ergänzen die Erfahrungen aus Schule beziehungsweise Betrieb und Ehrenamt. Ziel des Programmes ist eine vertiefte Kenntnis des anderen Landes und seines politischen Systems sowie die Stärkung der transatlantischen Beziehungen. Die Auswahl für das PPP erfolgt in einem zweistufigen Verfahren, bei dem am Ende der oder die Abgeordnete das jeweilige „Patenkind“ auswählt. Politisches Interesse und zivilgesellschaftliches Engagement sind dabei wichtige Auswahlkriterien. Regelmäßige Informationsbesuche von Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit Gesprächen im US-Kongress und Begegnungen mit Gastfamilien sowie Stipendiatinnen und Stipendiaten dienen dazu, Unterstützung für das PPP zu gewinnen, die Qualität des Programms zu sichern und dieses insgesamt zu stärken.

Im Rahmen seiner *Internationalen Parlamentskooperationen* unterstützt der Deutsche Bundestag weltweit Parlamente und deren Verwaltungen und fördert den Aufbau und die Stärkung demokratischer Strukturen. Die unterschiedlichen Programme richten sich dabei insbesondere an Parlamente, die sich in einem Demokratisierungs- oder Modernisierungsprozess befinden. Dabei werden die Aktivitäten im Rahmen eines Ansatzes auf Augenhöhe an den jeweiligen Bedarfen orientiert und berücksichtigen die Besonderheiten unterschiedlicher parlamentarischer Systeme und lokaler Gegebenheiten. Die Programme werden nicht zuletzt aus Gründen der Nachhaltigkeit, Wirkungsorientierung und Effizienz oftmals in Kooperation mit Partnerorganisationen geplant und umgesetzt. Der Deutsche Bundestag kooperiert dabei mit nationalen und internationalen Organisationen wie etwa den politischen Stiftungen, der EU, der Interparlamentarischen Union und weiteren Institutionen im Bereich der Demokratieförderung, aber zum Beispiel auch mit den deutschen Landesparlamenten und dem Bundesrat. Besonderen Raum nahm im Berichtszeitraum die Unterstützung des Parlamentes der Ukraine ein. Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum insbesondere die Parlamente von Bosnien und Herzegowina, Kirgisistan, der Republik Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Sambia, Thailand und Usbekistan unterstützt sowie im Rahmen einer Regional Kooperation auch die Parlamente des Westbalkan.

Durch verschiedene bi- und multilaterale *Mitarbeiteraustausch-Programme* mit ausgesuchten Verwaltungen ausländischer Parlamente wird die institutionelle Zusammenarbeit gestärkt und ein Austausch zu Verfahrensweisen und parlamentsbezogenen Fachthemen ermöglicht. Die Parlamentsverwaltungen aus Frankreich, Polen, Großbritannien, Irland, Israel, Italien, Österreich und der Schweiz, den USA sowie des Europäischen Parlaments nehmen traditionell an den unterschiedlichen Austauschformaten teil.

## 8 Grundlage der Berichtspflicht

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 118. Sitzung am 6. November 1992 eine Empfehlung des Ältestenrates (Bundestagsdrucksache 12/2665) angenommen und folgenden Beschluss gefasst:

„Der Präsident des Deutschen Bundestages erstellt in der Mitte und zum Ende einer Wahlperiode einen Bericht über Auslandsdienstreisen der Mitglieder des Deutschen Bundestages. Dieser Bericht enthält Angaben über die Anzahl und die Zielländer der Reisen von Ausschussdelegationen, offiziellen Delegationen, Parlamentariergruppendelegationen sowie Einzeldienstreisen und die damit verbundenen Kosten je Haushaltsjahr.“

Auf dieser Grundlage sind bisher sechzehn Berichte über Auslandsdienstreisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages vorgelegt worden (Bundestagsdrucksachen 12/4945, 12/8584, 13/6959, 13/11449, 14/4851, 14/9997, 15/5056, 16/7841, 16/14145, 17/7900, 17/14834, 18/6610, 18/13690, 19/13402, 19/32680 und 20/8900). Der vorliegende Bericht umfasst den Zeitraum vom 1. Oktober 2023 bis zum 28. Februar 2025. Er legt Rechenschaft über die im Berichtszeitraum unternommenen Auslandsdienstreisen und die weiteren internationalen Aktivitäten der Bundestagsabgeordneten ab. Die Reisen sind nach regionalen oder politischen Schwerpunkten geordnet und werden exemplarisch dargestellt. Die vollständigen Zahlen der Reisen, sämtlicher Ziele sowie der Kosten ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 4 der statistischen Übersicht, die diesem Bericht am Ende beigefügt sind.

## 9 Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen

Die rechtlichen Grundlagen für die Durchführung von Auslandsdienstreisen sind:

- das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz – AbgG) vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S. 326), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4650) und
- die Ausführungsrichtlinien für Reisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages nach § 17 AbgG in der Fassung vom 19. Januar 2017.

Gemäß § 17 Absatz 1 AbgG bedürfen Auslandsdienstreisen der vorherigen Zustimmung der Präsidentin des Deutschen Bundestages. Anträge auf Genehmigung von Dienstreisen sind schriftlich an die Bundestagspräsidentin zu stellen und ausführlich zu begründen.

Bei Dienstreisen wird zwischen Delegations- und Einzeldienstreisen unterschieden. Um Delegationen handelt es sich, wenn sie aus mindestens drei Abgeordneten bestehen, ansonsten handelt es sich um Einzeldienstreisen. Bei den Delegationsreisen der Mitglieder der Ausschüsse ist für die 20. Wahlperiode eine maximale Delegationsstärke von acht Abgeordneten (beziehungsweise neun Abgeordneten, wenn die Delegationsleitung durch den Ausschussvorsitz erfolgt), bei den Delegationsreisen der Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages eine maximale Delegationsstärke von sechs Abgeordneten festgelegt worden. Die Zusammensetzung von Delegationen soll das Stärkeverhältnis der Fraktionen im Deutschen Bundestag berücksichtigen. Durch die Auflösung der Fraktion DIE LINKE. im Dezember 2023 verkleinerten sich die Bundestagsdelegationen um jeweils ein Mitglied. Die Entscheidung über die Anträge auf Genehmigung von Auslandsdienstreisen trifft die Präsidentin des Deutschen Bundestages; bei Delegationsreisen geschieht dies nach eingehender Erörterung und Beratung im Präsidium.

Die bilateralen Parlamentariergruppen können im Verlauf der Wahlperiode jeweils eine Delegationsreise durchführen, multilaterale Parlamentariergruppen haben die Möglichkeit, jeweils zwei Delegationsreisen in Staaten aus der Partnerregion zu unternehmen. Delegationsreisen der Ausschüsse müssen in direktem Zusammenhang mit den konkreten Beratungsgegenständen des jeweiligen Ausschusses stehen. Eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über Ziel und Inhalte einer Delegationsreise erfolgt in der Regel in Form einer Pressemitteilung vor Reiseantritt. Jede Delegation ist außerdem verpflichtet, der Bundestagspräsidentin bis spätestens sechs Wochen nach Ende der Reise einen schriftlichen Bericht über deren Ablauf und Ergebnisse vorzulegen.

Auslandsdienstreisen einzelner Abgeordneter sind dann genehmigungsfähig, wenn die Vorsitzenden und Obleute der Ausschüsse, in denen Abgeordnete Mitglieder sind und in deren fachlichen Kontext die Reise fällt, dem Reisevorhaben zugestimmt haben. Darüber hinaus ist bei Auslandsdienstreisen von Abgeordneten die Zustimmung der Parlamentarischen Geschäftsführung der Fraktion des jeweiligen Abgeordneten erforderlich. Ebenso wie die Delegationsreisen unterliegen auch die Einzeldienstreisen von Abgeordneten der Verpflichtung, der Bundestagspräsidentin bis spätestens sechs Wochen nach Abschluss der Reise einen Bericht vorzulegen.

Zur Reduzierung der Flugkosten sind für Dienstreisen möglichst kostengünstige Flugverbindungen zu nutzen. Außerdem sind die Abgeordneten verpflichtet, dienstlich erworbene Prämienmeilen aus entsprechenden Programmen der Fluggesellschaften wieder für Dienst- und Mandatsreisen einzusetzen. Neben der Beachtung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit und Kostengünstigkeit sowie dem vorrangigen Einsatz von Prämienmeilen trägt auch die Nutzung von Sonderkonditionen der Fluggesellschaften dazu bei, dass Kosten eingespart werden können.

Die bei Dienstreisen des Bundestages anfallenden CO<sub>2</sub>-Emissionen werden durch zertifizierte Klimaschutzprojekte kompensiert.

## 10 Erläuterungen zur statistischen Übersicht der Auslandsdienstreisen

Der Bericht unterscheidet zwischen Ausschussdelegationen (AD), Einzeldienstreisen (ED), Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM), offiziellen Delegationsreisen unter Leitung der Präsidentin oder eines Präsidiumsmitglieds (OD), Reisen von Parlamentariergruppen (PG), sowie Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP).

Im Berichtszeitraum haben 546 Reisen stattgefunden:

75 Reisen von Ausschussdelegationen (AD)

(Oktober bis Dezember 2023: 5; 2024: 70; Januar bis Februar 2025: 0)

306 Einzeldienstreisen (ED)

(Oktober bis Dezember 2023: 18; 2024: 282; Januar bis Februar 2025: 6)

18 Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)

(Oktober bis Dezember 2023: 5; 2024: 12; Januar bis Februar 2025: 1)

0 Reisen offizieller Delegationen (OD)

(Oktober bis Dezember 2023: 0; 2024: 0; Januar bis Februar 2025: 0)

24 Delegationsreisen der Parlamentariergruppen (PG)

(Oktober bis Dezember 2023: 2; 2024: 22; Januar bis Februar 2025: 0)

123 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP)

(Oktober bis Dezember 2023: 21; 2024: 96; Januar bis Februar 2025: 6)

Unterteilt nach Erdteilen sind in den Anlagen 1, 2 und 3 die Anzahl und die Ziele der Reisen von Ausschussdelegationen (AD), offiziellen Delegationen (OD), Parlamentariergruppen (PG), Einzeldienstreisen (ED) sowie der Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP) für den Zeitraum vom 1. Oktober 2023 bis zum 28. Februar 2025 aufgeschlüsselt.

Die Anlage 4 weist die Gesamtkosten der im Berichtszeitraum zulasten der Haushaltsjahre 2023, 2024 und 2025 unternommenen Reisen aus.

Berlin, den 7. März 2025

**Bärbel Bas**

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Version ersetzt.

**11 Statistische Übersicht****Anlage 1****Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2023 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

**Europa**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Belgien		1				1
Dänemark						2
Frankreich						4
Italien						2
Kroatien			1			
Liechtenstein						1
Nordmazedonien						1
Polen						2
Portugal			1			
Schweiz	1					
Serbien						3
Spanien	2					1
Tschechische Republik		1				
Türkei			1			

**Europa**  
**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Serbien		5				
Bosnien und Herzegowina, Kroatien		1				
Bulgarien, Kroatien		1				
Litauen, Polen		1				
Nordmazedonien, Türkei			1			

**Afrika**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		1				
Algerien		1				
Angola						1
Marokko	1					

**Afrika**  
**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Kenia, Uganda		1				
Marokko, Tunesien					1	

**Amerika**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Chile		1				
USA						1

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Version ersetzt.

**Amerika**  
**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Kanada, USA		1				

**Asien und Naher Osten**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Armenien						1
Südkorea					1	
Vereinigte Arabische Emirate	1					

**Asien und Naher Osten**  
**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Aserbaidshjan, Georgien		1				
Indien, Vereinigte Arabische Emirate			1			
Kasachstan, Usbekistan		1				

**Australien und Neuseeland**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Australien						1
Neuseeland		1				

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Version ersetzt.

**Anlage 2****Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

**Europa**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien		1				1
Belgien	2	7				4
Bosnien und Herzegowina		3				
Bulgarien		2				1
Dänemark		3				4
Estland	1	2				2
Finnland	2					1
Frankreich	3	7	1			22
Griechenland		4			1	1
Großbritannien	2	4			1	
Irland		2			1	2
Island						
Italien	2	6				9
Kosovo	1	1				
Litauen		5				2
Luxemburg	1	1				2
Malta		1			1	1
Moldau						3
Monaco						1
Niederlande		4				
Nordmazedonien		1				2
Norwegen	1	1				2

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Österreich	2	4	2			2
Polen	2	5	1			2
Portugal		1				1
Republik Moldau		3				
Rumänien		2				1
Schweden	1					1
Schweiz	1	1				2
Serbien	1	2				1
Slowakische Republik		1				
Spanien	2	1				1
Tschechische Republik		1				
Türkei	1	3	1			1
Ukraine		7				1
Ungarn	2	4				1
Zypern	2	4				

**Europa**  
**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien, Kosovo, Nordmazedonien	1				1	
Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Serbien		1				
Bosnien und Herzegowina, Montenegro		2				
Dänemark, Finnland	1					
Estland, Finnland	1	1				
Estland, Lettland, Litauen	1					
Finnland, Norwegen, Schweden		1				
Finnland, Schweden	1	1				
Griechenland, Nordmazedonien		1				
Grönland, Island					1	
Großbritannien, Irland		1				

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Kosovo, Montenegro, Serbien		1				
Kroatien, Montenegro, Slowenien						1
Kroatien, Slowenien	1					
Lettland, Litauen		2			1	
Montenegro, Serbien		2				
Polen, Ukraine		1				
Portugal, Spanien	1					
Republik Moldau, Rumänien	1					
Republik Moldau, Ukraine	1		1			
Serbien, Slowenien		1				

#### Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		3			1	
Benin					1	
Burkina Faso		2				
Dschibuti		1				
Ghana		1				
Kamerun					1	
Kenia		3				
Libyen		1				
Marokko		2				2
Nigeria		1				
Ruanda		2				
Südafrika		3				
Togo		1				
Uganda		2				

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Version ersetzt.

**Afrika**  
**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Israel		1				
Ägypten, Jordanien		1				
Ägypten, Libyen, Tunesien		1				
Äthiopien, Kenia	1					
Äthiopien, Südafrika		1				
Äthiopien, Südsudan	1					
Benin, Ghana, Togo	1					
Elfenbeinküste, Senegal		3				
Gambia, Kap Verde		1				
Kenia, Uganda		1				
Marokko, Tunesien		1				
Mauretanien, Senegal	1					
Mosambik, Südafrika		1				
Namibia, Südafrika	1	2				
Ruanda, Südafrika	1					
Tansania, Uganda					1	

**Amerika**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Brasilien	3	2				
Chile	1					
Ecuador		1				
Französisch-Guayana		2				
Guatemala		1				
Kanada	3	1			1	1
Kolumbien		3				
Mexiko		3			1	
USA	5	37				7

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Version ersetzt.

**Amerika**  
**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien, Brasilien	1					
Argentinien, Kolumbien		1				
Argentinien, Uruguay	1					
Belize, Guatemala, Jamaika					1	
Brasilien, Honduras		1				
Chile, Uruguay					1	
Costa Rica, Guatemala	1					
Ecuador, Peru					1	
Mexiko, USA	1					
Philippinen, Südkorea, USA		3				

**Asien und Naher Osten**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Armenien		1				2
Aserbaidshan		3				2
China	1	1			1	
Georgien	1	4				3
Indien	1	12	3			
Indonesien						1
Irak		2				
Israel		4	2			
Japan	3	2				
Jordanien			1			
Kasachstan		1				
Katar		3				
Kuwait		1				
Laos						1
Libanon		1				

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Mongolei	1	4				
Pakistan		4				
Saudi-Arabien		1				
Singapur	1	2				
Südkorea		2				
Taiwan		6				
Thailand		2				
Turkmenistan						1
Vereinigte Arabische Emirate		1				1

### Asien und Naher Osten

#### Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Armenien, Aserbaidschan, Georgien	1	1				
Bhutan, Sri Lanka					1	
Brunei, Malaysia, Singapur					1	
China, Singapur		1				
China, Südkorea		4				
Indonesien, Malaysia		1				
Irak, Jordanien		1				
Israel, Jordanien		1				
Israel, Libanon		1				
Israel, Palästinensische Gebiete		3				
Japan, Südkorea		1				
Kambodscha, Laos		1				
Kambodscha, Thailand	1					
Kasachstan, Mongolei		1				
Kasachstan, Usbekistan		2				
Katar, Pakistan		1				
Kuwait, Saudi-Arabien		1				

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Libanon, Türkei		1				
Oman, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate		1				
Oman, Vereinigte Arabische Emirate					1	
Philippinen, Taiwan		1				
Philippinen, Thailand		1				
Singapur, Südkorea		1				
Tadschikistan, Usbekistan					1	

#### Australien und Neuseeland

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Neuseeland					1	

#### Australien und Neuseeland

##### Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Australien, Fidschi, Neuseeland		1				

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Version ersetzt.

**Anlage 3****Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Januar 2025 bis 28. Februar 2025 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

**Europa**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Belgien						1
Frankreich						2
Österreich						1
Polen		1	1			
Ukraine						1

**Europa****Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Frankreich, Litauen, Polen		1				
Litauen, Polen		1				

**Afrika****Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Bahrain		1				

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Version ersetzt.

**Amerika**

<b>Ziel</b>	<b>AD</b>	<b>ED</b>	<b>PM</b>	<b>OD</b>	<b>PG</b>	<b>IP</b>
USA						1

**Amerika**  
**Mehrländerreisen**

<b>Ziel</b>	<b>AD</b>	<b>ED</b>	<b>PM</b>	<b>OD</b>	<b>PG</b>	<b>IP</b>
Chile, Paraguay, Uruguay		2				

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Version ersetzt.

**Anlage 4****Gesamtkosten der durchgeführten Reisen pro Haushaltsjahr****1. Gesamtkosten der vom 1. Oktober 2023 bis 31. Dezember 2023 durchgeführten Reisen**

–	5	Ausschussdelegationsreisen (AD)	209.017,22 Euro
–	0	Offizielle Delegationsreisen (OD)	0,00 Euro
–	2	Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen	147.419,27 Euro
–	23	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	78.472,90 Euro
–	21	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	144.040,33 Euro
		<b>Gesamtkosten</b>	<b>578.949,72 Euro</b>

**2. Gesamtkosten der vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024 durchgeführten Reisen**

–	70	Ausschussdelegationsreisen (AD)	2.081.558,48 Euro
–	0	Offizielle Delegationsreisen (OD)	0,00 Euro
–	22	Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen	461.482,70 Euro
–	294	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	986.035,97 Euro
–	96	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	589.632,93 Euro
		<b>Gesamtkosten</b>	<b>4.118.710,08 Euro</b>

**3. Gesamtkosten der vom 1. Januar 2025 bis 28. Februar 2025 durchgeführten Reisen**

–	0	Ausschussdelegationsreisen (AD)	0,00 Euro
–	0	Offizielle Delegationsreisen (OD)	0,00 Euro
–	0	Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen	0,00 Euro
–	7	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	16.625,79 Euro
–	6	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	61.488,17 Euro
		<b>Gesamtkosten</b>	<b>78.113,96 Euro</b>

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Version ersetzt.